



Die Krise der liberalen Ordnung

Die kommunistische Antwort

—— Krieg in der Ukraine ——
Dreht die Gewehre um!

—— Griechenland ——
Nationale Befreiung! Für Arbeiterregierung!

—— Verteidigt China! ——
Für politische Revolution!

— Zu dieser Ausgabe —

Pandemie und Ukrainekrieg, galoppierende Inflation, internationale Wirtschaftskrise, zunehmende Rivalitäten zwischen den Imperialisten und US-Konfrontationskurs gegen China: Die Welt befindet sich in einer Periode des Aufbruchs und Deutschland steht im Zentrum. Die führende Weltmacht, der US-Imperialismus, steckt durch ihren relativen Niedergang in immer größeren Schwierigkeiten und erhöht den Druck auf die anderen Imperialisten, insbesondere auf Deutschland. Nach Ausbruch des Ukrainekriegs hat der deutsche Imperialismus einen scharfen Politikwechsel vollzogen, den NATO-Kriegskurs voll unterstützt und seine profitablen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland aufgegeben. Das heikle Manövrieren à la Bismarck ist aktuell nicht mehr haltbar und das bisherige Wirtschaftsmodell der deutschen Bourgeoisie steckt in einer tiefen Krise. Darauf hat sie nur eine Antwort: die Arbeiterklasse in Deutschland und Europa noch stärker auszupressen.

Die Arbeiterklasse will Frieden und ist bereit, sich gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr zu setzen. Enorme Streikbereitschaft in allen Sektoren. Vielerorts, vor allem in Ostdeutschland, gab es Proteste für die Öffnung der Nord-Stream-Pipelines und gegen die Russland-Sanktionen. Die deutsche Bourgeoisie war sehr besorgt: Kommt man heil durch den Winter, in Zeiten massiver Inflation und drohender Energieausfälle, ohne dass es zu Massenprotesten und Streiks kommt? Der Grund dafür, dass sie ihren Kurs durchziehen konnte, ist die verräterische **Führung** der Arbeiterklasse: die SPD in der Regierung und die Gewerkschaftsführung, die die Herrschaft der krisengebeutelten Kapitalisten unterstützt und Überstunden schiebt, um die Arbeiterklasse in Krieg und Krise hinter dem deutschen Imperialismus zu versammeln. Genau das haben sie schon in der gesamten vorherigen Periode getan: die Interessen der Arbeiterklasse einer Allianz mit der liberalen Bourgeoisie unterzuordnen.

Schluss damit! Die Arbeiterklasse muss zum Gegenangriff übergehen: **gegen** den Kriegskurs und die Angriffe der Kapitalisten, **für** ihre eigenen Interessen, für die Eroberung der Macht! Um die kapitalistische Krise für die Arbeiter-

klasse auszunutzen, muss ein politischer Kampf geführt werden, von der reformistischen Führung und ihrem liberalen Programm zu brechen und sie durch eine revolutionäre Führung zu ersetzen. Das ist die zentrale Schlussfolgerung zur Lösung aller Krisen und grundlegenden Fragen. Diese *Spartacist*-Ausgabe enthält die entscheidenden programmatischen Elemente, um einen revolutionären Pol zu schmieden, der für diesen Bruch kämpft. Wir knüpfen damit an die revolutionäre Tradition Lenins und der Spartakisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an, die 1919 vom Reformismus der Sozialdemokratie gespalten und eine revolutionäre Arbeiterpartei gegründet haben.

Im Gegensatz dazu lehnt die Linke, die behauptet, auf dem Boden des Marxismus zu stehen, die notwendige Spaltung von der Führung und ihrem liberalen Programm ab. Stattdessen agiert sie in jeder entscheidenden Frage, mit der die Arbeiterklasse konfrontiert ist, nur als linke Kritiker der Führung und entschiedenste Kämpfer für die Ideale des Liberalismus. Die liberale Illusion eines kontinuierlichen Friedens und Fortschritts war die vorherrschende Ideologie der liberalen Ordnung der letzten 30 Jahre und besonders der deutschen Bourgeoisie. Die Linke, den Arbeiterführern nachtrabend, hat diese Ideologie voll aufgesogen. Indem dieser Kurs zu einem Verrat nach dem anderen führt, wird wiederum die Reaktion geschürt. Während die Stabilität der liberalen Ordnung allmählich zusammenbricht, klammert sich die Linke umso fester an ihr liberales Programm und hält so nur den Kreislauf aus Liberalismus und Reaktion aufrecht.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist es notwendig, einen revolutionären Pol zu schmieden. Genau wie der Rest der Linken hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), in den letzten 30 Jahren nicht für diese Perspektive

Fortgesetzt auf Seite 32

Deutschsprachige Ausgabe

SPARTACIST



Ein Organ des revolutionären Marxismus

Herausgegeben vom Internationalen Exekutivkomitee der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Philipp Perlstein (verantwortlicher Redakteur), Doris Kohn (herausgebende Redakteurin, New York), Renate Müller (herausgebende Redakteurin, Berlin), G. Perrault

PRODUKTION: François Donau, Jake Jots

VERTRIEB: Barbara Köhler

SPARTACIST PUBLISHING COMPANY
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA
Telefon: +1(212) 732-7862

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. April 2023.

Nummer 33

MAI 2023

Inhalt

Zu dieser Ausgabe	2
Eine kommunistische Antwort	
Die Krise der liberalen Ordnung Deutschlands	3
Ukrainische, russische Arbeiter:	
Dreht die Gewehre um, gegen eure Herrscher	12
Griechenland: Schluss mit den Niederlagen!	
Die Arbeiter brauchen ein Programm	
für den Sieg!	15
Für eine KKE/PAME-Arbeiterregierung!	16
Nieder mit den Lockdowns!	
Die Arbeiterklasse muss sich verteidigen	23
Kanada: Die Arbeiterbewegung muss	
die LKW-Fahrer verteidigen!	27
Fightback-„Sozialisten“: Sozial-Trudeauisten	30
Die Wiederbewaffnung der Spartacist League/Britain	
Verteidigung des revolutionären Programms (II)	35
Pandemie in China	
Trotzkismus kontra Stalinismus	64

Eine kommunistische Antwort

Die Krise der liberalen Ordnung Deutschlands



Willy Rohrer

Karl Liebknecht, 1919: Kampf der Spartakisten für Spaltung von pazifistischen Kautskyanern war Schlüssel für Aufbau der revolutionären KPD

von G. Perrault

Das nachfolgende Dokument wurde am 14. Juni 2022 für die Diskussion in der Internationalen Kommunistischen Liga eingereicht.

In den 30 Jahren seit der konterrevolutionären Zerstörung der DDR war der deutsche Imperialismus in der Offensive. Er ruinierte die Arbeits- und Lebensbedingungen seiner Arbeiterklasse und weitete dadurch seinen wirtschaftlichen Würgegriff über ganz Europa aus. Jetzt ist die relative politische

Stabilität der postsowjetischen Periode vorbei. Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben zu dramatischen Verschiebungen in der Weltlage geführt. Jede Erniedrigung im Kapitalismus hat sich dramatisch verschärft, die Welt ist zunehmend instabil und die regierende SPD verspricht nur noch mehr Entbehrungen. Diese Veränderungen haben in der Linkspartei und der pseudo-marxistischen Linken eine Krise hervorgerufen. Nachdem sie jahrzehntelang im Gleichschritt mit der Bourgeoisie marschiert sind – der Höhepunkt war ihre völlige Unterwürfigkeit gegenüber der Regierung während der Pandemie –, versuchen sie nun krampfhaft das Unmögliche,



dpa



picture alliance

Links: SPD-Kanzler Scholz setzt Kriegskurs gegen Russland und Aufrüstung durch. Rechts: Pazifistische Linke kanalisiert Wut der Arbeiter in Illusion eines friedlichen Imperialismus

nämlich gleichzeitig pazifistisch und auf der Seite der Ukraine zu sein. Während „Frieden“ und „Stabilität“ der liberalen Ordnung zerbrecen, blickt die Linke sehnsüchtig zurück und klammert sich an die reaktionäre und aussichtslose Perspektive, zu den angeblich glorreichen Tagen der Nachkriegszeit und postsowjetischen Ära zurückzukehren.

Das kann die Arbeiterklasse nur in die Katastrophe führen. Die Ursachen der gegenwärtigen Erschütterungen des deutschen Kapitalismus liegen alle in der vorangegangenen Zeit der Stabilität. Wie die übrige sozialdemokratische Linke hat die SpAD die letzten drei Jahrzehnte damit verbracht, vor dem Liberalismus zu kapitulieren, der vorherrschenden Ideologie des deutschen Imperialismus. Um voranzugehen, ist es für die Sektion entscheidend, dass sie die materielle Grundlage der Politik und Ideologie von Deutschlands herrschender Klasse versteht, wie die Arbeiterbewegung davor kapituliert hat und wie der gegenwärtige Status quo zusammenbricht. Nur wenn wir uns diese Lehren aneignen, können wir den Bankrott des Liberalismus wirklich aufdecken und begründen, warum sich der Weg vorwärts für die Arbeiterbewegung nicht aus der Erfahrung der Sozialdemokratie in den 1960er-, 70er- oder 90er-Jahren ergibt, sondern aus der Spaltung von 1919 zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie nach dem ersten interimperialistischen Krieg.

1. BRD: Vom antisowjetischen Frontstaat zum Musterknaben fürs „Ende der Geschichte“

Der westdeutsche Staat wurde ausdrücklich zu dem Zweck gegründet, ein Bollwerk der Amerikaner gegen die Sowjetunion zu sein. Der konterrevolutionäre und revanchistische Charakter Westdeutschlands spiegelte sich darin wider, dass sowohl die Hauptstadt als auch die Verfassung ausdrücklich provisorisch waren. Bonn sollte bis zur Rückgewinnung von ganz Berlin die Hauptstadt sein und das Grundgesetz sollte erst nach einer Wiedervereinigung Deutschlands zur Verfassung werden. Das strategische Hauptziel des deutschen Imperialismus war die Zerstörung der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage. Darum ging es immer, egal ob die Regierung eine Politik der „Konfrontation“ oder der „Entspannung“ verfolgte. Der antisowjetische Kalte Krieg war zwischen 1945 und 1989 die bestimmende politische Frage und war der Hintergrund für alle wichtigen politischen Handlungen, sei es die Gründung der EWG, die Rehabilitierung von Nazi-Funktionären, die Verfolgung von Kommunisten oder die unerschütterliche Unterstützung der USA.

Die Zerstörung der DDR, kurz darauf gefolgt von Konterrevolutionen in der Sowjetunion und in ganz Osteuropa, bedeutete, dass der deutsche Imperialismus sein unmittelbares Ziel erreicht hatte, und damit änderten sich seine Rolle und seine Ambitionen dramatisch. Da Westdeutschland bereits auf dem Kontinent wirtschaftlich dominierte, war es klar, dass die Wiedervereinigung seine Rolle als führende Macht in Europa konsolidieren würde. Im Ge-

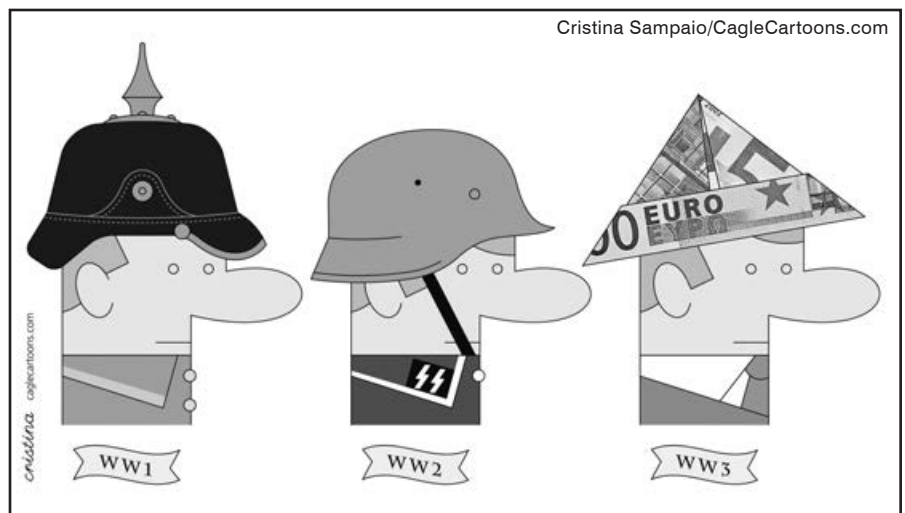
gensatz zu den Prognosen der IKL führte die Wiedervereinigung nicht zu einer verschärften Konfrontation zwischen den Imperialisten. In Wirklichkeit wurde sie von den USA genehmigt und überwacht. Voraussetzung für die Wiedervereinigung war, dass Deutschland in der NATO bleibt und die europäische „Integration“ weitergeht, was zur Gründung der EU und Einführung des Euro führte. Tatsache ist, dass die US-Hegemonie in Europa unangefochten blieb; sie garantierte weiterhin Stabilität durch ihr Militär, während die europäischen Imperialisten die zentrale Rolle dabei spielten, Osteuropa ökonomisch und politisch in den Westen zu „integrieren“.

Das heißt nicht, dass der deutsche Imperialismus einfach eine Marionette der USA gewesen wäre ohne eigene Handlungsfähigkeit im Weltgeschehen – ein nationalistisches Argument, das von vielen Sozialdemokraten vorgebracht wird. Deutschland ist eine Großmacht, die bereits zweimal versucht hat die Weltherrschaft zu erringen. Zwar hat Deutschland derzeit nicht die wirtschaftliche und militärische Macht, die USA direkt herauszufordern, aber im transatlantischen Bündnis hat es Spielraum zum Manövrieren und es hat auch Optionen außerhalb davon. Doch zurzeit ist die deutsche herrschende Klasse überwiegend dafür, ihre Partnerschaft mit den USA fortzusetzen, und sie akzeptiert, dass das bedeutet, die zweite Geige zu spielen. Diese Orientierung muss man im breiteren Zusammenhang mit der postsowjetischen Ordnung sehen, die Genosse Jim Robertson 1999 treffend beschrieb:

„Wir und viele andere stellen fest, dass die ‚postsowjetische Welt‘ so ähnlich wie die Zeit vor 1914 geworden ist. Ökonomisch ja – abgesehen davon, dass es für die Weltmärkte keinen Goldstandard gibt. Politisch nein – weil es keine sich herausbildenden entgegengesetzten Bündnisse der einzelnen Großmächte gibt. Vorläufig sehen wir stattdessen weiterhin eine verdrossene Hierarchie, mit den USA ganz oben an der Spitze. Diese Betrachtungen haben erheblichen Einfluss auf das Timing eines erneuten großen Konflikts zwischen den Imperialisten (das war auch vor 1914 so).“

– „Bemerkung zur ‚postsowjetischen Welt‘“, SL/U.S. IDB Nr. 65

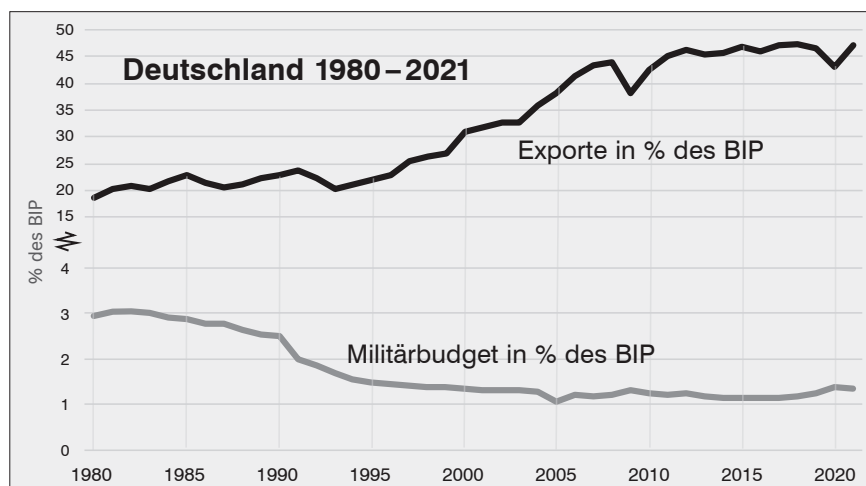
Ein Hauptgrund für die Stabilität des postsowjetischen Europas ist seine für Deutschland äußerst vorteilhafte Konstellation. Die USA bezahlten die Militärausgaben, also konnte der deutsche Kapitalismus seine Ressourcen auf Investitionen in die Industrie und im Ausland konzentrieren.



Die EU ermöglichte leichten Zugang zu neuen Märkten und billigen Arbeitskräften. Durch den Euro wurde die D-Mark künstlich abgewertet, was die Exporte in die Höhe trieb. Nachdem der deutsche Imperialismus die DDR ausgeplündert und seiner Arbeiterklasse die Daumenschrauben angezogen hatte, hatte er freie Bahn, das übrige Europa wirtschaftlich zu erdrosseln. In diesem Zusammenhang bestand die gesamte politische, wirtschaftliche und militärische Strategie Deutschlands darin, Konfrontationen zu vermeiden und die Pax Americana voll auszunutzen, die es ihm ermöglicht, Waren und Kapital relativ einfach und in einem Ausmaß, das seine militärische Macht weit übersteigt, in die ganze Welt zu exportieren.

Als sich die strategischen Interessen des deutschen Imperialismus änderten, änderte sich auch die herrschende Ideologie. In *Die deutsche Ideologie* erklärte Marx: „Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.“ Nachdem die herrschende Klasse ihr strategisches Ziel, „den Kommunismus zu besiegen“, erreicht hatte, passte sie die Ideologie, mit der sie ihre wirtschaftliche Vormachtstellung rechtfertigte, an die Erfordernisse ihrer neuen Politik der „friedlichen“ ökonomischen Ausplünderung an. Statt ihre früheren Verbrechen totzuschweigen, behauptete die deutsche Bourgeoisie, sie habe „aus der Geschichte gelernt“ und dass gerade die Erfahrungen zweier Weltkriege, des Holocausts und zweier Diktaturen (Nationalsozialismus und Kommunismus) Deutschland heute zur modernsten und progressivsten Demokratie der Welt machten. Das verpflichtete Deutschland dazu, die Welt zum Licht der liberalen Demokratie hinzuführen. Seine neu entdeckte Mission: die frohe Botschaft von Demokratie, Pazifismus, offenen Grenzen, Freihandel, Ökologie und christlicher Nächstenliebe zu predigen.

Bürgerliche Ideologen haben unzählige selbstgefällige Abhandlungen geschrieben, dass Deutschlands herrschende Klasse ihre preußischen Pickelhauben wegen einer tiefgreifenden moralischen Erneuerung, die in der Erfahrung und dem Studium der Geschichte verankert ist, gegen den Anzug des Technokraten eingetauscht habe. Aber diese Veränderung hat ihre Ursache im Geldbeutel, nicht in den Geschichtsbüchern und Bibeltexten. Militärische und diplomatische Verwicklungen sind schlecht fürs Geschäft, wenn die eigene Strategie auf den Export von Industriegütern konzentriert ist. Grundsätzlicher noch, die deutschen Kapitalisten haben „gelernt“, ihre Ziele eher durch wirtschaftliche als durch militärische Mittel zu verfolgen, weil sie bisher eine vorteilhafte wirtschaftliche und politische Position im postsowjetischen Europa hatten. Leider kann dieser Erfolg nicht von Dauer sein, und alle Moralpredigten der Welt können nicht den Widerspruch lösen, den Henry Kissinger so treffend darstellte: „Armes altes Deutschland. Zu groß



Spartakist-Grafik. Quelle: data.worldbank.org

In postsowjetischer Periode explodierten deutsche Exporte, während Militärausgaben abnahmen. Deutscher Imperialismus intensivierte ökonomische Ausplünderung Europas und Ausbeutung der Arbeiterklasse unter liberalem Deckmantel, unter Schirmherrschaft der USA

für Europa, zu klein für die Welt.“ Wer diese „Lehre der Geschichte“ vergisst, dem steht ein böses Erwachen bevor.

2. Die Unterordnung der deutschen Arbeiterbewegung unter den Liberalismus

Die Bourgeoisie von Auschwitz schwört, sie habe sich moralisch erneuert, und kleinbürgerliche Ideologen machen sich diese groteske Propaganda völlig zu eigen, aber das ist schwerer zu schlucken für diejenigen, die Opfer der Ausbeutung durch den deutschen Imperialismus waren und weiterhin sind. Für die Kapitalisten ist es von entscheidender Bedeutung, dass die deutsche Sozialdemokratie und die Pseudo-Marxisten zu ihrer neuen moralischen Mission bekehrt wurden und als die Standhaftesten überglücklich die Basisarbeit für deren liberalen Kreuzzug geleistet haben. Durch Propaganda, Klassenzusammenarbeit und Bestechung haben die deutschen Kapitalisten die Arbeiterbewegung für ihre Ziele mobilisiert. Das war ein entscheidender Aspekt des wirtschaftlichen Erfolgs und der politischen Stabilität Deutschlands im Lauf der letzten Jahrzehnte.

Als sich die strategischen Interessen der deutschen herrschenden Klasse nach 1989 änderten, änderten sich auch die Rolle und die Politik der Linken. Während des Kalten Krieges spielte die SPD loyal ihre Rolle dabei, den Antikommunismus in der Arbeiterklasse Westdeutschlands anzuführen, und sie diente als Trojanisches Pferd der Konterrevolution in der DDR. Der Rest der Arbeiterbewegung folgte der SPD in deren konterrevolutionären Fußstapfen oder kapitulierte vor dem Stalinismus (den Maoisten gelingt beides). Die Ausnahme war natürlich die SpAD, die im entscheidenden Moment gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfte und für die Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und politische Revolution im Osten. Die Niederlage dieser Perspektive – wofür die Führungen der Arbeiter im Osten und im Westen die zentrale Verantwortung tragen – führte zur kapitalistischen Wiedervereinigung und zur Zerstörung der Sowjetunion.

Diese Niederlage hatte für die Arbeiterbewegung katastrophale Konsequenzen. Im Osten wurde die Arbeiterklasse demoralisiert und weitgehend zerstört, und im Westen wurde

sie einem unaufhörlichen Sperrfeuer von Angriffen auf ihren Lebensstandard ausgesetzt. Eine sekundäre Folge der Konterrevolution war eine Verschiebung des Schwerpunkts in der Linken, weg von der russischen Frage. Während des Kalten Krieges widerspiegelten die Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland (sowohl zwischen Ost und West als auch innerhalb des Westens) den Konflikt zwischen zwei feindlichen deutschen Staaten mit konkurrierenden Produktionsverhältnissen. Das ist offensichtlich nicht mehr der Grund für die Spaltungen in der Arbeiterbewegung. Heute eine positive Sicht der DDR zu haben – was für viele Linke gilt – ist keine scharfe Trennlinie mehr, da die DDR als lebendige Bedrohung für den deutschen Kapitalismus beseitigt wurde. Symptomatisch für diese Veränderung ist die Linkspartei. Sie ist eine Fusion zwischen unzufriedenen linken SPD-Mitgliedern und den Überresten der stalinistischen Bürokratie. Zwar standen viele ihrer Führer während des Kalten Krieges auf entgegengesetzten Seiten, heute sind sie aber vereint durch ein gemeinsames Programm von links-liberalem sozialdemokratischem Reformismus.

Die Zerstörung der Sowjetunion und der DDR bedeutete, dass die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland endgültig rückgängig gemacht wurde. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1919 stand für die Spaltung zwischen dem Programm der Reform und dem Programm der Revolution. Unter der stalinistischen Komintern blieb es bei der Spaltung, obwohl die Komintern nicht mehr das Programm der Revolution

verkörperte, sondern die Außenpolitik der bürokratischen Kaste der Sowjetunion. Dass Hitler 1933 ohne jeden Widerstand der KPD an die Macht kommen konnte, war das entscheidende Zeichen dafür, dass die Partei als revolutionärer Faktor tot war. Als die KPD nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg wieder gegründet wurde, war sie entlang der gleichen Linien gespalten wie Deutschland. In Ostdeutschland wurde sie zum Hauptbestandteil der Regierungspartei. In Westdeutschland und Westberlin spielte die KPD eine Doppelrolle; einerseits war sie eine Agentur der DDR-Bürokratie, andererseits ein kleiner Bestandteil der zum deutschen Imperialismus loyalen Arbeiterbürokratie. Die Verbindung der KPD in Westdeutschland (später in DKP umbenannt) zur Oktoberrevolution – am Leben gehalten nur durch die Fördermittel, die sie von der parasitären stalinistischen Bürokratie erhielt – bedeutete, dass sie nicht mit der Sozialdemokratie versöhnt werden konnte, egal wie sehr sie vor dem deutschen Nationalismus buckelte. In der postsowjetischen Periode ist nun dieses lästige Hindernis nicht mehr im Weg, und das gibt der gesamten deutschen Arbeiterbewegung – bis hin auch zu den Überresten der stalinistischen Bürokratie – die Möglichkeit, ein gemütliches Plätzchen entlang eines Rechts-Links-Kontinuums des liberalen Reformismus einzunehmen.

Die Führung der Arbeiterbewegung in Deutschland, sei es die SPD, die Linkspartei oder die Gewerkschaftsbürokratie, hat sich voll und ganz der liberalen Orientierung verschrieben, die von der deutschen Bourgeoisie in den letzten 30 Jahren verfolgt wurde. Das war ihr neuer Schwerpunkt. Grundlage für die gesamte Perspektive dieser Organisationen ist, dass die liberale bürgerliche Demokratie und die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg die wesentlichen Garantien dafür seien, dass sich die Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen. Genau diese tödliche Illusion diente als das wichtigste Propagandawerkzeug zur Unterordnung des Proletariats unter die Interessen der Bourgeoisie. Durch die erheblichen Änderungen in der Politik des deutschen Imperialismus nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine haben sich die Konturen des deutschen Liberalismus etwas verändert, aber von seinen Grundpfeilern ist er nicht abgerückt.

Innenpolitisch wird die Verfassung von den Organisationen der Arbeiterklasse als beste Garantie gegen ein „autoritäres System“ angesehen. Im Unterschied zu Ländern wie Frankreich oder USA, wo die Verfassung oft von der Linken stark kritisiert wird, gilt in Deutschland das Grundgesetz als heilig. Tatsächlich präsentieren sich SPD, Linkspartei und Pseudo-Marxisten im Allgemeinen als die wahren Verteidiger der Verfassung. Die falschen Lehren, die diese Organisationen propagieren, sind, dass der Kampf gegen Faschismus damit beginnt, die schrittweise Aushöhlung der Demokratie in Staat und Gesellschaft zu stoppen. Faschismus wird also nicht als eine paramilitärische Mobilisierung der Kleinbourgeoisie gegen Arbeiterklasse und Minderheiten verstanden, sondern als alles, was rechts vom Merkel-Liberalismus steht. Die programmatische Schlussfolgerung ist in der Regel die Aufforderung an den Staat, gegen den rechten Flügel und die Faschisten in Staat und Gesellschaft durchzugreifen.

Die Bourgeoisie und ihre Agenten waren sehr effektiv darin, antifaschistische Stimmungen in der Arbeiterklasse für die Unterstützung „progressiver“ bürgerlicher Kräfte zu mobilisieren, um die „Rechte“ bei Wahlen zu besiegen. Diese Politik des „Kampfes gegen rechts“ war die politi-

Abonniert die Zeitung der Spartakist- Arbeiterpartei Deutschlands

Abo: 3€
(3 Ausgaben)

Ausland: 6€

Alle Abo
enthalten *Spartacist*
(deutschsprachige
Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Postbank
Frankfurt/Main
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

SPARTAKIST-KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

E-Mail spartakist@online.de

Folgt uns auf Twitter und Instagram: @Spartakist_IKL

SPARTAKIST 4
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Nr. 225 WINTER 2022/23 € 0,50

**Schluss mit Betteln um Almosen!
Die Arbeiter müssen herrschen!**



Burghardshausen, Hamburg, 14. Juli: Streik der Halbleiterarbeiter in Norddeutschland fordert Lohnsteigerung gegen Inflation, wurde von SPD-Führung ausverkauft

Die SPD-Führung hat die Hand in Hand mit der...
Macht der Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...

nicht tragen. Die deutsche Imperialismus hat sich...
Aber dem USNATO-Kapitalismus gegen Russland...
die Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...

Staat bei seinem Übergang...
minuten zum ersten...
gegen Russland...
die Arbeiterklasse...
die Arbeiterklasse...



dpa



AP

Berlin, Oktober 2018: Volksfront von Liberalen, SPD und Linken auf #unteilbar-Demo zur Unterstützung der Merkel-Regierung

sche Basis für zahlreiche Volksfront-Regierungen und eine wesentliche Stütze für die Stabilität des deutschen Imperialismus. Im Unterschied zu Frankreich und Spanien in den 30ern oder zu Chile in den 70ern stellten die deutschen Volksfronten der jüngeren Zeit nicht die letzte Verteidigungslinie der Bourgeoisie gegen ein aufständisches Proletariat dar, sondern waren einfach liberale Koalitionsregierungen. Daher war es für die Linke (und die SpAD) billig, sich gegen die Bildung solcher Regierungen zu stellen. Diese Opposition war immer damit verbunden, vor dem Programm des „Kampfes gegen rechts“ zu kapitulieren, das diesen Regierungen zugrunde lag. So plädierten zum Beispiel 2017 die Jusos dafür, dass die SPD den Aufstieg der AfD besser aufhalten könne, wenn sie in der Opposition ihre Glaubwürdigkeit aufpoliere. Mit ihrer Kampagne „No GroKo“ akzeptierte die SpAD diese Prämisse und fügte einfach linke Phrasen hinzu. Solche Beispiele zeigen, dass Opposition gegen die Bildung einer Volksfront im gegenwärtigen deutschen Kontext – obgleich notwendig – nicht an sich revolutionär ist. Die entscheidende Aufgabe besteht darin, das Proletariat von der Politik der Volksfront und von seiner sozialdemokratischen Führung zu brechen. Dazu ist es notwendig, konkret zu zeigen, wie der Liberalismus selbst einer der Hauptgründe für das Anwachsen der Reaktion ist und wie er jeglichen Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen unabhängigen Interessen lähmt.

In der Außenpolitik präsentieren die Führer der Arbeiterbewegung die Europäische Union als den Garanten für Frieden in Europa. Sie wird nicht als ein Werkzeug des deutschen Imperialismus zur Ausbeutung gesehen, sondern als Beweis dafür, dass sich Deutschland zu einer wohlwollenden Macht gewandelt hat. Und überhaupt gehören die verräterischen Arbeiterführer zu den fanatischsten Verteidigern der EU. Sie wettern am schrillsten gegen die rechten Regierungen anderer EU-Länder – besonders jene, die vom deutschen Imperialismus unterdrückt werden –, die sich vor dem Liberalismus nicht beugen, sondern manchmal die nationale Souveränität gegen die EU zu behaupten versuchen. In Deutschland ist die Verteidigung der EU eine zentrale Säule des „Kampfes gegen rechts“. Zum Beispiel erklärte sich die SPD 2018 bereit, sich an einer weiteren GroKo zu beteiligen, mit dem ausdrücklichen Ziel, in der EU für politische Stabi-

lität gegen rechte populistische Kräfte zu sorgen. Die Kritik an der EU von links – generell von der Linkspartei und von Pseudo-Marxisten – geht immer von den liberalen utopischen Gründungsmythen der EU aus, denen die Bourgeoisie gerecht werden soll: offene Grenzen, kein Militarismus, ein soziales Europa usw. Daher ist diese „Kritik“ nichts weiter als eine dünne liberale Fassade für ihre sozialchauvinistische Unterstützung des Hauptinstruments des deutschen Imperialismus zur Vorherrschaft über andere Länder.

Die Kampagnen der Führung der Arbeiterbewegung und der Linken für „Pazifismus“, „Demokratie“, „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ lagen völlig auf einer Linie mit der Orientierung des deutschen Imperialismus, der gegenwärtig nicht auf die militärische Vorherrschaft ausgerichtet ist, sondern auf die wirtschaftliche Herrschaft über das einheimische und europäische Proletariat. Als die Linke über ihre Schulter blickte und bemerkte, dass die deutschen Kapitalisten die gleichen noblen Werte wie sie verkündeten,



Alamy

Juso-Protest im Januar 2018 vor SPD-Parteizentrale. SPD sollte in der Opposition Image aufpolieren und AfD im Parlament verhindern. „Kampf gegen rechts“ ordnet Arbeiter dem deutschen Imperialismus unter



Reuters

Hamburg, 27. März: eintägiger Verdi/EVG-Streik zeigt Macht und Kampfbereitschaft der Arbeiter. Verräterische Gewerkschaftsführung ist das Hindernis und muss durch revolutionäre Führung ersetzt werden

war sie überzeugt, dass dies auf ihre eigenen Bemühungen zurückzuführen war. Hoch erfreut und überzeugt, in diesem Block sei sie der Reiter und die Bourgeoisie das Pferd, entschloss sie sich, ihre Mitarbeit an dem großen liberalen Projekt des deutschen Imperialismus zu verdoppeln. Jetzt, wo die deutsche Bourgeoisie doch nicht so sehr auf Abrüstung setzt, ist die Linke fassungslos und orientierungslos.

In den letzten Jahrzehnten hat die SPD auf nationaler Ebene eine zentrale Rolle dabei gespielt, den deutschen Imperialismus zu regieren, wobei sie mit aller Macht die Arbeiterklasse im eigenen Land und in anderen Ländern massiv angegriffen hat. Generell ist die Linkspartei nur eine etwas linkere Version der SPD. Ihre Hauptfunktion ist es, bei Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse als Ventil zum Druckablassen zu dienen. Zwei Unterschiede zur SPD sind trotzdem beachtenswert. Der erste ist die Herkunft der Linkspartei, die zum Teil aus der SED kommt. Das bedeutet, egal wie sehr die Linkspartei bereit ist, vor dem bürgerlichen Liberalismus auf dem Bauch zu kriechen, sie wird von der Bourgeoisie nie als eine wirklich respektable Partei angesehen. Der andere wichtige Unterschied ist die lauwarmer Opposition der Linkspartei gegen die NATO. Zwar beruht ihre Position auf solidem deutschem Liberalismus, d.h. dass man gegen Militarismus sein muss – besonders gegen den bösen amerikanischen Militarismus –, aber nun ist es so, dass sie mit der Hauptstütze des deutschen Liberalismus in Konflikt gerät: mit der militärischen Vorherrschaft der USA in Europa. In guter liberaler Gesellschaft ist der pazifistische Antiamerikanismus völlig akzeptabel, aber an der Regierung ist er nicht akzeptabel und auch dann nicht, wenn es einen wirklichen Konflikt gibt – wie der Krieg in der Ukraine anschaulich zeigt. Doch diese Differenzen sind programmatisch nicht von qualitativer Natur, und die Politik des linken Flügels der SPD überschneidet sich weitgehend mit dem rechten Flügel der Linkspartei.

Die völlige Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die liberale Bourgeoisie ist genauso ein Faktor, der zum ökonomischen Erfolg des deutschen Imperialismus beiträgt, wie sie ihrerseits durch diesen Erfolg bedingt wird. Einfach gesagt kann es sich die deutsche Bourgeoisie leisten,

für komplexe Mechanismen der Klassenzusammenarbeit zu zahlen, die es ihr ermöglicht haben, die Arbeitsbedingungen ohne größeren Konflikt in der Gesellschaft herunterzufahren. Oft stimmen die Betriebsräte und Gewerkschaften Angriffen auf die Arbeiter zu. Obwohl in der Linken viel von militantem Gewerkschaftertum die Rede ist, betrachtet die Linke allgemein die institutionalisierte Klassenzusammenarbeit wie das System der Mitbestimmung und der Gesamthafenbetriebe (GHB) in den Häfen als Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die durch Klassenkollaboration ermöglichte relative soziale Stabilität war für die deutschen Kapitalisten sehr profitabel und wird von den meisten als lohnenswerte Investition angesehen. Anders als einige seiner imperialistischen Rivalen hat Deutschland immer noch eine große Industriearbeiterklasse aufrechterhalten, von der eine wichtige Schicht einen relativ hohen Lebensstandard behält. Diese obere Schicht bekommt einen Teil der Superprofite der deutschen Imperialisten, während sich die Ausbeutung der unteren Schichten der Arbeiterklasse verschärft hat durch die Anwendung eines Systems von Eingruppierungen und Werkverträgen. Diese zunehmende Zersplitterung und Differenzierung in der Arbeiterklasse wurde direkt ermöglicht und beaufsichtigt von der Gewerkschaftsbürokratie, die für kurzfristige branchenspezifische Interessen bestimmter Schichten die Interessen der gesamten Arbeiterklasse opfert. Diese direkte Korruption dient als Gleitmittel für die totale ideologische Ausrichtung der Führung der Arbeiterbewegung auf die Ziele und Interessen des deutschen Imperialismus. Dieses System von Klassenzusammenarbeit und Bestechung wird jedoch – wie das gesamte liberale Gebäude, auf dem der deutsche Imperialismus aufbaut – von genau den Elementen unterminiert, die die Quelle seiner Stärke waren.

3. Der Zusammenbruch der postsowjetischen Stabilität und die Aufgaben von Kommunisten

„Der deutsche Kapitalismus offenbart sich in der gegenwärtigen Krise aus dem entgegengesetzten Grunde [als Russland] als das schwächste Glied: er ist der fortgeschrittenste Kapitalismus unter den Bedingungen der europäischen Aus-

weglosigkeit. Je größer die innere dynamische Kraft der Produktivkräfte Deutschlands ist, desto mehr wird sie durch das europäische Staatensystem erdrückt, das dem Käfig-System einer zusammengeschrumpften Provinzmenagerie gleicht. Jede Konjunkturschwankung stellt den deutschen Kapitalismus vor jene Aufgaben, die er mittels des Krieges zu lösen versucht hatte.“

– Trotzki, *Was nun?* (1932)

Trotz all dem Gerede über europäische Integration und Einheit ist die Wahrheit, dass keiner der Widersprüche, die in Europa zu den zwei Weltkriegen geführt haben, gelöst worden ist – und unter dem Kapitalismus können sie auch nicht gelöst werden. Die Teilung Europas im Kalten Krieg sowie die Hegemonie des US-Imperialismus ermöglichten die vorübergehende Unterdrückung der Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten Europas, ohne sie aber zu beseitigen. Der ständige Kampf zwischen den Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt führt unweigerlich zum Krieg. Außerdem gibt der zersplitterte Zustand Europas – geteilt in unzählige kapitalistische Staaten mit gegensätzlichen wirtschaftlichen, politischen und nationalen Interessen – Konflikten auf dem Kontinent einen besonders explosiven Charakter. So wie die relative Macht der Vereinigten Staaten in der Welt abnimmt, werden die Spannungen innerhalb Europas zunehmen. Wie zuvor wird sich Deutschland im Auge des Wirbelsturms befinden.

Die Pax Americana war der Grundstein, auf dem der deutsche Imperialismus nach dem Krieg und insbesondere nach dem Kalten Krieg seine Vorherrschaft in Europa aufgebaut hat. Wie bereits erläutert, ermöglichte das eine relative politische Stabilität in Europa und der Welt, gewährleistet zunehmend offene Märkte für Waren und Kapital und verringerte die Ausgaben für die Bundeswehr. In diesem Zusammenhang war das transatlantische Bündnis äußerst vorteilhaft für Deutschland. Aber diese positive Dynamik beginnt sich nun umzukehren und Deutschland wird durch die Erfordernisse dieses Bündnisses zunehmend eingezwängt und eingeschränkt.



Spartakist

Berlin, 29. Mai 2022: Banner der Spartakisten. Die Weigerung der Pazifisten, die offenen Sozialchauvinisten rauszuschmeißen, zeigt ihre Ergebenheit zum deutschen Imperialismus

Zunächst einmal erhöht sich für Deutschland der Preis dafür, dass die USA das Sagen haben. Die Belastung durch Amerikas Konflikte wird überproportional von Deutschland geschultert. Trumps Aufkündigung des Iran-Abkommens kostete europäische Firmen eine Menge Geld, während die Amerikaner davon praktisch nicht betroffen waren. Der Konflikt in der Ukraine, in seiner früheren Version und noch mehr jetzt, wird für Deutschland sehr viel teurer als für die USA. Auch die wachsenden Spannungen mit China werden für Deutschland mit höheren Kosten verbunden sein, das auf den chinesischen Markt stärker angewiesen ist als die USA.

Obendrein werden mit der Schwächung der US-Hegemonie die Vorteile, die Deutschland durch diese hatte, verringert werden. Protektionismus und Unterbrechungen von Lieferketten nehmen zu und werden wahrscheinlich noch viel weiter anwachsen. Für eine exportorientierte Wirtschaft sind das natürlich schlechte Nachrichten. Auch die politische Instabilität in der Welt wird in den kommenden Jahren weiterhin dramatisch ansteigen, was für Deutschland bedeutet, dass es mit einem minimalen Militärbudget nicht länger davonkommen wird. Da die Kosten für das transatlantische Bündnis steigen und der Nutzen sinkt, wird der deutsche Imperialismus erneut die bekannten Zwänge spüren, die daher kommen, dass er auf der Weltbühne nicht das Sagen hat. Als führende Macht Europas wird Deutschland auf Dauer eine derart unangenehme Lage nicht hinnehmen. Deutschland wird mehr und mehr über die Option nachgrübeln, erneut um seinen Platz an der Sonne zu spielen – wohl wissend, wie hoch der Preis des Scheiterns ist.

Eine in der sozialdemokratischen Linken vorherrschende Illusion ist, dass sich Deutschland ohne größere Konsequenzen aus dem transatlantischen Bündnis zurückziehen könnte.

SPARTAKIST 4
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKISTEN-GRUPPE IN DEUTSCHLAND
EK 3 MAYIS 2023 0,50 €

**— Maglubiyetlere Yeter! —
İşçilerin zafer için bir
programa ihtiyacı var!**

Yunanistan

11 Mayıs 2023: Bir hafta önce başlayan mayıs grevleri, işçilerin dayanışmasını ve program gereğini gösterdi.

Ulusal Kurtuluş İçin! Bir işçi Hükümeti İçin!

Yeni Çıktı!

Türkçe Ek 5
Mayıs 2023
0,50 €
(12 sayfa)

Türk dilinde mevcut diğer yayınlar için:
icl-fi.org/turkish
Sipariş için: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Başka ülkelerden sipariş etmek için 63. sayfaya bakın.

Dadurch könne es international eine friedlichere Rolle spielen und durch eine Blockfreiheit dem geopolitischen Kreuzfeuer aus dem Weg gehen. In diesem Sinne argumentiert der langjährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi in seinem Bestseller *Nationale Interessen*: „Das Ziel Europas muss am Ende eine allianzneutrale Position sein. Wer sich selbst gegenüber einem Stärkeren nicht mehr wirkungsvoll verteidigen kann, für den ist es immer sicherer, sich nicht einzumischen in Konflikte der Größeren und sich auch nicht durch eine Allianz zu binden.“ Die DKP-Version davon spiegelt sich in ihrem Aufruf wider: „Frieden mit Russland! Raus aus der NATO!“ Obwohl im Augenblick der Krieg in der Ukraine solchen Vorschlägen eine kalte Dusche versetzt hat, zeigen sie, dass schon jetzt eine gewisse Stimmung dafür existiert, die Verbindung zum US-Imperialismus abzubrechen. Nötig waren aber zwei Weltkriege und der Kalte Krieg, bevor die USA ihre Vorherrschaft über Europa errichten konnte; zu denken, sie würden ein von Deutschland dominiertes Europa einfach ihrer Kontrolle entgleiten lassen, ist reine Naivität, und zu denken, ganz „Europa“ würde den Deutschen auf diesem Weg folgen wollen, ist pure Weltmachtarroganz. Die militärische Vormachtstellung der USA in Europa war das Einzige, was den Kontinent davon abgehalten hat, sich noch einmal zu zerfleischen. Jede tiefgehende Änderung im Charakter des transatlantischen Bündnisses wird mit Sicherheit dramatische und gewaltsame Auswirkungen haben.

Der liberal-nationalistische Mythos, der Ansichten wie den oben genannten zugrunde liegt, besagt, dass ein von Deutschland geführtes Bündnis, anders als das US-geführte, eine Friedensmacht wäre. Man möchte meinen, dass nach zwei Versuchen, Europa militärisch zu erobern, die meisten dem gegenüber misstrauisch wären, doch tatsächlich benutzen deutsche Ideologen genau diese Tatsache als das Hauptargument, um künftige militärische Abenteuer auszuschließen! Schließlich habe Deutschland „aus der Geschichte gelernt“. Herfried Münkler versucht, diesem liberalen Gesülze in seinem Buch *Macht in der Mitte* einen realistischen Dreh zu geben:

„Abgesehen davon, dass diese Politik das erste Mal gescheitert ist und das zweite Mal in die Katastrophe geführt hat, verfügt Deutschland heute nicht mehr über einen Überschuss an militärischer Macht, und das wird nach Lage der Dinge auch nicht mehr der Fall sein. Es kommt hinzu, dass, wie oben erläutert, der Faktorwert militärischer Macht deutlich gesunken ist. Insofern kämpfen diejenigen, die in einem fort vor einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik warnen, gegen eine Konstellation der Vergangenheit. Das heutige Deutschland ist dagegen eine zutiefst postheroische Gesellschaft (Münkler 2006: 338 ff).“

Krieg hat die Fähigkeit zu zeigen, was verrotten ist, und der Krieg in der Ukraine hat kurzerhand drei Jahrzehnte solch pazifistischer Propaganda auf den Müllhaufen der Geschichte gefegt.

Und der Linken, die tatsächlich vor dem drohenden Militarismus gewarnt hat, ist es nicht besser ergangen. Ihrer Theorie zufolge würde „nie wieder Krieg und Faschismus“ dadurch erreicht, dass man sicherstellt, dass Deutschland liberale Werte und Pazifismus hochhält. Plötzlich prallt mit dem Krieg in der Ukraine die utopische pazifistische Position, dass Waffen schlecht sind und zu Konflikten führen, gegen die liberale Position, dass die auf die EU ausgerichtete Ukraine bis an die Zähne bewaffnet werden muss gegen das autoritäre Russland. Vor die Wahl gestellt, ihre heuchlerische antiimperialistische Haltung aufzugeben oder sich ge-

gen die offen pro-imperialistischen Agenten in der Arbeiterbewegung zu verteidigen, die in der Offensive sind, hat sich die Linke bisher für die lang bewährte Strategie entschieden, den Kopf in den Sand zu stecken. Ihre Antwort ist, durch Wiederholung der pazifistischen Losungen von gestern die Kluft kosmetisch zu flicken, unfähig zu verstehen, warum ihre Aufrufe plötzlich mit bürgerlicher Respektabilität kollidieren. Ohne starke Gegenstimme war die allgemeine Stimmung im Land zum großen Teil für die Regierungsposition der Wiederaufrüstung und der vollen militärischen Unterstützung der Ukraine. Bisher sind die verräterischen Führer der Arbeiterklasse auf wenig Gegenwind gestoßen bei ihrer Mobilisierung für den deutschen Imperialismus im Ukraine-Krieg. Aber während sich der Konflikt dahinschleppt und sich die Kosten für die Arbeiterklasse auf türmen, wird diese Einheit zwangsläufig zerbrechen.

Bei aller Wichtigkeit ist der Krieg in der Ukraine nur einer von vielen Faktoren, die den deutschen Imperialismus in seine vertraute Ecke drängen. Der Druck steigt an mehreren Fronten allmählich an. Spannungen innerhalb der EU müssen zwangsläufig erneut ausbrechen, sobald die anfängliche politische Auswirkung des Ukraine-Kriegs nachlässt und die Wirtschaftskrise wieder mit voller Wucht zuschlägt. Probleme wie die militärischen Konflikte in der Sahel-Zone, dem Nahen Osten und Libyen sowie die drohende Hungersnot in der ganzen neokolonialen Welt werden, wenn auch von den Medien weitgehend ignoriert, in Europa zwangsläufig tiefgreifende politische Auswirkungen haben. Es wird auch unmöglich sein, den negativen ökonomischen und politischen Folgen des wachsenden Konflikts zwischen den USA und China aus dem Weg zu gehen.

An der Wirtschaftsfront sieht es düster aus. Bereits vor der Pandemie, dem Anstieg der Inflation und dem Krieg in der Ukraine war die europäische Wirtschaft in schlechtem Zustand. Bei der digitalen Technologie liegt Deutschland weit hinter seinen Konkurrenten zurück. Auch die Schwerindustrie, das Herzstück seines bisherigen Erfolgs, beginnt hinterherzuhinken. Zum Beispiel versuchen deutsche Autohersteller krampfhaft, bei der Produktion von Elektrofahrzeugen zu den Amerikanern und Chinesen aufzuschließen. Letztere haben ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland gut genutzt, um eine Reihe seiner Industrietechniken und -technologie zu kopieren. Diese erhöhte Konkurrenz findet in dem Kontext statt, dass Deutschland mehr seiner Ressourcen für das Militär bereitstellt und das bestmögliche Szenario ein niedriges Wachstum ist. Der chinesische Markt, der für die deutsche Industrie bisher die wichtigste Aussicht auf Wachstum bot, wird wettbewerbsintensiver, restriktiver und wächst nicht mehr so schnell wie zuvor. Über all dem schwebt die Bedrohung durch die Politik großer Zentralbanken während des letzten Jahrzehnts, als „Lösung für die Wirtschaftskrise“ riesige Mengen Geld in die Finanzmärkte zu pumpen. Dies taten sie während der Pandemie in noch größerem Ausmaß, um die Stilllegung der Wirtschaft wettzumachen. Früher oder später (wahrscheinlich früher) werden die so entstandenen Finanzblasen platzen. Schon wütet die Inflation, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Krise zu einem voll ausgewachsenen wirtschaftlichen Zusammenbruch entwickelt. Um mit dieser ökonomischen Situation fertig zu werden, bleibt den deutschen Kapitalisten als einzige Option, ihrer Arbeiterklasse und dem übrigen Europa die Daumenschrauben noch fester anzuziehen.



Spartakist

Berlin-Treptow: 30. Dezember 1989, Kundgebung gegen Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Spartakisten entlarvten SPD als Trojanisches Pferd der Konterrevolution, warnten vor Verrat der SED/PDS-Führung. Kampf für revolutionäre Führung ist entscheidend

Im eigenen Land werden dadurch die normalen Mechanismen der Klassenkollaboration verschärft unter Druck geraten. Es werden weniger Brosamen verfügbar sein, um die schrumpfenden oberen Schichten der Arbeiterklasse zu bestechen, was potenziell zu einer großen Konfrontation mit dem machtvollen und gut organisierten deutschen Proletariat führt. Außerdem haben die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dadurch, dass sie jahrzehntelang die Komplizen waren bei der Zersplitterung und verschärften Ausbeutung großer Teile der Arbeiterklasse, die Quelle ihres politischen Einflusses untergraben. Das führte bereits zu allmählich sinkenden Wahlergebnissen für SPD und Linkspartei. Und lässt ebenfalls große Teile der Arbeiterklasse unorganisiert und stark ausgebeutet. Im Zusammenhang mit einer erneuten kapitalistischen Offensive könnte sich das als eine unberechenbare und explosive Situation erweisen. Ein weiterer Faktor der politischen Instabilität ist der Ruin des Kleinbürgertums und die Pauperisierung ganzer Landstriche. Dieser Prozess läuft schon seit langem und wurde jetzt durch Pandemie und Inflation beschleunigt. Das wird Öl ins Feuer des rechten Populismus gießen. Die AfD ist am besten in der Lage, davon zu profitieren, da sie bisher die einzige wirkliche Opposition gegen den liberalen Status quo war.

Auf internationaler Ebene wird Deutschland das übrige Europa auspressen müssen als Ausgleich für seine eigenen Schwierigkeiten. Wie die Euro-Krise bereits zeigte, wird das zweifellos bei den unterdrückten Ländern Europas Widerstand hervorrufen und auch bei den anderen imperialistischen Mächten, hauptsächlich Frankreich. Aber Deutschland kann damit nur so weit gehen, bis die EU zu zerbrechen beginnt. Wenn wirtschaftliche Erpressung nicht funktioniert, wird Deutschland vor der Wahl stehen, entweder wirtschaftliche und politische Rückschläge hinzunehmen oder militärische Mittel einzusetzen, um seine Interessen durchzusetzen.

Vor der drohenden Flutwelle von wirtschaftlichem Chaos, Klassenkonflikt, Krieg und Hungersnot rennt die reformistische Linke zum Strand in der Hoffnung, sie könne die Welle

überzeugen, sich friedlich zurückzuziehen. Sie hofft, mit ein bisschen ökonomischem Kampf sowie pazifistischen und antirassistischen Demonstrationen die deutsche Bourgeoisie davon überzeugen zu können, dass sie sich an ihr Bekenntnis zu Liberalismus und Klassenzusammenarbeit erinnert. Bei jedem Schlag gegen den liberalen Status quo reagierte die Linke damit, sich immer krampfhafter an die Rockschöbe der vermeintlich progressiven Bourgeoisie zu klammern und dabei Veränderungen vorzuschlagen, die den Kapitalismus ein wenig besser machen könnten. Die SpAD war mitschuldig an der Propagierung solcher reformistischer Illusionen und reagierte auf die wachsende politische Unruhe und Reaktion, indem sie für eine militantere, EU-feindliche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie eintrat.

Im direkten Gegensatz zu diesem Kurs ist es die Aufgabe von Revolutionären, den immer offensichtlicheren Bankrott des Liberalismus zu nutzen, um den Untergang des kapitalistischen Systems herbeizuführen. Im Gegensatz zu dem, was die Linke propagiert, ist die wesentliche Lehre aus den 30ern *nicht*, dass sich alle gegen den Faschismus vereinigen müssen. Sondern die Lehre ist, dass der deutsche Imperialismus Krieg und Faschismus brauchte, um den Druck zu durchbrechen, den einerseits sein machtvolles Proletariat ausübte und der andererseits von seinem Platz in der zweiten Reihe der imperialistischen Hierarchie herrührte. Da sich der Druck auf Deutschland erneut verschärft, wird sich die Alternative, die sich in der Vergangenheit stellte, immer deutlicher abzeichnen. Wieder wird das Proletariat vor der Frage stehen: Wird es die Macht ergreifen und dem deutschen Imperialismus ein Ende bereiten oder wird erneut die Barbarei die Antwort sein?

Die objektive Situation wird die Arbeiterklasse in Richtung Revolution drängen. Aber diese Bewegung allein wird nicht reichen. Die Geschichte zeigt, dass sich die Arbeiterklasse, um ihre Rolle als Totengräber des Kapitalismus erfüllen zu können, vom ideologischen Einfluss des Liberalismus befreien und politisch mit der Sozialdemokratie brechen muss. Genau wie es 1914 nötig gewesen wäre, muss die Arbeiterklasse ihre pro-imperialistische Führung rauschmeißen und eine neue revolutionäre Partei schmieden. Die Arbeiteravantgarde muss bewusst in Richtung dieses Kampfes geführt werden, organisiert auf dem Boden eines revolutionären Programms. Die Pflicht der SpAD ist es, mit ihren vergangenen Praktiken zu brechen und das wesentliche Gerüst dieses Programms auszuarbeiten. Sie muss die Erschütterungen in der Gesellschaft und in der Linken ausnutzen, um einen revolutionären Pol zu organisieren in *Opposition* zur Sozialdemokratie. Je eher ein solcher Pol errichtet werden kann und je tiefer seine politischen Grundlagen reichen, umso stärker wird die Einwirkung sein auf das Ergebnis der anstehenden Kämpfe in Deutschland und international. ■

Ukrainische, russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um, gegen eure Herrscher!



Garanich/Reuters

Ukrainische Truppen im Donbass, 18. Juli 2022. Ukrainischer Präsident Selenskyj, flankiert von US-Verteidigungsminister und US-Außenminister. Ihr Ziel ist die fortgesetzte imperialistische Versklavung der Ukraine, während Präsident Putin das Land unter den russischen Stiefel zwingen will



Pressebüro des ukrainischen Präsidenten



Zemlianichenko/Reuters

Nachfolgend drucken wir das Spartacist-Extrablatt vom 27. Februar 2022 ab.

Russlands Einmarsch in die Ukraine wurde durch die jahrzehntelange von den USA geführte Expansion von NATO und Europäischer Union provoziert. Nachdem die imperialistischen Mächte die kapitalistische Konterrevolution, die die UdSSR zerstörte, orchestriert hatten, haben sie ihre Macht nach Osten bis direkt an die russische Grenze ausgedehnt und Plünderung, ethnische Konflikte und Erniedrigung gebracht. Jetzt wüten die westlichen Imperialisten gegen Russlands „Angriffskrieg“ und seine Verletzung der Souveränität der Ukraine. Diese Banditen, die die Arbeiter auf der ganzen Welt ausplündern, scheren sich einen Dreck um die nationalen Rechte der Ukraine. Wortüber sie wirklich wütend sind, ist, dass Russland ihnen die exklusiven Rechte auf Ausplünderung Osteuropas sowie die Hegemonie der

USA über die Region streitig macht. Der endlose Teufelskreis aus Krise und Krieg muss an seiner Quelle gestoppt werden, durch sozialistische Revolutionen in den imperialistischen Zentren. **Für Arbeiterrevolution in den USA! Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, freiwillig vereinigt!**

Es gibt nur einen fortschrittlichen Weg aus dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland: diesen Krieg zwischen *zwei* Kapitalistenklassen in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, in dem die Arbeiter *beide* Kapitalistenklassen stürzen. Wir rufen die Soldaten und Arbeiter in der Ukraine und Russland auf: Verbrüderet euch! Dreht die Gewehre um, gegen eure Ausbeuter!

In diesem Krieg geht es im Wesentlichen darum, in wessen Einflussbereich die Ukraine fällt, und ein Sieg der russischen oder der ukrainischen Streitkräfte kann nur zu noch mehr Unterdrückung führen. Die ukrainische Regierung

Nieder mit EU und NATO!

kämpft nicht dafür, die Ukraine zu befreien, sondern dafür, sie noch mehr zum Sklaven der imperialistischen Mächte von NATO/EU zu machen, an die sie seit dem von den USA unterstützten Putsch von 2014 gebunden ist. Ihr Sieg würde auch die Unterdrückung der russischen Minderheit in der Ukraine verstärken. Andererseits hat Russlands Einmarsch in die Ukraine nur das Ziel, den imperialistischen Stiefel durch eine russische Peitsche zu ersetzen. Der legitime nationale Kampf für Selbstregierung in Donezk und Luhansk ist nun an Russlands weitergehendes reaktionäres Kriegsziel gebunden. Eine Revolution in der Ukraine und in Russland würde die nationale Frage lösen, die Oligarchen zum Teufel jagen und die Arbeiter auf der ganzen Welt dazu anspornen, sich gegen ihre eigenen Ausbeuter zu erheben.

Ein revolutionärer Ausgang des jetzigen Krieges ist notwendig und möglich. 1917 wurden russische und ukrainische Werktätige ebenfalls von ihren Herrschern als Kanonenfutter benutzt. Sie setzten dem ein Ende, indem sie ihre Offiziere erschossen und sich den aufständischen Arbeitern unter der Führung der Bolschewiki anschlossen, um ihre gemeinsamen Ausbeuter – Kapitalisten und Großgrundbesitzer – in der größten Revolution der Welt hinwegzufegen. **Für neue Oktoberrevolutionen in Russland und der Ukraine!**

Die kapitalistische Welt wird bereits seit zwei Jahren von einer durch die Pandemie ausgelösten Krise heimgesucht. Lockdowns, Arbeitslosigkeit, Verschärfung des Arbeitstempus, Inflation und ein marodes Gesundheitswesen sind für Arbeiter auf der ganzen Welt die Realität. Der gegenwärtige Krieg kann nur die Zerstörung des Lebensstandards der Arbeiter beschleunigen und Klassengegensätze verschärfen. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, die blanke Wut, die sich ganz unten in den kapitalistischen Gesellschaften aufstaut, in die einzige Lösung zu verwandeln, die es gegen Krieg, Elend und Ausbeutung gibt: die Errichtung der internationalen Arbeiterherrschaft.

Die Pandemie hat den völligen Bankrott der gegenwärtigen Führer der Arbeiterbewegung klar gezeigt. Während die Arbeiterklasse sowohl durch das Virus als auch durch die kapitalistischen Angriffe schwer getroffen wurde, standen diese Klassenverräter – Sozialdemokraten, Stalinisten und Gewerkschaftsbürokraten – voll und ganz auf der Seite der Bosse und forderten mehr Lockdowns, mehr Opfer. Jetzt mobilisieren genau diese verräterischen Führer, besonders in den imperialistischen Zentren, die Arbeiter für die Sache der USA und deren Verbündeten, wobei sie der NATO und EU ewige Treue schwören und fordern, Russland durch Sanktionen auszuhungern. **Schluss mit dem Verrat!** Arbeiter müssen sich gegen die Sanktionen und gegen Militärhilfe für die Ukraine stellen! Die Arbeiterklasse muss mit ihrer jetzigen Führung brechen, um gegen imperialistische Verwüstung in anderen Ländern und gegen Angriffe auf den Lebensstandard im eigenen Land zu kämpfen. Sie braucht eine neue, revolutionäre Führung, um ihre welthistorische Rolle als Totengräber des Kapitalismus zu erfüllen. **Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!**

„Sozialistische“ Handlanger des Imperialismus

Vorbedingung dafür, eine wirkliche revolutionäre Opposition gegen Imperialismus und Krieg zu schaffen, ist ein schonungsloser Kampf gegen die Pseudotrotzkisten, Stalinisten und Maoisten, die pazifistische und „antiimperialistische“ Losungen benutzen, um ihre völlige Unterwürfigkeit gegenüber ihren eigenen imperialistischen Herren und ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie zu verschleiern. Genau wie die Opportunisten, vor denen Lenin während des Ersten Weltkriegs warnte. „Mittels offenkundiger Sophismen wird der Marxismus seiner lebendigen revolutionären Seele beraubt, man akzeptiert vom Marxismus *alles, ausgenommen* die revolutionären Kampfmittel, ihre Propagierung

„Sozialistische“ Handlanger des Imperialismus

24. Februar 2022
Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien
Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine!
Notwendig ist ein eigenständiges
gegen die Monopole und die Bourgeoisie
den Sturz des Kapitalismus, die Stärkung
Klassenkampfes gegen den imperialistischen
Krieg, für den Sozialismus!
1. Die kommunistischen und Arbeiterparteien
Kommunistische Partei Griechenlands

26. August 2022
UZ unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP
Auf die Straße gegen Krieg und sozialen Kahlschlag – und in die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen, Freunden und Nachbarn
Für den Frieden streiten
Patrik Köbele | Politik | UZ vom 26. August 2022

2. März 2022
Nein zum Krieg!
Russische Truppen raus aus der Ukraine!
NATO raus aus Osteuropa!
Nein zur imperialistischen Aufrüstung!
KLASSEGEGENKLASSE
tägliche Nachrichten der revolutionären Linken

April 2022
PERSPEKTIVE
Zeitung für Solidarität und Widerstand
Nein zum Krieg, nein zur NATO, nein zum Imperialismus!
Aus Sicht der Arbeiter:innenklasse sind sowohl Putin als auch die NATO Feinde. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, bei dem es keine gerechte Seite gibt. Die Perspektive für die Arbeiter:innen kann nur im Sturz
Staaten mit einem neuen Niveau an Aggressivität. Deutschlands Regierung hat ein historisches 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm auf den



Ludovic Marin/Reuters

Juni 2022: Kanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Macron bei Selenskyj in Kiew, um Kriegsziele der von Deutschland und Frankreich geführten EU voranzutreiben, im Schulterschluss mit USA

und Vorbereitung, die Erziehung der Massen gerade in dieser Richtung“ (*Sozialismus und Krieg*, 1915). Hier sind die hauptsächlichlichen Täuschungsmanöver der heutigen Opportunisten:

- „Nein zum Krieg in der Ukraine.“ Diese Losung, die überall in der Linken aufgestellt wird, ist ein pazifistischer Schwindel, der den Menschen vortäuscht, dass es ohne revolutionären Kampf eine gerechte Beilegung des Krieges geben könne. Kein Waffenstillstand oder Friedensabkommen zwischen kapitalistischen Räubern wird die Ursachen des Krieges angehen. Jedes solche Übereinkommen wird sich zwangsläufig gegen die Arbeiter in Russland und der Ukraine richten und dem nächsten blutigen Konflikt den Boden bereiten. Wer einen dauerhaften und demokratischen Frieden will, muss dafür kämpfen, den gegenwärtigen kapitalistischen Krieg in Bürgerkriege gegen die russische und die ukrainische Bourgeoisie umzuwandeln und die Revolution auf die imperialistischen Länder auszuweiten.
- „Russische Truppen raus aus der Ukraine“ (aufgestellt zum Beispiel vom Komitee für eine Arbeiterinternationale, CWI). Das ist die Parole der NATO und kann nur einen Sieg der ukrainischen Regierung bedeuten. Wer diese Parole aufstellt, sei es in den USA, Britannien, Frankreich oder Deutschland, fordert nicht die Freiheit der ukrainischen Arbeiter, sondern die Freiheit für seine eigenen imperialistischen Herrscher, die Ukraine auszuplündern.
- „Nieder mit der NATO!“ Dies ist eine notwendige Losung; erhebt man sie aber, ohne sich gegen das ökonomische Anhängsel der NATO, die EU, zu stellen, schafft das nur Illusionen, es könne einen Imperialismus ohne Militarismus geben. Gerade die „friedliche“ wirtschaftliche Ausplünderung durch das Finanzkapital bereitet Kriegen den Boden. EU und Euro sind Werkzeuge für diese Ausplünderung. Es ist nichts als krasser Sozialchauvinismus, die von Deutschland und Frankreich geführte EU als gutartig und als getrennt von der „militaristischen“ amerikanischen geführten NATO darzustellen. So prangert zum Beispiel Lutte ouvrière die NATO an und beklagt sich gleichzeitig darüber, dass der Ukraine die EU-Mitgliedschaft und „die

wenigen Vorteile, die sie daraus hätte ziehen können“ (22. Februar), verweigert werden. Eine groteske Kapitulation vor dem französischen Imperialismus! Fragt die Arbeiter Europas: Die EU bringt nichts außer wirtschaftlicher Strangulierung und nationaler Unterjochung.

- „Gegen russischen Imperialismus“ (die Position der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands und vieler anderer). Theatralisch aufzutreten gegen „russischen Imperialismus“ dient dazu, die Verbrechen der jeweils eigenen imperialistischen Herren abzudecken und Arbeiter darüber zu belügen, wer wirklich der Hauptfeind ist. Die Welt wird von den Zentren des Finanzkapitals beherrscht, von New York, Frankfurt, Paris, London und Tokio, nicht von Moskau. Russlands herrschende Klasse ist zwar ausgesprochen reaktionär, aber nicht imperialistisch. Sie unterdrückt ihre eigene Arbeiterklasse und ist eine regionale Macht. Im Gegensatz dazu pressen die Imperialisten die Arbeiter auf dem ganzen Planeten bis aufs Blut aus.
 - „Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine“ (Kommunistische Partei Griechenlands & Co.). Pazifistischer Müll mit „antiimperialistischem“ Etikett. Den Krieg als imperialistisch darzustellen heißt, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Sollte die NATO oder irgendeine imperialistische Macht direkt in diesen Krieg eintreten, wäre es die Verpflichtung jedes Revolutionärs, militärisch die Seite Russlands zu beziehen, für die Niederlage der Imperialisten, die international das Hauptbollwerk der kapitalistischen Reaktion sind. Genau diese Aufgabe lehnen diejenigen ab, die gegen „russischen Imperialismus“ agitieren.
 - „Sollen Arbeiter eine Seite mit Russland beziehen?“ Manche Linke denken, man solle Russland bei seinem Krieg unterstützen, weil es die Imperialisten herausfordert. Das ist eine Kapitulation vor großrussischem Chauvinismus. Russland führt nicht Krieg gegen die Imperialisten, sondern gegen die ukrainische Regierung. Die proletarische Strategie, in der Ukraine und in Russland den Imperialismus zu bekämpfen, besteht in dem gemeinsamen revolutionären Kampf der ukrainischen und russischen Arbeiter, nicht in der Unterstützung für die Pläne des Kremls. Die Unterwerfung der ukrainischen Nation unter Russland würde die nationalen Gegensätze weiter anheizen und ein gewaltiges Hindernis für diese Perspektive errichten.
- Alle Pseudomarxisten heulten vor Empörung auf, als der großrussische Chauvinist Putin die revolutionäre Politik Lenins gegen nationale Unterdrückung verurteilte. Das war sehr edel von ihnen. Aber Lenin im gegenwärtigen Krieg wirklich zu verteidigen heißt, *die sozialchauvinistischen Verräter zu entlarven, die „sozialistische“ Rhetorik benutzen, aber tatsächlich Handlanger der Imperialisten sind.* Zu diesem Punkt kann Lenin sich selber verteidigen:

„Was die Bourgeoisie braucht, ist ja gerade, dass die Arbeiter durch heuchlerische Phrasen vom Frieden, durch leere, zu nichts verpflichtende Phrasen, *abgelenkt* werden vom revolutionären Kampf während des Krieges, dass man sie einlullt, sie auf einen ‚Frieden ohne Annexionen‘, einen demokratischen Frieden usw. usf. vertröstet... Der erste und grundlegende Punkt des sozialistischen Friedensprogramms muss indes die *Aufdeckung der Heuchelei* des kautskyanischen Friedensprogramms sein, das eine *Festigung* des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat bedeutet.“

–,„Über das ‚Friedensprogramm‘“ (1916) ■

Griechenland: Schluss mit den Niederlagen!

Die Arbeiter brauchen ein Programm für den Sieg!

Der folgende Artikel ist übersetzt aus O Bolsevikos Nr. 7 (Dezember 2022), Zeitung der Trozistischen Gruppe Griechenlands (TOE).

Ο ΜΠΟΛΣΕΒΙΚΟΣ

Die Imperialisten haben gemeinsam mit der griechischen herrschenden Klasse das Land geplündert. Für die immer größere imperialistische Versklavung müssen die Werktätigen bluten: durch Privatisierung von Häfen und Werften, Fabrikschließungen, Angriffe auf die Gewerkschaften, auf das Gesundheits- und Bildungswesen und auf Gewerkschaftsrechte. Durch die Inflation steigen die Kosten für Güter des täglichen Bedarfs und beim Strom. Eine Krise jagt die nächste: die Krise, die vor mehr als zehn Jahren begann; das Kippen des Ergebnisses des Referendums durch Deutschland 2015 über die Austeritätsmaßnahmen der Europäischen Union; der Ausverkauf an die EU und an die Banken durch Syriza; die katastrophale Politik der Regierung in der Pandemie und im Ukrainekrieg; die aktuelle Krise. Die Massen wurden in die Armut getrieben, die unteren Schichten des Kleinbürgertums ruiniert. Ihre unmittelbaren Bedürfnisse prallen in jeder Frage gegen den Grundpfeiler des kapitalistischen Systems: das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Es ist *jetzt* dringend notwendig, für die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu kämpfen und dies mit dem Kampf für die Befreiung des Landes von imperialistischer Unterjochung und für die Errichtung einer Arbeiterregierung zu verbinden. Die Arbeiter müssen die Macht in die eigenen Hände nehmen, all die unnützen Schmarotzer hinwegfegen



Alkis Konstantinidis/Reuters

Athen, 9. November 2022: Bauarbeiter im eintägigen Generalstreik. Die Arbeiterinteressen werden durch reformistisches Programm ihrer Führung verraten

und *das Land von oben bis unten regieren*. Wenn die Arbeiterklasse am Ruder ist und das Profitmotiv weg ist, können die Geißeln der Preistreiberei, der Arbeitslosigkeit und der hohen Wohnkosten alle schnell beseitigt werden.

Aber warum hat es in einem Land, wo Sozialismus zum alltäglichen Sprachgebrauch der gesamten Linken gehört, wo es eine kommunistische Massenpartei (KKE) gibt und das Proletariat wie kein anderes in Europa gekämpft hat, nicht nur keine Machteroberung gegeben, sondern warum haben sich sogar die Lebensbedingungen verschlechtert? Damit sind wir schon beim Kern des Problems. Es besteht

Für nationale Befreiung! Für eine Arbeiterregierung!

Für eine KKE/PAME-Arbeiterregierung!

Kämpft jetzt für

- **Streichung der Schulden!**
- **Auf den Müll mit den Austeritätspaketen!**
- **Raus aus EU/NATO!**

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Flugblatts der Trotzlistischen Gruppe Griechenlands, TOE, ab. Unsere Genossen verteilten über 1000 Exemplare auf einer Kundgebung am 12. März mit zehntausenden Teilnehmern, die von der Eisenbahnergewerkschaft angeführt wurde. Zu der Protestveranstaltung hatten die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die Gewerkschaftsorganisation PAME, Gewerkschaften und Studentengruppen aufgerufen.

Die Zugkatastrophe von Tembi, bei der 57 Menschen starben und viele verletzt wurden, ist Ergebnis von jahrzehntelanger brutaler Austerität und Privatisierungen, diktiert von der EU und den US-Imperialisten. Nach der Niederlage von 2015 [als die Syriza-Regierung das Ergebnis des Referendums gegen weitere EU-Austeritätsmaßnahmen kippte] führte die Arbeiterklasse Abwehrkämpfe, war entmutigt und musste eine Niederlage nach der anderen hin-

nehmen. Das Verbrechen von Tembi hat unter den Massen eine enorme Wut ausgelöst. Bei dem massiven Streik am 8. März riefen die Werktätigen „ES REICHT!“ und bewiesen ihre Bereitschaft, gegen die Folgen der Austeritätspolitik zu kämpfen. Zum ersten Mal seit 2015 geht die Arbeiterklasse nun zum Gegenangriff über und drängt die Bourgeoisie und die Regierung von Nea Dimokratia (ND) in die Defensive. Im Gegensatz zu 2012 und 2015 gibt es weit weniger Illusionen in Syriza. Es ist klar, dass ND, PASOK und Syriza alle für das Elend der Massen verantwortlich sind. Zum Teufel mit allen!

Die Massen kochen vor Wut und die Wahlen rücken näher, nun stellt sich die Frage: Wer wird das Land regieren? Die Bedürfnisse der Arbeiter sind klar: Streichung der Schulden! Weg mit den Austeritätspaketen! Raus aus EU und NATO! Um diese Forderungen durchzusetzen, ist eine allgemeine Offensive der arbeitenden

Massen notwendig. Die wichtigste Frage ist, wer diesen Kampf zum Sieg führen wird. Niemand in der Linken hat darauf eine klare Antwort. Wir rufen zu einer Arbeiterregierung aus KKE und PAME auf!

Wir als Trotzlisten haben keine Illusionen in die Stalinisten der KKE, aber wir wissen, dass sie die Avantgarde des Proletariats anführen. Wenn die KKE wirklich revolutionär ist, wie sie behauptet, dann wird sie die Arbeiterklasse im Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen und zur Ergreifung der Macht führen. Die Situation ist reif. Wenn KKE und PAME den Angriff der Arbeiterklasse anführen, können sie siegreich sein. Aber wenn sie das nicht tun, wovon wir überzeugt sind, dann wird dies der Arbeiterklasse die Notwendigkeit einer neuen, revolutionären Führung vor Augen führen.

Die gesamte Geschichte der KKE zeigt, dass sie diesen Kampf nicht zum Sieg führen wird. In den 1940er-Jahren

eine riesige Kluft zwischen dem, was die Werktätigen brauchen, und den politischen Lösungen, die von den Führungen der KKE sowie der Gewerkschaften und der Linken angeboten werden.

Was tun?

Wir brauchen preiswerte Heizung, kostenlose, hochwertige Gesundheitsversorgung und Bildung für alle, Arbeitsplätze, anständige Renten und Löhne. Am 9. November hatten wir gerade erst einen „Generalstreik“. Der Streik hat zweierlei gezeigt: Die Arbeiter sind kampfbereit und der Streik endete nicht mit einem Sieg. Warum? Die Arbeiter verdienen eine Antwort. Die Gewerkschaftsorganisationen GSEE, ADEDY und PAME riefen die Arbeiter mit wichtigen Forderungen zum Streik auf, um das Leben der Arbeitermassen zu verbessern. Was waren einige dieser grundlegenden Forderungen und welche Aufgaben stellten sich dem Proletariat? War es wirklich ein Generalstreik?

Die KKE fordert: „Mietzuschüsse für Arbeiter- und Volkshaushalte, Studenten und Kleinbetriebe, Erweiterung der Auswahlkriterien und Erhöhung der Zuschüsse“, „Keine Arbeiter- oder Volkswohnung ohne Strom, Wasser oder Telefon“, „Tarifverträge und Lohnerhöhungen entsprechend dem Inflationsanstieg“ und „Sichere Arbeitsplätze mit Rechten; keine unbezahlten Überstunden“ (*Panergatiki* Nr. 15, September 2022). Einverstanden. Aber was haben die Führer von KKE/PAME getan, um den Generalstreik zur Durchsetzung dieser Forderungen vorzubereiten? Die Grundbedürfnisse der Arbeiter lassen sich nicht mit gewerkschaftlichen Routinemethoden, mit einem symbolischen 24-Stunden-Streik durchsetzen, der im Wesentlichen eine Parade war, nach der es zurück an die Arbeit ging. Griechenland liefert ein Beispiel dafür, wie zahlreiche Streiks nur minimale Ergebnisse gebracht haben.

Notwendig ist eine Offensive der gesamten Arbeiterklasse gegen die Bosse in Form eines *wirklichen* Generalstreiks,

fürte die KKE die nationale Befreiungsbewegung direkt an die Schwelle zur Arbeitermacht, nur um sie dann wieder abzugeben. Dies zeigte sich deutlich in den Ereignissen vom Dezember [1944], als sie die Kontrolle über Athen übernommen hatte, diese aber an die Briten und die griechischen Kapitalisten aushändigte. 2015 weigerte sich die KKE, gegen das EU-Austeritätspaket zu stimmen, und stimmte ungültig. Nach Syrizas Verrat, als sich die Aufgabe konkret stellte, den Kampf gegen die Imperialisten anzuführen, rührte die KKE keinen Finger.

In den 1940ern kollaborierten sie mit der Bourgeoisie und den „fortschrittlichen“ Imperialisten im Namen des Kampfes gegen den Faschismus. Heute weigern sie sich im Namen der „Klassenunabhängigkeit“, den Kampf gegen imperialistische Unterjochung zu führen. Beide Positionen sind nur zwei Seiten derselben stalinistischen Medaille, sie führen zur Kapitulation sowohl vor den Imperialisten als auch vor der einheimischen Bourgeoisie. Im Gegensatz dazu würde eine wirklich revolutionäre Partei den Kampf für die nationale Emanzipation mit der Klassenunabhängigkeit verbinden, im Kampf für die sozialistische Revolution.

Die übrigen linken Organisationen haben im Wesentlichen das gleiche reformistische Programm wie die KKE. Bestenfalls üben sie linke Kritik an der KKE, um diese dazu zu drängen, radikalere Positionen einzunehmen. Sie sind ein Hindernis für die Entfaltung des Arbeiterkampfes, weil sie der KKE keine revolutionäre alternative Lösung entgegensetzen und so die Führung des Proletariats in den Händen der Reformisten belassen. Das Äußerste, was Antarsya heute für die Krise anzubieten hat, ist ihren eigenen Worten zufolge eine „starke Arbeiteropposition gegen jede Regierung, die zustande kommt“. Dies widerspiegelt die Tatsache, dass sie keinen Weg aufzeigen können, der die Erwartungen des Proletariats erfüllt und es an die Macht führt.

Eine erfolgreiche Offensive des griechischen Proletariats kann in ganz Europa zum Aufruhr führen. Das Ergebnis wird davon abhängen, ob die Avantgarde des Proletariats in der Lage sein wird, eine revolutionäre Partei zu

schmieden, die fähig ist, alle Unterdrückten unter ihrem Banner zu sammeln.

Sofortige unbefristete Generalstreiks, um für folgende Ziele zu kämpfen:

- *Gewerkschaftliche Kontrolle von Gesundheitswesen und Arbeitssicherheit! Volle Klassenunabhängigkeit vom Staat und den Bossen!*
- *Entschädigungslose Enteignung der Banken und der strategischen Wirtschaftszweige: Häfen, Werften, Eisenbahn, Transportwesen, Schifffahrtsindustrie und Stromversorger DEI!*
- *Anständige Wohnungen für alle durch Enteignung des Kircheneigentums und der Luxuswohnungen der Bourgeoisie! Holt euch die von den Banken geraubten Wohnungen und Häuser zurück!*
- *Für eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale!*
- *Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, freiwillig vereinigt!*

Für Streikkomitees

in Häfen, Fabriken, am Arbeitsplatz, an Universitäten, Schulen und anderswo –

um den Kampf zu organisieren und die Strategie zu diskutieren, was getan werden muss.

Schluss mit den Niederlagen!

Für eine Arbeiterregierung

d.h. eines politischen Streiks, eines organisierten Kampfes mit dem Ziel, den Feind zum Rückzug zu zwingen. Das würde *gerade jetzt beim Eintreten der Krise* mit Sicherheit die meisten Zugeständnisse für die Werktätigen herausholen. Wenn die Arbeiterklasse die Fabriken, das Transportwesen, die Häfen usw. dichtmacht, legt sie nicht nur die Produktion, sondern auch die Regierung lahm und wirft damit die Frage auf, wer am Arbeitsplatz und im Land das Sagen hat, die Arbeiter oder die Bosse. Ein Generalstreik umfasst alle Bereiche des Landes und mobilisiert die unterdrückten Schichten des Kleinbürgertums zusammen mit der Mehrheit des Proletariats, um sie aktiv der Bourgeoisie und ihrem Staat entgegenzustellen.

Doch obwohl die Not groß ist und die Bedingungen reif sind, wird keine Generaloffensive organisiert. Warum? Weil es eine Frage des revolutionären Programms und der revolutionären Führung ist. Selbst der Kampf um Reformen setzt ein revolutionäres Programm voraus. Aber das Programm

der KKE ist für diesen Kampf ebenso ein Hindernis wie für die Verwirklichung einer Arbeiterrevolution. In grundlegenden Fragen ist es reformistisch: was den Staat angeht, die Befreiung von imperialistischer Versklavung, den gemeinsamen Kampf griechischer und türkischer Arbeiter usw. Es ist dringend notwendig, die bestehende Führung der Arbeiter durch eine Führung zu ersetzen, deren Programm zur unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen ein integraler Bestandteil der umfassenderen Strategie ist, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen.

Für die nationale Befreiung Griechenlands

In einem von den Imperialisten vergewaltigten Land ist kein Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen möglich ohne ein Programm, das diesen Kampf mit dem Kampf gegen die imperialistische Unterjochung verbindet. Das Programm der KKE ist ein Hindernis für diese Perspektive, da es für sie opportunistisch ist, die Tat-



AFP/ Odd Andersen

19. Februar 2015: Schäuble drückt griechischem Finanzminister Varoufakis Finanzdiktat der deutschen Bourgeoisie auf. Arbeiterklasse von Athen bis Berlin muss für Streichung der Schulden und nationale Befreiung Griechenlands gegen deutschen Imperialismus kämpfen

sache anzuerkennen, dass Griechenland kein imperialistisches, sondern ein vom Imperialismus unterjochtes Land ist. Demnach sei der Kampf für nationale Emanzipation – der im Zentrum des revolutionären Programms stehen muss – ebenfalls opportunistisch, weil er die einheimische Bourgeoisie vom Haken lasse. Die KKE schreibt:

„Auf politischer Ebene führt diese opportunistische Auffassung vom Imperialismus die Arbeiterbewegung auf verhängnisvolle Wege der Klassenversöhnung, als ein politisches Anhängsel der Bourgeoisie. Sie spricht im Grunde die Bourgeoisien der weniger mächtigen Länder des Monopolkapitalismus frei, die dazu neigen, auch als Opfer ausländischer monopolistischer Konzerne zu erscheinen. Das verschiebt die trennende Klassenlinie vom Inneren des Landes nach außen (gegenüber den ‚Managern‘, dem IWF, den Deutschen usw.).“

– „Lenins Imperialismustheorie und ihre Verzerrungen“, *Kommunistiki Epitheorisi* [Kommunistische Rundschau] Nr. 2, 2017.

Die KKE stellt einen falschen Gegensatz her, indem sie den Kampf gegen imperialistische Unterjochung dem Kampf zum Sturz der nationalen Bourgeoisie entgegenstellt. Der revolutionäre Kampf, das imperialistische Joch zu zerbrechen, schwächt nicht, sondern stärkt die politische Differenzierung der Klassen. Die einheimische Bourgeoisie hat in dem Imperialismus einen festen Rückhalt, der ihr immer gegen die Arbeiter mit Geld und Waffen helfen wird. Alles, was die unterdrückten und ausgebeuteten Massen tun, um auf eigenen Füßen zu stehen, drängt die nationale Bourgeoisie unweigerlich in einen offenen Block mit den Imperialisten. Wer gegen den Imperialismus kämpfen will, muss *notwendigerweise* gegen die nationale Bourgeoisie kämpfen.

Die KKE glaubt, der Kampf gegen imperialistische Unterjochung führe zur Klassenversöhnung mit der griechischen Bourgeoisie. Diese Gefahr besteht in der Tat, wenn es kein revolutionäres Programm gegen den Imperialismus gibt. So geschah genau das in den 1940er-Jahren, als die Stalinisten im Namen des Kampfes gegen den Faschismus eine Volksfront bildeten und mit der griechischen Bourgeoisie sowie den „fortschrittlichen“ Imperialisten (Britten und Amerikanern) zusammenarbeiteten. (Siehe „Griechenland 1940–49: Eine verrätene Revolution“, *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 30, Winter 2014/15.) In der Tat muss man das Programm der Klassenversöhnung ablehnen, doch der Weg

dorthin führt nicht über die Weigerung, gegen imperialistische Versklavung zu kämpfen.

Die KKE sagt, der Kampf gegen die Imperialisten „verschiebt die trennende Klassenlinie vom Inneren des Landes nach außen (gegenüber den ‚Managern‘, dem IWF, den Deutschen usw.)“. Mit anderen Worten ... wenn die Arbeiter hauptsächlich gegen den IWF und die deutsche Bourgeoisie kämpfen, sei das Opportunismus. Mit dieser Begründung und dem Argument: „*Der Kapitalismus in Griechenland befindet sich in seinem imperialistischen Entwicklungsstadium, in einer Zwischenstellung im internationalen imperialistischen System*“, bestreitet sie, dass das Land als Ganzes von den Imperialisten *national* unterdrückt wird. Ausgeblendet wird die vorherrschende Rolle des ausländischen Finanzkapitals in Griechenland als einem unterjochten Land. Mit diesem Argument wird der Kampf für die Befreiung der griechischen *Nation* und der *Arbeiterklasse* abgelehnt. Schauen wir uns an, wie der Kampf für die Grundbedürfnisse mit dem Kampf gegen den Imperialismus zusammenhängt. Die KKE fordert „Streichung der Schulden für Arbeiter- und Volkshaushalte und für Fachkräfte“, „Abschaffung der Grundsteuer für Arbeiter- und Volkshaushalte“ und „Streichung der Schulden bei den Banken und dem Finanzamt“ (*Panergatiki* Nr. 15, September 2022).

Einverstanden. Doch wie soll es dazu kommen und durch wen? Durch eine Arbeiter- oder eine bürgerliche Regierung? Das sagt uns die KKE nicht, also werden wir für sie antworten. Können die Schulden ohne die Enteignung der Banken durch das Proletariat gestrichen werden? Nein. Um die Schulden zu streichen, müssen wir die Interessen der Imperialisten, der Banken und der einheimischen herrschenden Klasse durchkreuzen, die den Massen eine enorme Staatsschuld aufgebürdet haben. Revolutionäre haben die Aufgabe, für die *Streichung* der Schulden und für die *Enteignung* der Banken zu kämpfen. *Abschaffung des Geschäfts- und Bankgeheimnisses – Offenlegung der Bücher!* Die Banken in den Händen der Arbeiter werden kein Interesse daran haben, die Schulden zu bezahlen, mit denen die Imperialisten dem griechischen Volk das Blut ausgesaugt haben. Heißt das, wir müssen die Macht übernehmen? Ja. Nur eine revolutionäre Arbeiterregierung, die gegen *alle* Unterdrücker kämpft, kann dieses Programm umsetzen. Das kann jedoch nur von einer revolutionären Partei verwirklicht werden, die die Befreiung der Nation und der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt ihres Programms stellt.

Die KKE fordert auch:

„Alle modernen Möglichkeiten der Produktion, der Technik und der Wissenschaft zu nutzen, um die Bedürfnisse der Arbeiter und des Volkes zu befriedigen. Voraussetzung dafür ist, dass Energie, Lebensmittel, Güter des täglichen Bedarfs nicht als Waren unter der Kontrolle von Großkonzernen produziert werden, sondern gesellschaftliches Eigentum werden; dass eine wissenschaftliche, zentralisierte Planung entwickelt wird mit den Werktätigen, dem Volk, am Steuer der Macht.“

– „Kein Aufschub! Gemeinsame Kampfaktion mit der KKE überall, damit das Volk zum Vorkämpfer wird“ (kke.gr, 7. Oktober 2022).

Keine Einwände. Aber wie kommen wir vom heutigen Stand dahin, alle modernen Möglichkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu nutzen, sodass sie „gesellschaftliches Eigentum“ werden, und wie kommt das Volk dahin, „am Steuer der Macht“ zu sein? Das bleibt ein Rätsel. Wir haben hier die beiden Ufer eines Flusses, aber keine Brücke, um sie zu verbinden. Die KKE geht den

Weg der Sozialdemokratie und teilt ihr Programm in zwei Teile, ein Minimalprogramm, das sich auf Reformen im Rahmen des Kapitalismus beschränkt – wie beim Streik –, und ein Maximalprogramm für „wissenschaftliche, zentralisierte Planung ... mit den Werktätigen, dem Volk, am Steuer der Macht“, das in eine nebelhafte, unbestimmte Zukunft verbannt wird.

Aber warum gibt es keine Brücke? Die KKE kann keine Brücke schlagen zwischen dem jetzt notwendigen Kampf und dem Kampf für die Revolution, weil ihr Programm dem Kampf für nationale Befreiung entgegensteht. Wie sich 2015 gezeigt hat, führt das Programm der KKE ebenso zur Kapitulation vor den Imperialisten wie zur Kapitulation vor der nationalen Bourgeoisie. Es ist wichtig, die Lehren aus 2015 zu ziehen, damit die Arbeiter verstehen, dass die Fehler der KKE nicht einfach theoretische Fehler sind, sondern schreckliche Konsequenzen haben im wirklichen Leben. Klassenbewusste Arbeiter müssen verstehen, dass das Programm der KKE nicht reformiert werden kann und dass die Arbeiterklasse eine neue Führung braucht.

Die Lehren von 2015

Nach jahrelangen brutalen Austeritätsmaßnahmen, gegen die das Proletariat erbittert kämpfte, erreichte das Land 2015 einen Wendepunkt. Um die Wut und die Kämpfe der Massen in sicherere Bahnen abzulenken, versuchte Syriza, die damalige Regierungspartei, den Arbeitern weiszumachen, sie könnte den Kampf gegen die imperialistische Unterjochung anführen. Tatsächlich gab es viele Illusionen, dass Syriza ein besseres Abkommen mit der EU erreichen und gegen die Imperialisten kämpfen würde.

Im Jahr 2015 hielt Syriza ein Referendum über die von der EU diktierte Austerität ab und hoffte auf ein „Ja“-Votum. Das wäre für Syriza und die EU das beste Ergebnis gewesen, denn es hätte ihnen die **Vollmacht** gegeben, das Proletariat zugrunde zu richten. Für Revolutionäre ist Widerstand gegen den Imperialismus nicht einfach eine Frage der Taktik, sondern eine Frage des **Prinzips**. Unsere Aufgabe war es, die Unfähigkeit von Syriza aufzudecken, einen Kampf gegen die Imperialisten zu führen, und den Massen zu zeigen, dass ihre Befreiung nur durch eine proletarische Führung erreicht werden kann. Die **einzige** revolutionäre Position zum Referendum war ein „Nein“ **ohne** Unterstützung für die Regierung. Kriminellerweise weigerte sich die KKE-Führung, eine Position gegen die Imperialisten zu beziehen, und rief die Arbeiter dazu auf, eine ungültige Stimme abzugeben, womit sie das „Ja“-Votum unterstützte. Mit dem Sieg des „Nein“-Votums sagten die Massen laut und deutlich, die imperialistischen Parasiten sollten zur Hölle fahren, und das kam **trotz** der KKE und **gegen** die KKE zustande, die den Kampf gegen den Imperialismus schwächte.

Das Ergebnis des Referendums zeigte, dass die Massen zum Kampf entschlossen waren. Angesichts des Ergebnisses und der massiven Proteste erlebte Syrizas Ministerpräsident Tsipras. Seine imperialistischen Bosse sagten: „Du hast gewonnen, aber Griechenland hat verloren.“ Vor dem



Beim Referendum 2015 riefen unsere Genossen der Trotzkiistischen Gruppe Griechenlands auf, mit „Nein“ gegen EU-Austerität zu stimmen, verbanden Kampf gegen imperialistische Unterjochung mit Forderung für eine Arbeiterregierung. Die Weigerung der KKE, zum „Nein“ aufzurufen, und Ablehnung unseres Einheitsfront-Aufrufs zu Arbeiteraktionskomitees brachten schwere Niederlage

Referendum waren die Massen getäuscht worden. Doch das „Nein“-Votum und sein Kippen durch Deutschland und der Ausverkauf durch Syriza haben die Regierung in den Augen der Massen geschwächt und bloßgestellt. Unmittelbar stellte sich eine **offene** Konfrontation mit den Imperialisten und der einheimischen Bourgeoisie.

Für Revolutionäre ging es darum, einen revolutionären Pol zu bilden, um die Wut der Massen in eine revolutionäre Situation umzuwandeln. Die Arbeiterklasse hätte für den Kampf organisiert werden müssen. Wir sagten „ES REICHT!“ und organisierten eine Kampagne mit genau dieser Perspektive. Mit unserer Agitation richteten wir uns an Gewerkschaften und linke Organisationen und kämpften für den Aufbau von Arbeiteraktionskomitees, die den Kampf gegen die imperialistische Unterjochung mit dem Sturz **aller** Unterdrücker und der Bildung einer Arbeiterregierung verbinden. Wir taten unsere Pflicht, während die KKE und die Linke buchstäblich in Urlaub gingen. Kriminellerweise weigerten sie sich, unseren Aufruf aufzugreifen und die Massen in den Kampf zu führen, und brachten so den Arbeitern eine enorme Niederlage bei. Die Führung der KKE, die in der Arbeiterbewegung eine dominierende Rolle spielt, trägt die größte Verantwortung, denn sie wollte ganz klar die Arbeiter nicht in einen Kampf gegen den Euro und die EU führen, als es konkret darum ging, und rettete damit gleichzeitig die einheimischen Kapitalisten.

Zur Rechtfertigung ihrer Haltung behauptet die KKE bis heute, dass ein Votum gegen das von der Troika (IWF, EU und Europäische Zentralbank) geschnürte Austeritätspaket einem indirekten Votum für Syrizas eigenes Austeritätspaket gleichkomme und auf eine Unterstützung für Syrizas Regierung hinauslaufe. Diese Position klingt orthodox, da sie sich scheinbar sowohl gegen die Bourgeoisie als auch gegen die Imperialisten richtet. Doch die Stalinisten landen beim Ultralinkstum. Das ergibt sich aus der Position der KKE, Griechenland sei ein imperialistisches Land, und führt zum Verrat an dem Kampf für die nationale Befreiung. Die Position der KKE, dass der Kampf gegen die imperialistische Unterjochung dem Kampf gegen die nationale Bourgeoisie entgegengesetzt sei, führt unweigerlich – wie sich

2015 zeigte – zur Kapitulation sowohl vor den Imperialisten als auch vor der Bourgeoisie. **Brecht mit der verräterischen Führung der KKE! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!**

Für gemeinsamen Klassenkampf der türkischen und griechischen Arbeiter!

Wichtig ist für die Arbeiterklasse zu verstehen, dass bei jedem ernsthaften Kampf, den sie führt, die Kapitalisten versuchen werden, diesen durch das Schüren von Chauvinismus gegen die Türkei abzulenken. Damit die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen können, ist es unerlässlich, den Chauvinismus mit einem Programm zu bekämpfen, das griechische und türkische Werktätige vereinigt.

Der Krieg in der Ukraine hat die Spannungen zwischen der griechischen und der türkischen Bourgeoisie verschärft, die sich darum streiten, wer ein größeres Stück vom Kuchen abbekommt, vom Erdgas bis zu den konkurrierenden Ansprüchen auf die Inseln. Täglich sind die ständigen Drohungen von beiden Seiten in den Nachrichten. Die Ziele beider Bourgeoisien sind reaktionär. Unter Berufung auf die nationale Einheit hetzen sie die Arbeiter gegeneinander auf, um ihre eigenen Interessen voranzubringen. Es ist kriminell für die Arbeiterklasse eines jedes Landes, wenn sie sich auf die Seite einer der beiden Kapitalistenklassen stellt.

Die Imperialisten spielen ein Land gegen das andere aus, um ihre Vorherrschaft in der Region zu sichern. Griechenland und die Türkei werden beide von den Imperialisten brutal unterdrückt, und gegen diese zu kämpfen liegt im **gemeinsamen Interesse** der Arbeiter. Die einzige Möglichkeit für die Arbeiter, ihren Bedarf an billigem Gas, Strom usw. zu befriedigen, besteht darin, die Rohstoffquellen den Klauen der Unterdrücker zu entreißen, und zwar durch Klasseneinheit sowohl gegen die Imperialisten als auch gegen ihre eigenen Bourgeoisien. Die revolutionäre Einheit der türkischen und griechischen Arbeiter wäre ein gewaltiger Schlag gegen die imperialistische Vorherrschaft in der Region und würde den Kampf für die Revolution auch in den imperialistischen Zentren voranbringen. Dies kann nur mit einem Programm für proletarische Macht geschehen.

Das größte Hindernis für diese Perspektive ist die KKE, die in das Proletariat anti-türkischen Chauvinismus hineinträgt, es an die nationale Bourgeoisie kettet und darüber täuscht, wer sein wirklicher Feind ist. Die KKE schreibt, dass nationale Einheit eine Falle ist und dass die Arbeiter und die Bourgeoisie entgegengesetzte Interessen haben. Das stimmt! Aber sehen wir uns an, was die wahre Position der KKE ist. Seit vielen Jahren beklagt sie sich darüber, dass aufeinanderfolgende griechische Regierungen den Rahmen einer gemeinsamen Kontrolle (Kondominat) mit der Türkei akzeptiert haben, und darüber:

„Griechenland hat im Rahmen von Sondierungsgesprächen mit der Türkei akzeptiert, seine Hoheitsge-

wässer an manchen Stellen, wo es die Türkei stört, nicht einseitig zu erweitern und es bei sechs Seemeilen zu belassen statt bei den 12 Seemeilen, die ihm nach dem Seerecht zustehen.“

– „Die griechische Regierung zur Ägäis – Sie hat den Rahmen des Kondominats akzeptiert“, Rizospastis, 10. August 2011

Die Ausweitung der Hoheitsgewässer und die Ausbeutung von Energiequellen durch die griechischen Kapitalisten auf Kosten der Türkei sind **gegen** die Interessen der Arbeiterklasse. In der Frage der Ausbeutung der Rohstoffquellen in der Ägäis und im südöstlichen Mittelmeer unterstützt die KKE offen die Ziele der griechischen Bourgeoisie gegen die Türkei. In ihrem Bemühen, die Interessen der griechischen Kapitalisten weiter zu fördern, kritisiert sie die verschiedenen Regierungen dafür, die Territorial- und Souveränitätsrechte Griechenlands gegen die Türkei nicht **genug** zu verteidigen. Alle ihre linken Phrasen gegen nationale Einheit erweisen sich als eine Lüge und dienen nur dazu, ihre Unterstützung für die herrschende Klasse zu verschleiern. Die einzigen, die die Kohlenwasserstoffe ausbeuten werden, sind die Imperialisten, auf Kosten beider Länder. Darüber hinaus ist die Verteidigung des internationalen Seerechts – ein Gesetz der Imperialisten – durch die KKE kriminell und bedeutet, den imperialistischen Status quo in der Region zu verteidigen.

Die KKE wettet gegen Nea Dimokratia [ND, gegenwärtige Regierungspartei]:

„Natürlich unterschlägt die Regierung, was die von ihr vorgelegten Karten ‚hinausschreien‘: dass nämlich die unannehmbaren Forderungen der türkischen Bourgeoisie während ihres Feilschens mit der griechischen Bourgeoisie Schritt für Schritt ‚ausgebaut‘ werden, unterstützt von ‚Verbündeten und Partnern‘, die ständig an den ‚Verhandlungs‘tisch drängen, um den euro-atlantischen Zusammenhalt im östlichen Mittelmeerraum zu gewährleisten, auf dessen Altar die griechischen und zypriotischen Hoheitsrechte geopfert werden.“

– „Erdoğan fordert Griechenland im Beisein von Amerikanern und Franzosen auf, ‚zur Vernunft zu kommen und die Inseln zu entmilitarisieren‘“, Rizospastis, 10. Juni 2022

Die KKE spricht von „unannehmbaren Forderungen der türkischen Bourgeoisie“. Was ist mit den Forderungen der

Ο Βολσεβίκος
Zeitung der Trotzkiistischen Gruppe Griechenlands
Nr. 7, Dez. 2022 (28 Seiten) **0,50 €**
Abonnement (4 Ausgaben): 2 €

SPARTACIST
Griechenland 1940-49:
Eine verratene Revolution
Oktober 2014 (28 Seiten) **0,50 €**
Auch erhältlich auf deutsch in Spartacist Nr. 30, Winter 2014/15

Online: icl-fi.org/greek

Bestellt bei: TOE, T.Θ. 8274, T.K. 10210, Αθήνα, Griechenland
Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Deutschland



Kein Bildnachweis



Keystone

Die US-Oberherrschaft sorgt seit langem für brutale Unterdrückung von Türkei und Griechenland. Links: Zehntausende Linke demonstrieren in Istanbul gegen imperialistische Unterjochung. Auf dem Banner steht: „Wächter des amerikanischen Imperialismus, 6. Flotte raus“, Februar 1969. Rechts: US-General protestiert während NATO-Manöver 1973 dem Chef der US-gestützten griechischen Junta Georgios Papadopoulos zu

griechischen Bourgeoisie? Sind diese nicht unannehmbar? Wir Trotzskisten haben eine klare Antwort: Sie sind reaktionär. Darüber hinaus beruht die Opposition der KKE gegen NATO/EU darauf, dass die Imperialisten die Ziele der türkischen Bourgeoisie unterstützen, sie also nicht auf der Seite Griechenlands stehen! Es stimmt zwar, dass die Imperialisten die nationale Souveränität Griechenlands bedrohen, aber die Opposition der KKE gegen NATO/EU beruht nicht auf der Tatsache, dass sie das Land vergewaltigen, sondern darauf, dass sie die Position der griechischen Bourgeoisie gegenüber der Türkei schwächen. Und natürlich weigern sich die Stalinisten anzuerkennen, dass die nationale Souveränität *auch* der Türkei dem Imperialismus geopfert wird.

Die KKE macht sich die starke antiimperialistische Stimmung der Massen, ihre Sehnsucht nach Frieden und einem besseren Leben sowie ihren gerechten Hass auf die jahrzehntelange Demütigung durch die Imperialisten zunutze, um diese Wut auf die Türkei abzulenken. Die Appelle der KKE, dass die Imperialisten eine Bedrohung für die Souveränität darstellen, ihre Aufrufe zur Schließung der NATO-Stützpunkte und zum Austritt Griechenlands aus der NATO dienen als proletarisches Deckmäntelchen für ihre feigen Appelle an die griechische Bourgeoisie, das Programm der KKE zu übernehmen als eine bessere Verteidigung des griechischen Kapitalismus gegen die Türkei außerhalb der imperialistischen Bündnisse NATO/EU. Die KKE propagiert eine alternative Politik für die griechischen Kapitalisten, die deren Interessen besser dienen würde.

Die KKE entzweit das Proletariat der beiden Länder und behindert so den Kampf gegen den Imperialismus. Die Arbeiter beider Länder brauchen eine Führung, die ihnen Klasseneinheit beibringt: Die griechischen Arbeiter werden sich nicht befreien, wenn sie nicht gegen die Unterdrückung ihrer Klassenbrüder in der Türkei kämpfen und umgekehrt. **Nieder mit EU und NATO! Griechenland/Türkei raus aus der NATO! Schließung aller imperialistischen Stützpunkte in Griechenland, der Türkei und auf dem Balkan! Raus aus**

der EU/dem Euro! Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, freiwillig vereinigt!

Staat und Revolution: Leninismus kontra Stalinismus

Um wesentliche Reformen durchzusetzen, müssen die Arbeiter es mit dem *kapitalistischen Staat* aufnehmen. Die herrschende Klasse wird den Werktätigen nichts geben, es sei denn, sie befürchtet, dass sie in Gefahr ist, alles zu verlieren. Bei einem Generalstreik werden die Bourgeoisie und ihr Staat zurückschlagen und Streikbrecher, Polizei, Faschisten und sogar die Armee mobilisieren. Die Arbeiter müssen sich verteidigen können. Die KKE ist dabei ein Hindernis, denn ihr Programm beruht auf der Zusammenarbeit mit dem Staat; sie verwaltet in der Stadt Patras den bürgerlichen Staat und sie unterstützt die Polizei. Wie aus der Überschrift eines Artikels in *Rizospastis* „Die Polizei sollte die KKE unterstützen, die bei deren Kampf der wertvollste Helfer ist“ (*Rizospastis*, 16./17. März 2019) hervorgeht, war die KKE stolz darauf, dass ein Polizist gesagt hat:

„Die KKE ist unser wertvoller Helfer, damit aktive und pensionierte Polizeibeamten unseren eigenen Widerstand für unsere gerechten Forderungen durch unsere Vereinigungen und unsere Kameradschaft mit der Arbeiter-Volksbewegung organisieren. Sie unterstützt uns dabei, gemeinsam mit dem Volk unseren Kampf gegen die Folgen der volksfeindlichen Politik zu organisieren, die die Polizeibeamten und die übrigen Werktätigen trifft und uns Tag für Tag ärmer macht.“

Für uns ist es undenkbar, dass Lenin die Arbeiterklasse zur Verteidigung der „gerechten“ Forderungen der Bullen mobilisiert hätte. Ihren „Kampf“ zu unterstützen heißt bessere Gehälter und eine bessere Bewaffnung zur effektiveren Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Die KKE betrügt das Volk mit der Lüge, die Bullen seien Teil der Arbeiterbewegung und man müsse gemeinsam gegen den Kapitalismus kämpfen. Sie stellt die Polizei – die zusammen mit Armee und Justiz den Kern des Staates bildet – nicht als das Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie gegen das Proletariat dar, sondern als eine Kraft, die im Interesse der

Werkstätigen gegen die „volksfeindliche Politik“ eingesetzt werden kann. Genau das ist die Definition von Klassenzusammenarbeit! **„Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen“** [unsere Hervorhebung] (Lenin, *Das Militärprogramm der proletarischen Revolution* vom September 1916).

Für Marxisten ist klar, dass Reformen nicht in Zusammenarbeit mit der Polizei erreicht werden können. **Polizisten, Sicherheitskräfte, Gefängniswärter raus aus den Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung und der KKE!** Wie Lenin in „Die Hauptsache vergessen!“ (Mai 1917) schrieb:

„Da die Polizei vom Volke getrennt ist, eine besondere Berufskaste bildet, sich aus Leuten rekrutiert, die zur Gewaltanwendung gegen die ärmere Bevölkerung ‚abgerichtet‘ sind, die einen etwas höheren Lohn erhalten und die Vorrechte der ‚Macht‘ genießen (von den ‚legalen Sporteln‘ ganz abgesehen), so bleibt sie unter der Herrschaft der Bourgeoisie in jeder demokratischen Republik unvermeidlich ihr zuverlässigstes Werkzeug, ihre Stütze, ihre Schutztruppe. Ernsthaft und radikale Reformen zugunsten der werktätigen Massen können nicht mit Hilfe der Polizei durchgeführt werden. Das ist objektiv unmöglich.“

Außerdem verwaltet die KKE den Staat in Patras! Und zwar auf die einzig mögliche Weise: Sie bedient sich auf kommunaler Ebene der Funktionen des staatlichen Repressionsapparats und setzt ihn gegen die Arbeiter ein. Genau wie die Bürgermeister von Syriza, ND und anderen organisiert der KKE-Bürgermeister die städtische Polizei, stellt städtische Angestellte ein und entlässt sie, entwickelt die Stadtplanung im Auftrag kapitalistischer Investoren usw. Vergessen wir auch nicht: Er setzte die Lockdowns durch, unterdrückte und sperrte Tausende zu Hause ein, führte die Fernarbeit ein, bürdete den Frauen zusätzliche häusliche Pflichten auf usw. Peletidis, der KKE-Bürgermeister von Patras, spielt eine noch schädlichere Rolle als die Bürgermeister von bürgerlichen Parteien, indem er Illusionen sät, dass unter einem „kommunistischen“ Bürgermeister der Staat reformiert werden und zum Wohle der Arbeiter handeln kann. Nicht nur wird alles beim Alten bleiben – das Privateigentum, die bürgerliche Demokratie und das damit einhergehende Elend und die hohen Lebenshaltungskosten –, sondern selbst auf kommunaler Ebene bedeutet die Verwaltung des kapitalistischen Staates, all dies zu verteidigen.

Zum Streik vom 9. November sagte Peletidis: „Gemeinsam mit dem Volk werden wir nicht unsere Zukunft opfern; wir werden gemeinsam kämpfen, wir werden kämpfen, wir werden sie stürzen“ („Entschlossene Botschaft der Eskalation im Streik vom 9. November“, 902.gr, 18. Oktober 2022). Wie soll das gehen, wo doch die KKE selber ein Teil des bürgerlichen Staates ist? Die KKE versucht einen Spagat. Auf der einen Seite mobilisiert sie die Arbeiter, auf der anderen Seite verwaltet sie Patras und erledigt die Drecksarbeit der Zentralmacht. Dass die KKE Patras verwaltet, zeigt bereits, was ihr Programm der „Volksmacht“ **in der Praxis** bedeutet. Wie Rosa Luxemburg schrieb:

„Das Wesen einer bürgerlichen Regierung wird nicht vom persönlichen Charakter ihrer Mitglieder bestimmt, sondern von ihrer grundsätzlichen Funktion in der bürgerlichen Gesellschaft... Mit dem Eintritt eines Sozialisten in die Regierung besteht die Klassenherrschaft weiter, die bürgerliche Regierung wird nicht zu einer sozialistischen, jedoch ein Sozialist verwandelt sich in einen bürgerlichen Minister...“

Während wir im Parlament, im Munizipalrat nützliche Reformen erreichen, indem wir die bürgerliche Regierung bekämpfen, können wir die gleichen Reformen durch die Wahr-

nehmung eines Ministeramtes nur erhalten, indem wir den bürgerlichen Staat unterstützen. Der Eintritt von Sozialisten in eine bürgerliche Regierung bedeutet daher nicht, wie man glaubt, eine teilweise Eroberung des bürgerlichen Staates durch die Sozialisten, sondern eine teilweise Eroberung der sozialistischen Partei durch den bürgerlichen Staat.“

– „Die Affäre Dreyfus und der Fall Millerand“ (1899)

Die KKE kann uns antworten, dass Peletidis Maßnahmen für die Arbeitenden und die Armen in Patras erlässt. Wir sind zwar für alles, was das Leben der Arbeiter verbessert, aber das geht über „Sozialpolitik“ nicht hinaus. Nicht nur stellt es das kapitalistische System nicht in Frage, sondern es bestärkt im Gegenteil die Vorstellung, dass wir einen humaneren Kapitalismus haben könnten. Lenin prangerte den kleinbürgerlichen Opportunismus des „Munizipalsozialismus“ an und sagte, „dass die Bourgeoisie, wenn sie den ‚Munizipalsozialismus‘ gestattet, ihn duldet, dies gerade deshalb tut, weil er die **Grundlagen** ihrer Herrschaft unberührt lässt, die **entscheidenden** Quellen ihres Reichtums nicht angreift“, und: „Man vergißt, dass die Bourgeoisie, solange sie als Klasse herrscht, nicht zulassen kann, dass die wirklichen **Grundlagen** ihrer Herrschaft ... angetastet werden“ („Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907“, Dezember 1907). Entgegen dem Schwindel der KKE, dass der Staat reformiert werden kann, müssen sich die Werkstätigen darüber bewusst sein, dass sie den bestehenden Staatsapparat nicht übernehmen und für ihre Interessen einsetzen können. Der kapitalistische Staat muss zerschlagen und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden. Das ist die grundlegende Scheidelinie zwischen Reform und Revolution.

Das reformistische Programm der KKE ist der Grund dafür, dass Generalstreiks in Form von Paraden durchgeführt werden. Die Lehre daraus ist, dass selbst der Kampf für Reformen Teil eines revolutionären Programms sein muss mit dem Ziel einer Arbeiterregierung unter revolutionärer Führung.

Wir brauchen einen **wirklichen** Generalstreik, der für Folgendes kämpft:

- **Anständige Wohnungen für alle durch die Enteignung des Kircheneigentums und der Luxuswohnungen der herrschenden Klasse! Holt euch die von den Banken gestohlenen Wohnungen zurück!**
- **Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle verfügbaren Hände ohne Lohneinbußen! Anständige Löhne und Renten für alle, gekoppelt an die Lebenshaltungskosten!**
- **Entschädigungslose Enteignung der strategischen Wirtschaftszweige: der Häfen, Werften, Eisenbahnen, des Transportwesens, der Schifffahrtsindustrie und des Stromversorgers DEI!**
- **Gemeinsamer Kampf der griechischen, türkischen, deutschen und anderen Arbeiter gegen die EU/NATO-Imperialisten!**
- **Für die Industrialisierung des Landes, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen!**
- **Für ein kostenloses, hochwertiges Gesundheitssystem für alle!**
- **Für Arbeiterkontrolle über Lebensmittelversorgung und Preise!**
- **Streichung der Schulden! Nieder mit der EU und dem Euro!**
- **Für die nationale Befreiung Griechenlands durch sozialistische Revolution!**

Kämpft mit uns dafür, eine Partei zu schmieden, auf die Lenin und Trotzki stolz wären. ■

Nieder mit den Lockdowns!

Die Arbeiterklasse muss sich verteidigen

Nachfolgend drucken wir eine Erklärung des Internationalen Exekutivkomitees der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) vom 19. April 2021 ab.

Miserable Gesundheitsversorgung, heruntergekommene Wohnungen, Produktion für Profit, imperialistische Vorherrschaft: Es liegt in der Natur der kapitalistischen Klassenherrschaft, dass sie die Wirtschafts- und Gesundheitskrise befeuert, von der die Welt seit dem Ausbruch von Covid-19 heimgesucht wird. Die parasitären Bourgeoisien haben auf die Pandemie mit den Mitteln reagiert, die ihren Interessen am besten dienen, indem sie ihre gesamte Bevölkerung bis zur Impfung gewaltsam zu Hause einsperren.

Die Lockdowns der Bourgeoisien sind eine **reaktionäre** Gesundheitsmaßnahme. Die Arbeiter müssen sich ihnen entgegenstellen! Lockdowns können wohl vorübergehend die Ausbreitung von Infektionen verlangsamen, doch sie **schwächen** die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Durch die Schließung ganzer Industrie- und Dienstleistungszweige haben sie eine Wirtschaftskrise ausgelöst und die Massen in die Arbeitslosigkeit getrieben. Die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten hat die unterdrückende Last der Familie erhöht. Die staatliche Repression wurde drastisch verschärft, während demokratische und proletarische Rechte demontiert wurden. Versammlungen, Proteste, Reisen, Streiks, gewerkschaftliche Organisation: All das wurde stark eingeschränkt oder verboten. Lockdowns zielen darauf ab, den Klassenkampf der Arbeiter zu verhindern, das einzige Mittel, mit dem Arbeiter ihre Gesundheit wirklich schützen und die gesellschaftlichen Ursachen der Krise bekämpfen können.

Mit ihrem Appell: „Wir alle müssen Opfer bringen“, haben die Kapitalisten einen Blitzkrieg gegen die Arbeiterklasse gestartet. Bekämpfung und Zerstörung von Gewerkschaften, Massenentlassungen, Lohnkürzungen und steigende Ar-

beitssetze sind die „neue Normalität“. Gleichzeitig bedroht von einem tödlichen Virus und dem massiven Angriff der Kapitalisten steht die Arbeiterklasse entwaffnet da. Auf der ganzen Welt arbeiten die prokapitalistischen Führer von Gewerkschaften und Arbeiterparteien loyal mit der herrschenden Klasse bei dieser Offensive zusammen. Sie verraten die Arbeiterklasse im Namen der nationalen Einheit und des Kampfes gegen das Virus.

Von den Labor-Parteien in Britannien und Australien über die Sozialdemokratische Partei und die Linkspartei in Deutschland, die Sozialistische und die Kommunistische Partei in Frankreich bis zur Südafrikanischen Kommunistischen Partei spielen die verräterischen Arbeiterführer eine Schlüsselrolle bei der Erzwingung und Durchsetzung der lokalen und landesweiten Lockdowns, die sie den Arbeitern und Unterdrückten reinwürgen. Von der US-amerikanischen AFL-CIO und den mexikanischen und italienischen Gewerkschaften bis zu den japanischen Gewerkschaftsdachverbänden Rengo, Zenroren und Zenrokyo haben Gewerkschaftsführer ihre Mitglieder aufgefordert, die Maßnahmen der Bourgeoisie zu unterstützen: Bleibt zu Hause und lasst euch fertig machen!

Aus der dringenden Notwendigkeit, die Gesundheit und den Lebensunterhalt der Arbeiterklasse zu verteidigen, ergibt sich direkt die Aufgabe, eine neue Führung der Arbeiterbewegung zu schmieden. Gewerkschaften müssen **gegen** die Schließung von Industrien durch den kapitalistischen Staat und **für** sichere Arbeitsbedingungen kämpfen. Die heruntergekommene Infrastruktur im Gesundheits- und Wohnungswesen muss **jetzt** erneuert und ausgeweitet werden. Um anständige Lebensbedingungen für die Werktätigen zu erreichen, muss man die besten Immobilien der Kapitalisten enteignen und dies mit einem umfassenden Programm öffentlicher Arbeiten kombinieren.

Brecht mit den Arbeiterverrättern – Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Bei jedem Schritt geraten die grundlegenden Interessen der Arbeiter und Unterdrückten in Konflikt mit den Grundpfeilern der kapitalistischen Klassenherrschaft. Die jetzige Krise unterstreicht in aller Schärfe, dass es notwendig ist, die Frauen von den Ketten der Familie zu befreien sowie der Rassenunterdrückung ein Ende zu bereiten und die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung zu erkämpfen. Erst durch Arbeiterrevolutionen und die Errichtung einer internationalen sozialistischen Planwirtschaft kann die Menschheit vorwärts gehen.

Angesichts des völligen Bankrotts der etablierten Führer der Arbeiterbewegung samt ihrer pseudo-marxistischen Lakaien ist die lebenswichtige Frage, die sich für die klassenbewussten Proletarier stellt, die Notwendigkeit einer Führung, die sich stützt auf das revolutionäre Programm des Trotzismus – des authentischen Marxismus-Leninismus. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) strebt danach, eine internationale leninistische Avantgardepartei aufzubauen, das entscheidende Werkzeug, um revolutionäres Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen und Arbeitermacht zu erringen. *Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!*

Nieder mit Klassenzusammenarbeit und nationaler Einheit!

Das letzte Jahr über hatte die IKL die Position, die Lockdowns als etwas Notwendiges zu akzeptieren. Diese Position weisen wir nunmehr ausdrücklich zurück. Sie stellte eine Kapitulation vor dem Schlachtruf der „nationalen Einheit“ dar, wonach alle Klassen die Lockdowns unterstützen sollten, weil sie Menschenleben retten.

Für dieses angeblich universelle Anliegen haben die Spitzen der Arbeiterbewegung bereitwillig die Interessen des Proletariats geopfert. Wie die öffentliche Gesundheit im Allgemeinen steht auch die Bekämpfung der Pandemie nicht über den Klassengegensätzen. Unter dem Deckmantel, „Leben zu retten“, verfolgen die Kapitalisten in Wahrheit ihre Klasseninteressen. Das Interesse der Bourgeoisie an der öffentlichen Gesundheit besteht darin, eine Arbeiterschaft zu erhalten, die fit genug ist für die Ausbeutung zu den nied-

rigstmöglichen Kosten, und außerdem ihre eigene Gesundheit zu schützen. Im Gegensatz zu diesem reaktionären Ziel hat das Proletariat ein Interesse daran, die besten Lebensbedingungen und die beste Gesundheitsversorgung für alle zu sichern. Diese eindeutig entgegengesetzten Klasseninteressen können nicht miteinander versöhnt werden, Pandemie hin oder her. Nur durch ihre unabhängige Mobilisierung *gegen* die Bourgeoisie kann die Arbeiterklasse ihre Gesundheit und Sicherheit verteidigen.

Die Bourgeoisie erpresst die Arbeiter mit dem Märchen, sie würden durch den Kampf für ihre Interessen verantwortlich sein für die Ausbreitung von Krankheiten: dass Gewerkschaftsversammlungen und Proteste die öffentliche Gesundheit bedrohen; dass Arbeiter im Gesundheitswesen Menschen umbringen, wenn sie für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen; dass Schulen und Kindertagesstätten geschlossen werden müssen, um Kinder zu schützen. Das ist eine große Lüge! Der notwendige Ausgangspunkt, um gegen die gesellschaftlichen Ursachen der jetzigen Katastrophe vorzugehen, ist der Kampf gegen die Lockdowns. Für die Selbstverteidigung der Arbeiter sind Gewerkschaftsversammlungen *unverzichtbar*. Der *Kampf* der Arbeiter im Gesundheitswesen ist der Weg zu einer besseren Gesundheitsversorgung. Gegen die Schließung von Schulen und Tagesbetreuung zu kämpfen ist die *Vorbedingung* für bessere Schulen und Kinderbetreuung – und treibt den Kampf für Frauenbefreiung voran.

In *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale* (1938) betonte der bolschewistische Führer Leo Trotzki:

„In einer auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaft ist die Moral der sozialistischen Revolution die höchste Moral. Gut sind die Methoden und Mittel, die das Klassenbewusstsein der Arbeiter, ihr Selbstvertrauen und ihre Opferbereitschaft für den Kampf erhöhen. Unzulässig sind die Methoden, die den Unterdrückten Furcht und Demut vor ihren Unterdrückern einflößen [...]“

Die Bourgeoisie benutzt immer solche absoluten moralischen Imperative wie „Leben retten“, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen. Die deutschen und französischen Imperialisten benutzen die Europäische Union, um im Namen des „Friedens“ und des „sozialen Fortschritts“ das Proletariat in ganz Europa auszuplündern. Die amerikanischen Imperialisten und ihre NATO-Alliierten haben Libyen, Irak, Afghanistan und viele andere Länder im Namen von „Demokratie“ und „Freiheit“ in Schutt und Asche gelegt. 1992 sind sie in Somalia eingefallen, um den „Hungernden zu helfen“. Wenn die Bourgeoisie laut danach schreit, „Leben zu retten“, geschieht das *immer* nur zu dem Zweck, die Unterwerfung unter die herrschende Klasse zu erreichen und für nationale Einheit hinter ihren Interessen zu mobilisieren.

Für gewerkschaftliche Kontrolle über Arbeitssicherheit!

Der kapitalistische Staat – in seinem Kern bestehend aus Polizei, Gefängnissen, Armee und Gerichten – ist ein Apparat organisierter Gewalt, um die Herrschaft und Profite der ausbeutenden Klasse aufrechtzuerhalten. Zwar unterstützen Marxisten bestimmte für die Arbeiterklasse vorteilhafte öffentliche Gesundheitsmaßnahmen, die vom Staat durchgesetzt werden, wie beispielsweise die Impfpflicht, doch ist es selbstmörderisch, sich bei Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit auf den Staat zu verlassen.

Nieder mit den Lockdowns!

Erklärung des Internationalen Exekutivkomitees der IKL (19. April 2021)

Erhältlich auf Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Katalanisch, Koreanisch, Spanisch, Tagalog, Türkisch



Auf IKL-Webseite: icl-fi.org



DGB-Pressemitteilung. Oben: Symbolische DGB-Kette vor Brandenburger Tor am 1. Mai 2020 – Arbeiterdemos wurden von Bürokraten abgesagt. Arbeiterverräter ordnen Arbeiter den Kapitalisten unter, im Namen von „Leben retten“ und „nationaler Einheit“ in der Pandemie

Die Stalinisten der Kommunistischen Partei Griechenlands sind Experten im Entstellen solcher elementaren Grundlagen des Marxismus. Eine der Hauptforderungen, die sie in den Gewerkschaften aufstellen, ist:

„Organisierte Gesundheitskontrolle, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, unter der Verantwortlichkeit der staatlichen Behörden, im Hafen von Piräus, bei Cosco [Reederei], auf den Schiffen, auf den Werften, in Fabriken und Industriebetrieben, wo tausende Arbeiter beschäftigt sind.“

– Rizospastis, 1. April

Das heißt, die Arbeiterklasse an den kapitalistischen Staat zu ketten und Illusionen in die Wohltätigkeit seiner Gesundheitsbehörden zu verbreiten. Die Arbeiter müssen für **gewerkschaftliche Kontrolle über die Arbeitssicherheit** kämpfen. Die Gewerkschaften, **nicht** der kapitalistische Staat, sollen entscheiden, unter welchen Bedingungen sicher gearbeitet werden kann.

Die Gewerkschaften sind die grundlegenden Verteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse. Ihr Zweck ist die Verteidigung der Arbeiter am Arbeitsplatz, nicht ein Kampf, die Arbeiter nach Hause zu schicken. Im Gegensatz dazu haben die Führer der Lehrgewerkschaften in vielen Ländern dafür gekämpft, dass die Regierung die Schulen geschlossen hält, um Lehrer und Schüler zu „schützen“. Das ist eine feige Weigerung, für sichere Schulen zu kämpfen. Gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokraten: „Bleibt zu Hause und wartet ab“, muss eine klassenkämpferische Führung aufgebaut werden, die sich auf die Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis und der gesamten Arbeiterbewegung gegen Schließungen, für bessere Schulen und sichere Arbeitsplätze stützt.

Um das Proletariat zu vereinigen und zu stärken, sind gewerkschaftliche Organisierungskampagnen dringend notwendig. Leiharbeiter und Arbeiter von Subunternehmen müssen in die Gewerkschaften geholt werden und volle Tariflöhne, Sonderzahlungen und Zusatzleistungen erhalten. Durch ihre gewerkschaftliche Organisation erhalten Beschäftigte mit wenig sozialer Macht – im Einzelhandel, der Gastronomie, der Lieferdienste usw. – den Schutz der organisierten Arbeiterklasse.

Fahrt die Wirtschaft wieder hoch! Kämpft gegen die Arbeitslosigkeit!

Die angeblichen Trotzlisten agieren als Anhängsel der Arbeiterverräter und kriechen vor der Bourgeoisie. Lutte ouvrière, die International Marxist Tendency (IMT), die World Socialist Web Site, die Internationalist Group, die Trotzlistische Fraktion – Vierte Internationale, und Co.: Sie alle haben die Lockdowns unterstützt und damit das Proletariat verraten.

So forderte z. B. die IMT (in Deutschland: Der Funke):

„Alle Bereiche gesellschaftlich nicht unbedingt notwendiger Produktion sollten sofort stillgelegt werden. Die ArbeiterInnen sollten mit vollem Lohn nach Hause geschickt werden, solange es notwendig ist“ (derfunke.de, 24. März 2020). Dies ist eine völlig reaktionäre Forderung, die nur zu mehr Entlassungen führen würde! Die IMT will ganze Schichten der Arbeiterklasse in die Arbeitslosigkeit treiben und mit Sozialhilfe abspesen.

Die soziale Macht der Arbeiterklasse ergibt sich aus ihrer Stellung in der Produktion. Die Arbeiterbewegung muss **gegen** Entlassungen, Zwangsurlaub und Kurzarbeit vorgehen, indem sie für Einstellung und Ausbildung durch die Gewerkschaften kämpft sowie für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Arbeit auf alle Hände zu verteilen. Die jetzige Krise schreit nach **Ausweitung** von Produktion und Dienstleistungen: mehr und bessere medizinische Versorgung; öffentlicher Wohnungsbau im großen Maßstab; geräumige und gut belüftete Gebäude für Schulen und Kindertagesstätten; besserer öffentlicher Verkehr. Das Wiederhochfahren und die Ausweitung der Wirtschaft sind notwendig, um die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen und Arbeitslosigkeit und Verelendung zu bekämpfen.

Für unentgeltliche Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau!

Das System der Profitwirtschaft kann keine ausreichende Gesundheitsversorgung leisten. Für die entschädigungslose Enteignung der privaten und kirchlichen Krankenhäuser und der Pharmakonzerne! Für gewerkschaftlich organisierte massenhafte Ausbildung und Einstellung von Arbeitern im Gesundheitssektor und in Krankenhäusern! Für die Abschaffung der Patente, um auf der ganzen Welt die Massenproduktion von Impfstoffen und Medikamenten zu ermöglichen!

Angesichts der maroden Gesundheitssysteme fordern Reformisten aller Couleur die Verstaatlichung der Gesundheitsversorgung. So fordert Left Voice, US-Sektion der Trotzlistischen Fraktion [in Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation, RIO] „Verstaatlichung aller Bereiche im Gesundheitswesen unter Arbeiterkontrolle“ (Left Voice, 13. April 2020). Lasst euch nicht täuschen von den links klingenden Phrasen dieser Sozialdemokraten. Left Voice tritt für **härtere** Lockdowns ein, die jegliche Massenaktion des Proletariats noch mehr behindern und damit den Kampf für bessere Gesundheitsversorgung unmöglich machen würden.

Hier ist das Modell von Left Voice für Arbeiterkontrolle: „In Argentinien zeigen uns die Arbeiter, wie dies gemacht

werden kann. Im ganzen Land beginnen Fabriken unter Arbeiterkontrolle und ohne Bosse für die Bedürfnisse statt aus Habgier zu produzieren.“ Was Left Voice meint, ist die Übernahme von ein paar bankrotten und marginalen Fabriken im kapitalistischen Argentinien. Das ist *kein* Vorbild dafür, was notwendig ist. Die Perspektive von Left Voice ist Arbeitermanagement eines verstaatlichten Gesundheitssystems im Rahmen des Kapitalismus, d.h. institutionalisierte Klassenzusammenarbeit. Die Befreiung des Gesundheitswesens von den Profiteuren kann man nur erreichen, indem man den bürgerlichen Staat hinwegfegt, an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats errichtet und die Kapitalistenklasse enteignet.

Die Arbeiterklasse muss alle Unterdrückten verteidigen!

Die untersten Schichten der Mittelklasse werden ruiniert. Die kriminelle Unterstützung der Arbeiterführer und der gesamten reformistischen Linken für die Lockdowns hat der extremen Rechten das Feld überlassen und es finsternen Reaktionären und wirklichen Faschisten ermöglicht, sich als Verteidiger demokratischer Rechte und Vorkämpfer des ruinierten Kleinbürgertums zu verkaufen. Eine revolutionäre Partei würde die Arbeiterklasse dafür mobilisieren, alle Unterdrückten zu verteidigen und im Kampf gegen die Bourgeoisie auf die Seite der Arbeiter zu ziehen.

In Asien, Lateinamerika und Afrika werden Millionen arme Bauern von Großgrundbesitzern und Banken ausgeblutet und gleichzeitig Straßenhändler durch die Lockdowns in die Hungersnot getrieben. Überall werden kleine Läden, Bars, Kneipen und Restaurants sowie Studenten von Schulden erdrückt. *Für die Streichung ihrer gesamten Schulden!*

Millionen Büroangestellte sind gezwungen, von zu Hause aus zu arbeiten. „Homeoffice“ treibt Entlassungen und unbezahlte Überstunden in die Höhe, atomisiert die Arbeiterschaft, macht gewerkschaftsfeindliche Angriffe einfacher und gewerkschaftliche Organisation nahezu unmöglich. Streiks werden nicht auf Zoom gewonnen, sondern durch Streikpostenkettens. Jede Gewerkschaft, die diesen Namen verdient, muss gegen „Homeoffice“ sein.

Immigranten machen einen entscheidenden Teil der Arbeiterklasse aus und sind überproportional in den schwer betroffenen Dienstleistungssektoren beschäftigt und das bei miserablen Löhnen. Um geeint ihre Reihen zu schließen, muss die Arbeiterklasse *für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* kämpfen!

Für die Vergesellschaftung der Funktionen der Familie!

Die Bourgeoisie versucht mit aller Macht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Lockdowns bürden die Kinderbetreuung, die Erziehung und die Versorgung der Älteren vollständig der Familie auf, hauptsächlich zulasten der Frauen. Frauen werden zurück in den Haushalt gezwungen, verlieren in größerer Zahl als Männer ihre Arbeit und sind Opfer eines scharfen Anstiegs häuslicher Gewalt. Kinder und Jugendliche werden mit ihren Eltern eingesperrt. Ältere Menschen werden zum Sterben in miserablen Pflegeheimen allein gelassen.

Wenn die Lockdowns eines gezeigt haben, dann das Folgende: Das feministische Programm der Umverteilung der Haushaltsaufgaben innerhalb der Familie ist eine Sackgasse. Notwendig ist die Verlagerung der häuslichen Pflichten aus der Familie heraus: unentgeltliche Kinderbetreuung rund

um die Uhr, Gemeinschaftsküchen und -wäschereien, Seniorenheime von hoher Qualität.

Die Lockdowns haben die den Kapitalismus tragenden Institutionen gestärkt: den Staat, die Kirche und die Familie. Die Befreiung der Frauen kann nur erreicht werden als Teil einer weltweiten sozialistischen Umwälzung, bei der unter anderem die Familie durch die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und Hausarbeit ersetzt wird. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Nieder mit dem Imperialismus!

Das imperialistische Weltsystem, in dem ein paar Großmächte um die Aufteilung der Welt kämpfen und Milliarden Menschen ausbeuten, ist genau die Quelle der jetzigen globalen Krise. Die Pandemie schreit nach einer koordinierten internationalen Antwort. Diese ist aber unmöglich in einem System, das auf interimperialistischen Rivalitäten und konkurrierenden Nationalstaaten basiert. Der Imperialismus blockiert und zerstört die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Welt im Interesse der Börsen von Wall Street, Tokio, London, Frankfurt und Paris. Die Imperialisten nutzen diese Krise, um den abhängigen Ländern, die im Würgegriff des internationalen Finanzkapitals sind, noch stärker die Luft abzuschneiden. *Für die Streichung der von den Imperialisten aufgezwungenen Schulden! Nieder mit der UNO, dem IWF, der NATO, NAFTA 2.0 und der Europäischen Union!*

Verteidigt China! Die Imperialisten verdoppeln ihre Anstrengungen, um die Revolution von 1949 durch eine kapitalistische Konterrevolution rückgängig zu machen und den deformierten Arbeiterstaat China für ihre Plünderung zu öffnen. Für politische Arbeiterrevolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen!

Für neue Oktoberrevolutionen!

Südkorea, Schweden, Australien? Die bürgerliche Presse ist voll von endlosen Debatten darüber, welches Land eine bessere Balance zwischen Massensterben und Massenunterdrückung erreicht hat. Wir Marxisten haben ein gänzlich anderes Vorbild: die bolschewistische Revolution von 1917. Durch das Zerschneiden der Ketten der kapitalistischen Ausbeutung machte die Arbeiterklasse unter der Führung der Bolschewiki von Lenin und Trotzki einen riesigen Schritt vorwärts für die gesamte Menschheit. Das öffentliche Gesundheitssystem war eine der großen Errungenschaften des sowjetischen Arbeiterstaates; und das, obwohl es im Feuer des Bürgerkriegs und der imperialistischen Invasion in einem bereits durch den Weltkrieg zerstörten Umfeld geschmiedet wurde. Der Mann, der die Schaffung des öffentlichen Gesundheitssystems anführte, Nikolai Semaschko, schrieb 1919:

„Die städtischen Armen aus muffigen Höhlen in geräumige Wohnungen in gut gebauten Häusern zu bringen, die sozialen Krankheiten wirklich zu bekämpfen, normale Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu schaffen – all das ist unerreichbar, wenn wir das Privateigentum als etwas Heiliges und Unantastbares ansehen. Das alte Gesundheitssystem schreckte davor zurück wie vor einer unüberwindbaren Mauer; Sowjetmacht – kommunistische Macht – hat diese Mauer durchbrochen.“

– „The Tasks of Public Health in Soviet Russia“ [Die Aufgaben des Gesundheitswesens in Sowjetrußland], veröffentlicht in William G. Rosenberg, hrsg., *Bolshevik Visions: First Phase of the Cultural Revolution in Soviet Russia* [Bolschewistische Visionen: Die erste Phase der kulturellen Revolution in Sowjetrußland] (University of Michigan Press, Ann Arbor 1990) ■

NDP und Pseudo-Sozialisten: Speerspitze für Lockdowns und hartes Durchgreifen

Die Arbeiterbewegung muss die LKW-Fahrer verteidigen!

Kanada



Goldberg/SOPA



Pichette/EPA-EFE

Konvoi der LKW-Fahrer gegen staatliche Impfpflicht in der Industrie wurde zum Brennpunkt für massenhafte Wut über die Katastrophe durch die Reaktion der Bourgeoisie auf die Pandemie

Der folgende Artikel wurde zuerst in einem Spartacist-Extrablatt (21. Februar 2022) auf Englisch veröffentlicht.

Massenarbeitslosigkeit, überlastete Krankenhäuser und abgesagte Behandlungen, weit verbreitete Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, erdrückende Inflation, Aushöhlung demokratischer Rechte, ruinierte Ladenbesitzer, Schließung von Schulen, Tag und Nacht zusammengepferchte Familien, unsagbares Leid und Elend, Tod: Seit mittlerweile zwei Jahren leiden die Arbeiter und Unterdrückten unter den verheerenden Folgen von den Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Pandemie und von ihren Lockdowns. Dies ist der Hintergrund für den Konvoi der LKW-Fahrer nach Ottawa, der zu einem Blitzableiter für die weit verbreitete Unzufriedenheit in der Gesellschaft geworden ist.

Angesichts dieses ersten bedeutenden Gegenschlags gegen die Kampagne der herrschenden Klasse für „nationale Einheit“ in der Pandemie haben die Bourgeoisie, ihre Sprachrohre in den Medien, die New Democratic Party [NDP, sozialdemokratische Partei] und die reformistische Linke sofort eine Hysterie entfacht. Ihr propagandistisches Sperrfeuer, mit dem sie jeden, der an Demonstrationen gegen die Regierung teilnimmt, als „rechtsextremistisch“ darstellen, ist nichts als eine *Lüge*, um ein scharfes Vorgehen zu rechtfertigen. Was

Tausende von Menschen in größeren Städten zu Protesten auf die Straße treibt, ist nicht „Rassismus“, eine „rechtsextreme Agenda“ oder (wie Liberale mit Alu-Hut gerne behaupten) ein „von den USA finanzierter Putsch“, sondern die völlig *berechtigte Wut* über die soziale Katastrophe, die durch die Gesundheitsmaßnahmen der Bourgeoisie hervorgerufen wurde.

Premierminister Justin Trudeau hat den Emergencies Act [Notstandsgesetz] – eine „Neuaufgabe“ des War Measures Act [Kriegsmaßnahmegesetz] – in Kraft gesetzt, mit dem sich die Regierung willkürliche Befugnisse zur Verschärfung der Repression, zur Aufhebung bürgerlicher Freiheiten, zum Einfrieren von Bankkonten und zur Ausweitung polizeilicher Befugnisse gibt, die sie benutzt hat, um gegen LKW-Fahrer und Demonstranten hart durchzugreifen. Fast 200 Personen wurden aufgrund dieses Gesetzes bereits verhaftet. Wir sagen: *Verteidigt die LKW-Fahrer! Weg mit allen Anklagen! Nieder mit dem Emergencies Act!*

Brecht mit den Arbeiterverrättern! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei!

Bei der Hysterie gegen die LKW-Fahrer und Demonstranten sind widerwärtigerweise die NDP und ihre pseudo-sozialistischen linken Anhängsel wie Fightback, Socialist

Action und die Kommunistische Partei Kanadas, die auf *mehr* staatliche Repression drängen, die lautesten Hetzer. Fightback (und andere) handelten sogar als Stoßtrupps für die Regierung und mobilisierten in mehreren Städten zu Gegendemonstrationen gegen die LKW-Fahrer!

Das ist nicht überraschend. Während der gesamten Pandemie haben die NDP und die Gewerkschaftsführer von Canadian Labour Congress und Unifor sowie die Führungen der Québécois Gewerkschaftsverbände allesamt die Lockdowns unterstützt, d.h. die *reaktionäre* Antwort der herrschenden Kapitalistenklasse auf die Covid-19-Krise, mit der sie auf billige Weise den totalen Zusammenbruch ihres heruntergekommenen Gesundheitswesens aufschieben wollte. Die Gewerkschaftsführer haben den Bossen und ihrem Staat ihre „uneingeschränkte Zusammenarbeit“ angeboten, die „nationale Einheit“ mit den Bossen propagiert und ihren Mitgliedern die Lockdowns reingewürgt; auf Bundesebene unterstützt die NDP unbeirrt Trudeaus Minderheitsregierung; und die NDP-Regierung von British Columbia hat die Lockdowns direkt durchgesetzt! Die Pseudo-Sozialisten von Fightback ihrerseits haben nicht nur die Lockdowns unterstützt, sondern sogar lautstark verlangt, sie zu *verschärfen*!

Diese Klassenverräter behaupteten alle, dass es notwendig sei, die Lockdowns der Bourgeoisie zu unterstützen, um „Menschenleben zu retten“, dass es eine Art „universelles“, klassenübergreifendes Konzept von öffentlicher Gesundheit gebe, dem wir alle verpflichtet seien; dass wir „Solidarität“ (mit den Bossen) brauchen, um „die Pandemie zu bekämpfen“ und „sich gegenseitig zu schützen“ – mit anderen Worten, dass die Arbeiter es hinnehmen müssen, mit ihren Kämpfen zu warten und sich über den Tisch ziehen zu lassen.

Nein! Die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sind zu allen Zeiten *unvereinbar*, genauso während einer Pandemie. Die unmittelbare Antwort der Arbeiterbewegung auf die Covid-Krise hätte lauten müssen: Wir müssen für *mehr* Gesundheitsversorgung, *mehr* Bildung, *mehr* Wohnraum, *mehr* Infrastruktur kämpfen und für Arbeitsplätze, die *wir* für sicher halten, und dürfen nicht zu Hause bleiben, versteckt, isoliert und machtlos. Gewerkschaftsversammlungen mit persönlicher Anwesenheit, Straßenproteste und Streiks sind die Mittel, wie in der realen Welt (nicht auf Zoom) der Klassenkampf gegen die Bosse geführt wird. *Nur* so kann die Arbeiterklasse ihre Gesundheit und Sicherheit verteidigen und sich dem kapitalistischen System entgegenstellen, welches diese Krise anheizt. Aber genau diese klassenkämpferischen Mittel sollen durch Lockdowns verhindert werden: Lockdowns *schwächen* die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse auf jede denkbare Weise. Sie zu bekämpfen ist die Voraussetzung dafür, dass die Arbeiterschaft diese Krise aus Perspektive *ihrer* Interessen angehen kann. *Nieder mit den Lockdowns!*

Von erbärmlichen Gesundheitssystemen bis hin zum Wohnungswesen und den öffentlichen Diensten, die sich in einem desolaten Zustand befinden, hat die Pandemie für alle sichtbar gezeigt, dass der angebliche „kanadische Sozialstaat“ nichts als ein Schwindel ist. Die Produktion für Profit, die Anarchie des Marktes, die internationale imperialistische Konkurrenz und Vorherrschaft, die Ausbeutung der Arbeitskraft zum möglichst niedrigen Lohn, die Angriffe auf das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen durch Austerität: Angeheizt wird die Gesundheits- und Sozialkrise durch die wahre Natur der kapitalistischen Klassenherrschaft. Die Pandemie hat nur noch deutlicher gemacht, dass die Arbeiter

die Gesellschaft kontrollieren und im Rahmen einer rational geplanten, zentralisierten sozialistischen Wirtschaft organisieren müssen, um diese grundlegenden menschlichen Bedürfnisse auch nur ansatzweise zu befriedigen.

Auf Schritt und Tritt stoßen die lebensnotwendigen Interessen der Arbeiter und der Massen gegen das Privateigentum der Kapitalisten an den Fabriken, Bergwerken und Banken sowie deren gesamte Kontrolle über die gesellschaftlichen Produktivkräfte, eine Machtposition, welche die Kapitalisten mit der geballten Kraft ihres Staates schützen – der im Kern aus der Armee, der Polizei, den Gerichten und den Gefängnissen besteht. Die Bourgeoisie wird nicht friedlich auf irgendwelche ihrer grundlegenden Interessen verzichten oder akzeptieren, ihre Macht aufzugeben: Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Die Arbeiterklasse kann diesen Staatsapparat nicht (z.B. durch Wahlen) übernehmen, der ihren Interessen nicht entspricht – sie braucht einen eigenen Staat, einen *Arbeiterstaat*, um dem Widerstand der Bourgeoisie entgegenzutreten und ihre eigene Klassenherrschaft zu behaupten.

Dringend notwendig ist eine kommunistische Opposition gegen die Regierung, was bedeutet, mit den gegenwärtigen verräterischen reformistischen Führungen zu *brechen* und eine neue, revolutionäre Partei aufzubauen, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die Macht zum Sieg zu führen. Die Trotskyist League und ihre Genossen weltweit sind heute die einzigen in der Linken, die eine solche revolutionäre Perspektive in der Pandemie vorbringen. *Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!*

Für ein revolutionäres Programm in der Pandemie!

Zwar ist die Wut der LKW-Fahrer und Demonstranten auf die Regierung völlig berechtigt, doch bieten die Schlagworte „Freiheit“ und „Fuck Trudeau“ sowie die Verteidigung von „kanadischen Werten“, die bei diesen Protesten dominieren, keinen Weg vorwärts für die Arbeiterklasse und führen geradewegs zur Unterstützung eines anderen Flügels der gleichen unterdrückerischen kanadischen Bourgeoisie. Am Betrug der Arbeiterverräter in der Pandemie liegt es, dass die Wut an der Basis der Gesellschaft nur amorphe und nicht-proletarische Ausdrucksformen findet. Die katastrophale Auswirkung ihrer Politik besteht darin, dass die Bourgeoisie die Arbeiter noch fester im Griff hat und dadurch die Arbeiter hinter Trudeau versammelt werden und rechte Kräfte sich als die einzigen Gegner der Regierungsmaßnahmen präsentieren können.

Da während der Pandemie ein klarer proletarischer Pol fehlte, wurden Impfungen und Impfpflicht zu wichtigen gesellschaftlichen Themen, und die Proteste der LKW-Fahrer haben die Gesellschaft vor allem in dieser Frage polarisiert. Entweder wird alles unterstützt, was die Regierung tut, wenn es im Namen der Steigerung der Impfquote geschieht, oder jeder Eingriff in bürgerliche Freiheiten, jede Form von Impfpflicht und manchmal auch die Impfstoffe selbst werden abgelehnt. Als Kommunisten lehnen wir beide Seiten dieser Debatte ab. Wovon wir uns grundsätzlich leiten lassen, sind *die Interessen der Arbeiterklasse*. Es ist im Interesse der Arbeiterklasse, dass alle Menschen auf der Welt gegen Covid-19 geimpft werden. Wir sind für eine Impfpflicht, d.h. dass man gezwungen wird, einen

Piks in den Arm zu erhalten. Es ist kein demokratisches Recht, die Impfung zu verweigern und das Virus zu verbreiten. Aber wir sind dagegen, dass die Impfpflicht mit einer Politik durchgesetzt wird, die im Namen der Impfung **ein Angriff auf die Arbeiterklasse ist**. Wir sind gegen Trudeaus Einführung der Impfpflicht für das Speditions-gewerbe, die ungeimpfte LKW-Fahrer dazu verurteilen würde, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten zu können, ebenso wie wir ähnliche Maßnahmen gegen Krankenschwestern und andere Arbeiter ablehnen. Massenentlassungen sind ein Angriff auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften; wir lehnen sie ab, egal aus welchem Grund sie erfolgen. Wir lehnen auch die Impfpässe ab, mit denen jede Bewegung der Bevölkerung verfolgt und jeder in einer Bar Beschäftigte und jeder Ladenbesitzer zum Hilfspolizisten gemacht wird. Wir durchbrechen alle bürgerlichen Polarisierungen in der Gesellschaft und treten für ein revolutionäres Kampfprogramm ein, **Klasse gegen Klasse**, das die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter aufgreift und sie mit der Notwendigkeit von proletarischer Macht verbindet, durch die sie erfüllt werden.

Die gegenwärtige Situation schreit nach einem umfangreichen Programm öffentlicher Arbeiten zum Bau neuer Krankenhäuser und Gesundheitsinfrastruktur, neuer Schulen und hochwertiger, geräumiger und preiswerter Wohnungen. Die **Beschlagnahme aller Kronländereien von Küste zu Küste sowie der besten Bürotürme in der Bay Street von Toronto und in den Geschäftsvierteln von Vancouver und Montreal** wäre ein guter Anfang. Außerdem brauchen wir eine massive gewerkschaftlich organisierte Einstellungs- und Ausbildungs-offensive, um die maroden öffentlichen Dienste zu sanieren und neue Sozialprogramme zu entwickeln. Ein realistischer Weg dazu: **Enteignet die Banken und Konzerne!** Besitzer von kleinen Läden, Kneipen und Restaurants sowie

Studenten werden von Schulden erdrückt. **Für die Streichung all ihrer Schulden!**

Alle diese Forderungen stehen im krassen Gegensatz zu dem Wunschtraum der reformistischen Linken, „die NDP auf einem sozialistischen Programm an die Macht zu bringen“, und ihren Plänen zur „Besteuerung der Reichen“, um ein paar Krümel mehr zu bekommen, oder zu ihrer Unterstützung für Québec Solidaire, eine rein bürgerliche Partei. Jede Partei, die im Parlament Ihrer Majestät die Macht übernimmt, führt eine bürgerliche Regierung, die die Kapitalisten verteidigt und die Arbeiterklasse angreift. Wir brauchen eine **Arbeiterregierung**, die sich auf Arbeiterräte stützt!

Gegen die massiven Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und die steigenden Lebenshaltungskosten müssen die Gewerkschaften dringend **die Unorganisierten organisieren** und für **eine kräftige, an die Inflation gekoppelte, allgemeine Lohnerhöhung** kämpfen! Gegen die Überstunden auf der einen Seite und die Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite müssen die Gewerkschaften für **eine 30-Stunden-Woche bei 40 Stunden Lohn** kämpfen, um die Arbeit auf alle zu verteilen. Gegen die von den Bossen betriebenen rassistischen Spaltungen müssen die Gewerkschaften für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen, um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft zu vereinen.

All dies steht im Gegensatz zum Programm der Reformisten, auf die bestehenden Gewerkschaftsbürokratien Druck auszuüben. Das Grundproblem der Arbeiterbewegung ist nicht ihre mangelnde Militanz, sondern das pro-kapitalistische Programm der gegenwärtigen Gewerkschaftsführungen, die lediglich danach trachten, die Ausbeutungsbedingungen der Arbeiterklasse unter der Diktatur der Bourgeoisie neu zu verhandeln. Kein noch so großer Druck wird sie dazu

Fortgesetzt auf Seite 31

Gebundene Ausgaben von IKL-Publikationen

SPARTACIST

Deutschsprachige Ausgabe: 4 Bände (1974 bis 2014)

Englischsprachige Ausgabe:
7 Bände (1964 bis 2013), Band 1-3 vergriffen

Französischsprachige Ausgabe:
2 Bände (1972 bis 1991)

Spanischsprachige Ausgabe: 1 Band (1974 bis 1982)

Preis pro Band: 30€ (außer Band 5 und 6: je 75€)
Inkl. Versand. Einige Bände auch als Mikrofilm erhältlich.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

(Dezember 1989 bis April 1990, inkl. Flugblätter) 20€
Arprekorr wurde während der sich entfaltenden proletarisch-politischen Revolution in der DDR anfänglich fast täglich herausgegeben.

Kommunistische Korrespondenz

2 Bände (1974 bis 1980), je 40€

Vorläuferzeitung des *Spartakist*, wurde von der Trotzkiistischen Liga Deutschlands (anfangs Berliner Komitee) herausgegeben, die später in der SpAD aufging.



Zu beziehen über: Spartacist Publishing Co., Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

oder: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin; Postbank Frankfurt/Main, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Fightback-„Sozialisten“: Sozial-Trudeauisten

Nachfolgend erscheint ein Begleittext zu dem auf Seite 27 abgedruckten Artikel.

Im pseudo-trotzkistischen Sumpf von Québec und Kanada haben sich die Mitglieder der Fightback-Gruppe (in Deutschland: Der Funke) als die eifrigsten Unterstützer von Trudeaus Lockdowns und als lautstarke Gegner der LKW-Fahrer und Demonstranten hervor getan. Es gibt einfach keinen Unterschied zwischen der Linie von Fightback und der hysterischen Kampagne der Bourgeoisie und ihrer unterwürfigen Medien. Mit einer widerlichen Verleumdung in den sozialen Medien gegen unsere Organisation, die bei einer Kundgebung in Toronto zur Unterstützung der LKW-Fahrer intervenierte, beschuldigte uns ein Fightback-Führer, „die extreme Rechte zu unterstützen“, und fügte hinzu: „Ihnen kann auf keinen Fall der rechtsextreme, nationalistische und Trumpfreundliche Charakter dieser Kundgebung entgangen sein, auf der Trump-Fahnen und Plakate mit ‚Make Canada Great Again‘ zu sehen waren.“ Indem Fightback diesen Demonstrationen unter Hinweis auf ein paar rechte Teilnehmer pauschal einen „rechtsextremen Charakter“ zuschreibt, plappert sie genau die Lüge nach, mit der die Regierung ihr hartes Durchgreifen rechtfertigt.

Und Fightback begnügt sich nicht mit Worten: Diese Gruppe hat sich tatsächlich den Gegenprotesten *angeschlossen*, die zu *mehr* staatlicher Repression gegen die LKW-Fahrer und Demonstranten aufriefen, *und hat diese mitorganisiert!* Die Organisatoren einer dieser Gegenproteste in Toronto machen in einer Erklärung ihre reaktionäre politische Grundhaltung deutlich:

„Die Einwohner Torontos werden genau beobachten, wie effektiv und wie schnell die Regierung von Ontario handelt. *Wir warten immer noch auf eine entschlossene Bundesregierung... Wir erwarten nicht weniger als die sofortige Beseitigung der Grenzblockaden, die Befreiung Ottawas und die Auflösung der Konvois.*“ (unsere Hervorhebung)

– Toronto Star, 11. Februar 2022

In einem ihrer jüngsten Artikel jammert Fightback auch darüber, dass „sich die Politiker und die Polizei als unfähig erwiesen haben, mit der extremen Rechten des ‚Freedom‘-Konvois fertig zu werden“ (marxist.ca, 14. Februar 2022). Nun, sie haben bekommen, was sie wollten: Trudeau beruft sich inzwischen auf den Emergencies Act (Notstandsgesetz), eine „entschlossene“ Antwort, um mit dem Konvoi „fertig zu werden“. Von Fightbacks scheinheiliger „Opposition“ gegen das Notstandsgesetz sollte sich niemand täuschen lassen. Seit Beginn der Trucker-Proteste hat diese Gruppe vor allem eines *getan*: aktiv für die Unterstützung der Repression gegen die Konvois zu mobilisieren. Es überrascht nicht, wenn man in ihrem Artikel „gegen“ dieses Gesetz liest:

„Es gab eine gewisse Verwirrung bei den Leuten, auch in der Linken, ob sie das harte Durchgreifen der Trudeau-Regierung gegen die Konvois und Blockaden unterstützen sollen oder nicht.“

– marxist.ca, 17. Februar 2022

Wetten, dass nicht wenige Fightback-Mitglieder in der Tat ziemlich verwirrt darüber waren, dass ihre Führung den

Emergencies Act nicht offen unterstützt hat, da dies das *logische Ergebnis* der von ihr propagierten Politik ist!

Um ihrer Unterstützung für staatliche Repression einen populistischen oder arbeitertümelnden Anstrich zu geben, ruft Fightback zu Bürgerwehren auf, die „die Dinge selbst in die Hand nehmen“, und fordert, dass die Arbeiterklasse „gegen die Konvois mobilmacht“. Wenn man das ernst nimmt, würde es bedeuten, dass Bürger und Arbeiter zu Gehilfen der Polizei bei der Unterdrückung der LKW-Fahrer gemacht werden. So abstoßend dies auch ist, es passt zu diesen „sozialistischen“ Verehrern der Polizei, die den Standpunkt vertreten, dass Polizisten „Arbeiter in Uniform“ sind. Wer daran zweifelt, dass diese Position für eine Gruppe, die sich sozialistisch nennt, überhaupt möglich ist (oder wenn diese Gruppe, wie so oft, ihre Position leugnet), der braucht sich nur ihren Artikel mit der Überschrift „RCMP-Gewerkschaft [Königliche Kanadische Berittene Polizei] erkämpft kräftige Lohnerhöhung: Jede Gewerkschaft muss das Gleiche oder mehr fordern!“ (marxist.ca, 7. Oktober 2021) anzuschauen. Der kriminellen Position von Fightback, die Bullen seien Teil der Arbeiterbewegung, stellen wir entgegen: *Polizei, Sicherheitskräfte, Gefängniswärter raus aus den Gewerkschaften!* Dies ist eine ganz grundlegende, elementare Forderung im Kampf für die *vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Bossen und dem kapitalistischen Staat!*

Was Fightback in so einen fieberhaften Zustand versetzt hat, ist ihre feste Unterstützung für die nationale Einheit hinter den Gesundheitsmaßnahmen der Regierung. Dass Fightback jetzt den Laufburschen spielt, um andere Meinungen als die der Regierung zu unterdrücken, ist nur die logische Konsequenz aus ihrer hartnäckigen Unterstützung der „Einheit Kanadas“ und der Lockdowns. Tatsächlich plädieren diese Pseudo-Sozialisten seit Beginn der Pandemie inständig für mehr und härtere Lockdowns! In einer Erklärung forderte die Internationale Marxistische Tendenz (deren kanadische Sektion Fightback ist): „Jede nicht lebensnotwendige Produktion sollte sofort eingestellt werden. Die Arbeiter sollten solange wie nötig bei voller Bezahlung nach Hause geschickt werden“ (marxist.com, 20. März 2020). Einer ihrer letzten Artikel gegen den Konvoi hat ungeniert die moralische Erpressung der Bourgeoisie wiedergekaut: „Die sofortige Aufhebung aller pandemiebezogenen Gesundheitsmaßnahmen würde eine weitere Welle und mehr Todesfälle bedeuten“ (marxist.ca, 5. Februar 2022). Jeglicher Anspruch dieser Reformisten, dass sie für irgendetwas kämpfen, was in der Pandemie im Interesse der Arbeiterklasse wäre, ist angesichts ihrer Unterstützung für die Lockdowns ein einziger Betrug.

Während die NDP und die Gewerkschaftsbükratien wegen ihres Verrats, die Lockdowns zu unterstützen und durchzusetzen, vor der Arbeiterklasse völlig entlarvt dastehen, berät Fightback diese Verräter wieder einmal, wie sie die Arbeiter besser in die Irre führen können, und schreibt:

„Dies ist das Problem während der gesamten Pandemie gewesen. Die Arbeiterbewegung ist still geblieben, hat den Umgang

der Regierung mit der Pandemie im Interesse der Kapitalisten akzeptiert und ist dem Kampf für ein Vorgehen der Arbeiterklasse gegen die Pandemie ferngeblieben.“

– marxist.ca, 5. Februar 2022

Das ist eine völlige *Augenwischerei!* Die gegenwärtigen Führungen der Arbeiterklasse haben sich während der gesamten Pandemie *aktiv geschlossen* hinter den heftigen Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeiter gestellt, wie Fightback auch! Die wirkliche Sorge von Fightback ist, dass die NDP von den Liberalen so wenig zu unterscheiden ist, dass sie Wählerstimmen verlieren wird. Kommunisten sagen: Gut, wenn die NDP diskreditiert ist! Die Pandemie zeigt deutlich, dass die heutigen Führer der Arbeiterbewegung gehen müssen und an ihrer Stelle eine neue, *revolutionäre* Führung geschmiedet werden muss. Das Programm von Fightback, die Einheit mit der kanadischen Sozialdemokratie um jeden Preis aufrechtzuerhalten, ist auch die Grundlage ihrer eigenen anglo-chauvinistischen Ablehnung der Unabhängigkeit Québecks und des Gesetzes 101 (siehe „Behind the Mask of Fightback: Neither Socialism nor Independence“ [Hinter der Maske von Fightback: Weder Sozialismus noch Unabhängigkeit], *Workers Tribune* Nr. 2, Sommer/Herbst 2019).

LKW-Fahrer...

(Fortsetzung von Seite 29)

bringen, ihr Programm, einer illusorischen „Partnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit hinterherzujagen, aufzugeben. Sie müssen weg! Was wir brauchen, ist eine neue, *revolutionäre Führung*, die die unmittelbar anstehenden Kämpfe für die elementarsten Bedürfnisse der Arbeiter mit der Notwendigkeit verknüpft, dass die Arbeiter die Kontrolle über die gesamte Gesellschaft übernehmen, das einzige Mittel zur Erfüllung dieser Bedürfnisse.

Im Gegensatz zum Programm der Gewerkschaftsverräter, alle nach Hause zu schicken und inständig um weitere Betriebs- und Schulschließungen und um strengere Covid-Vorschriften zu bitten, die von den Gesundheitsagenturen der Bosse durchgesetzt werden, ist es dringend notwendig, für *gewerkschaftliche Kontrolle von Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit* zu kämpfen! Sich beim „Schutz“ der Arbeiter auf die kapitalistischen staatlichen Agenturen, wie die WSIB [in Ontario] und die CNESST [in Québec], zu verlassen ist selbstmörderisch! Die Gewerkschaften, *nicht* der kapitalistische Staat, sollten bestimmen, welche Arbeitsbedingungen sicher sind. Solange die Bosse das Kommando haben, wird Profit immer vor Sicherheit gehen. Der kapitalistische Staat ist der bewaffnete Arm der Bosse. Er existiert, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse durchzusetzen, nicht um für sichere Arbeitsbedingungen zu sorgen! Wer glaubt, dass die Bosse und ihr Staat dazu da sind, seine Gesundheit zu schützen, ist kein Sozialist, sondern ein Dummkopf.

Wenn es so etwas wie „wahre kanadische Werte“ gibt, dann sind es sicherlich nicht „Freiheit“ und „Demokratie“, sondern die anglo-chauvinistische nationale Unterdrückung von Québec und die Treue zur britischen Monarchie. Dies sind die *Eckpfeiler* des kanadischen kapitalistischen Staates – genau des Staates, der heute gegen die LKW-Fahrer losschlägt. Dass die staatlichen Repressionsbefugnisse des War Measures Act, die Pierre Elliott Trudeau im Oktober 1970 gegen die Indépendantistes [Unabhängigkeitsbewe-

Die Pandemie ist ein Lackmустest für jede Gruppe, die behauptet, für sozialistische Revolution zu kämpfen: Entweder man nutzt die Krise, um den revolutionären Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie voranzutreiben, oder man versucht die Klassengegensätze zu versöhnen und propagiert ein alternatives bürgerliches Programm zur Bewältigung der Pandemie. Fightback hat sich eindeutig für den letzteren Weg entschieden. Die Pandemie hat das bestimmende Merkmal dieser Möchtegern-Sozialisten nur noch deutlicher gemacht: unverfrorene Verteidiger der kapitalistischen „Demokratie“ von Kanada. Nicht Arbeitermacht, sondern Parteiergreifung für den Staat, der die kapitalistische Ordnung wieder stabilisieren soll; keine revolutionäre Partei, sondern die fortgesetzte Unterordnung der Arbeiter unter pro-kapitalistische Führungen; nicht Unabhängigkeit für Québec, sondern Aufrechterhaltung der anglo-chauvinistischen „Einheit von Kanada“. Genau das bekommt man bei der „sozialistischen“ Fightback-Gruppe. Der Bruch mit einer solchen reformistischen Politik ist eine Vorbedingung für jeden, der dafür kämpfen will, den kanadischen Imperialismus zu beseitigen. ■

gung] von Québec einsetzte, dieselben sind, die heute sein Nachkomme verwendet, zeigt deutlich, dass die Arbeiter in Englisch-Kanada und Québec einen gemeinsamen Feind haben: die kanadische herrschende Klasse. Die NDP, Fightback und die übrige reformistische Linke Kanadas wiederum sind sich bei ihrer Ablehnung der nationalen Rechte Québecks genauso einig, wie sie geschlossen hinter Trudeaus Angriff auf die LKW-Fahrer stehen. Wir sagen: *Für die sofortige Unabhängigkeit von Québec!*

Den Kampf für Québecks nationale Befreiung auf revolutionärer Grundlage voranzutreiben ist von entscheidender Bedeutung, um sowohl die Arbeiter in Englisch-Kanada von ihren anglo-chauvinistischen Führungen als auch die Arbeiter in Québec von ihrer bürgerlich-nationalistischen Führung wegbrechen zu können. Die Arbeiter in Englisch-Kanada haben ein lebenswichtiges Interesse daran, sich für diesen Kampf einzusetzen und ihn als Hebel zu benutzen, mit dem sie die Bourgeoisie entmachten und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichten. Es steht außer Frage, dass es selbst unter dem Kapitalismus fortschrittlich wäre, das Joch der Vorherrschaft von Englisch-Kanada über Québec zu zerbrechen. Und der Arbeiterklasse in Québec würde eine Lostrennung nur noch deutlicher zeigen, dass die nationalistiche Bourgeoisie ihr geschworener Feind ist. Die Bourgeoisie von Québec hat immer wieder klar gemacht, dass sie nur insoweit für die Unabhängigkeit kämpfen wird, als sie dadurch ihre eigene Arbeiterklasse besser ausbeuten kann. Die Arbeiter in Québec werden unter einem unabhängigen kapitalistischen Québec nicht frei sein, sie brauchen eine *Arbeiterrepublik Québec!*

Die Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die gegenwärtige Führung der Arbeiterklasse in Québec und Kanada vor ihrer jeweiligen Bourgeoisie völlig auf dem Bauch liegt. Von der NDP bis zu den Gewerkschaftsführern haben sie alle ein Programm zur Aufrechterhaltung des *Kapitalismus*, das sie dazu bringt, die Arbeiterklasse zu verraten. *Brecht mit der NDP, brecht mit allen bürgerlich-nationalistischen Parteien in Québec! Für eine binationale revolutionäre Arbeiterpartei!* ■

Zu dieser Ausgabe...

(Fortsetzung von Seite 2)

gekämpft. Im Zuge der internationalen revolutionären Reorientierung und einer Reihe interner politischer Kämpfe der IKL hat die SpAD damit begonnen, sich programmatisch wieder zu bewaffnen. Wie das Kernstück dieser Ausgabe – das Dokument „Eine kommunistische Antwort – Die Krise der liberalen Ordnung Deutschlands“ (siehe Seite 3) von Genosse Perrault, einem Führer unserer Internationale und Mitglied des Zentralkomitees der SpAD – erklärt:

„Um voranzugehen, ist es für die Sektion entscheidend, dass sie die materielle Grundlage der Politik und Ideologie von Deutschlands herrschender Klasse versteht, wie die Arbeiterbewegung davor kapituliert hat und wie der gegenwärtige Status quo zusammenbricht. Nur wenn wir uns diese Lehren aneignen, können wir den Bankrott des Liberalismus wirklich aufdecken und es begründen, warum sich der Weg vorwärts für die Arbeiterbewegung nicht aus der Erfahrung der Sozialdemokratie in den 1960er-, 70er- oder 90er-Jahren ergibt, sondern aus der Spaltung von 1919 zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie...“

Bruch mit Pazifismus und Liberalismus: Schlüssel im Kampf gegen deutschen Imperialismus

Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der Arbeiterstaaten Osteuropas und des Balkans haben die Imperialisten ihr Einflussgebiet, über NATO- und EU-Erweiterungen, immer weiter nach Osten bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt. In ökonomischer Hinsicht war der deutsche Imperialismus der größte Nutznießer dieser Entwicklung: Er hält heute zusammen mit den USA ganz Osteuropa im neokolonialen Würgegriff. Der Erfolg der Imperialisten hat die Reaktion Russlands und die jetzige Krise erst provoziert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist die erste ernsthafte militärische Herausforderung der Hegemonie der USA seit 30 Jahren. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist ein Krieg zwischen zwei nicht-imperialistischen Ländern, der auf beiden Seiten reaktionär ist. Ein Sieg der ukrainischen Regierung, der Handlanger der Imperialisten, würde nur dazu führen, dass die Ukraine noch stärker von den NATO/EU-Imperialisten unterjocht wird. Auf der anderen Seite führt Russland einen Krieg, um die Ukraine selber zu unterdrücken.

Dagegen zeigt die internationale Erklärung der IKL „Ukrainische, russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um, gegen eure Herrscher!“ (siehe Seite 12) die einzige fortschrittliche Lösung für diesen Krieg auf, in Anwendung von W.I. Lenins Programm während des Ersten Weltkriegs: Marxisten müssen für revolutionären Defätismus kämpfen, d.h. für die Umwandlung dieses reaktionären Krieges in einen revolutionären Bürgerkrieg der Arbeiter gegen die ukrainischen und russischen Kapitalisten. Unsere Erklärung ist zentral auch eine Polemik gegen die Argumente der Linken in Deutschland, die sich durch Pazifismus und Einheit mit den schlimmsten Sozialchauvinisten allesamt gegen das leninistische Programm stellen.

Mit Ausbruch des Krieges sind einige Führer der Linken wie Gysi und Ramelow offen auf die Seite der NATO übergegangen. Dagegen versuchen die linkeren Pazifisten seither einen unmöglichen Spagat: einerseits an der pazifistischen Opposition gegen die NATO festzuhalten, andererseits sich

in die „Solidarität mit der Ukraine“ einzureihen und das Hauptkriegsziel von NATO und EU zu unterstützen: den Abzug der russischen Truppen und die Niederlage Russlands unter dem Vorwand des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts. Mit unserer Kampagne „Schmeißt die EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!“ (siehe *Spartakist* Nr. 224 und Nr. 225) haben wir in die Krise der Linken interveniert mit dem Ziel, die Polarisierung weiter voranzutreiben. Man muss kein Revolutionär sein, um sich gegen die pro-imperialistische Offensive der EU/NATO-Unterstützer zu stellen und für deren Rausschmiss aus der Linken zu kämpfen, doch nur wir Revolutionäre haben dafür gekämpft. Die *gesamte* pazifistische Linke hat unsere Forderung abgelehnt. Durch ihr Beharren auf der Einheit mit den EU/NATO-Unterstützern hat sie die Arbeiterklasse der reformistischen Führung ausgeliefert und den Boden für jede kommende Niederlage in Krieg und Krise bereitet.

Unsere Kampagne war zuvorderst eine politische Waffe gegen die Pazifisten und hat klar gezeigt: Wer gegen den Imperialismus kämpfen will, kann das nur auf der Grundlage eines revolutionären Programms tun. Sie war eine konkrete Anwendung von Lenins Kampf, die Arbeiterbewegung zwischen echten Revolutionären auf der einen Seite und Reformisten und Pazifisten auf der anderen zu spalten.

Der Grund für das Streben der linken Pazifisten nach Einheit mit den Pro-NATO-Führern ist genau ihr unerschütterlicher Glaube an die Friedfertigkeit des deutschen Imperialismus – einer der schärfsten Ausdrücke des liberalen Programms in Deutschland. Das Dokument von Perrault erklärt die materielle Grundlage für diesen tiefsitzenden Pazifismus der Linken und warum er *kein* Kampfmittel gegen den deutschen Imperialismus ist, aber auch, *wie* die Anti-NATO-Pazifisten mit dem Ukrainekrieg in Widerspruch zur Pro-NATO-Führung der Sozialdemokratie gekommen waren. Mit ihrem Anti-NATO-Pazifismus hatte sich die Linke gemächlich als linke Komponente im liberalen Spektrum eingerichtet, in dem es für sie nun verdammt ungemächlich geworden ist, weil sie sich mit der „Zeitenwende“ von Scholz nicht mehr auf Regierungslinie befindet.

Auf der materiellen Basis der letzten relativ friedlichen und für sie sehr profitablen 30 Jahre entwickelte die deutsche Bourgeoisie die entsprechende Ideologie: dass sie die Lehren aus zwei Weltkriegen gelernt habe und nunmehr eine Macht des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts sei – „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Unter dieser Parole kanalisiert die Sozialdemokratie den ersten und aufrichtigen Wunsch der Arbeiter nach Frieden und ihren Hass auf den Faschismus in das arbeiterfeindliche liberale Programm. Der Kern dieses Programms ist die Lüge, dass die bürgerliche Demokratie und die Einheit aller „fortschrittlichen Kräfte“ – d.h. Einheit mit der liberalen Bourgeoisie – das Bollwerk gegen Krieg und Faschismus seien.

Auf diese Weise hat die Sozialdemokratie lange Zeit die Unterstützung der Arbeiter für diverse Koalitionsregierungen wie die CDU/SPD-Regierung unter Merkel erreicht und für Stabilität gesorgt. So konnten diese kapitalistischen Regierungen, mit Rückendeckung der Gewerkschaftsbürokratie, einen Angriff nach dem anderen auf die Arbeiter durchführen. Doch dadurch hat die Sozialdemokratie ihre eigene soziale Grundlage unterminiert, was zu weiteren Rissen in der liberalen Ordnung führte. Weite Teile der Arbeiterklasse wurden in den Ruin getrieben und haben sich von So-

zialdemokratie und Gewerkschaften abgewendet, vor allem in Ostdeutschland. Das hat in den letzten Jahren auch die rechtspopulistische AfD als bürgerliche Opposition gegen den Liberalismus gestärkt.

Wie reagiert die Linke darauf? Natürlich kritisiert sie die sozialdemokratische Führung und deren Verbrechen in der Regierung rauf und runter. Aber unter dem Banner von „Kampf gegen rechts“ mobilisiert sie wieder für die liberale Einheit mit der jeweils aktuellen Koalitionsregierung unter Beteiligung der SPD, die als kleineres Übel dargestellt wird. So werden genau die Kräfte gestärkt, die für die Angriffe auf die Arbeiterklasse und das Anwachsen der Reaktion verantwortlich sind! Die kommunistische Lehre aus Krieg und Faschismus, die das Dokument von Perrault bekräftigt und auf die heutige Situation in Deutschland anwendet, ist gerade das Gegenteil des liberalen Programms: Um zu erreichen, dass es nie wieder Krieg und Faschismus gibt, sind der Bruch mit den Verursachern von Krise und Reaktion, die Spaltung vom Reformismus und der Kampf für den Sturz der deutschen Bourgeoisie nötig.

Revolutionäre Opposition gegen EU und deutschen Imperialismus

Eine bedeutende Komponente des liberalen Programms in Deutschland ist die Kapitulation vor der EU, dem wirtschaftlichen Anhängsel der NATO. Auch im Ukrainekrieg arbeiten NATO und EU Hand in Hand gegen Russland und für die Ausbeutung und Unterdrückung der Ukraine. Während die sozialdemokratischen Führer die EU als ein Projekt des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands für alle preisen – und die einzige Opposition gegen die EU den Reaktionen der AfD überlassen –, ist sie in Wahrheit nichts anderes als ein Instrument des Imperialismus, vorrangig des deutschen, zur Unterdrückung und Ausbeutung der abhängigen Länder Europas und der Arbeiterklasse im eigenen Land.

Dazu gehört auch die pro-imperialistische Hetze gegen die abhängigen und neokolonialen Länder, deren rechte antiliberalen Regierungen nicht immer nach der Pfeife der liberalen deutschen Bourgeoisie tanzen – gegen Polen und Ungarn, besonders aber gegen die Türkei –, die von der Linken übernommen wird (und früher auch von der SpAD geteilt wurde). Die Linke will Druck auf die deutsche Bourgeoisie machen, damit diese härter gegen die kapitalistische Erdoğan-Regierung vorgeht und damit vermeintlich etwas Fortschrittliches für die Werktätigen in der Türkei bewirkt. In Wahrheit bedeutet dies nichts anderes als den Versuch, die Arbeiterklasse in Deutschland wie in der Türkei hinter der imperialistischen Bourgeoisie zu versammeln: ihrem gemeinsamen Hauptfeind.

Der Artikel „Schluss mit den Niederlagen! Die Arbeiter brauchen ein Programm für den Sieg!“ (siehe Seite 15) der Trotzlistischen Gruppe Griechenlands (TOE) erklärt die Notwendigkeit, die Arbeiter in den unterdrückten Ländern mit den Arbeitern im imperialistischen Zentrum im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen. Die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland kann sich nicht befreien, ohne den Kampf für die nationale Befreiung der vom deutschen Imperialismus unterdrückten Länder aufzunehmen. Eine wichtige Position, die Arbeiter hier gegen das deutsche Finanzkapital aufgreifen müssen, ist die Streichung aller Schulden der abhängigen Länder. Dies erfordert einen Kampf, um die Banken des deutschen Kapitals zu enteignen und die Arbeiter an die

Macht zu bringen, in Griechenland wie in Deutschland.

Stattdessen will die reformistische Linke die schlimmste Unterdrückung durch die EU abmildern und kritisiert die EU als „neoliberal“, „militaristisch“ oder „rassistisch“. Sie lehnt die EU auf der Grundlage von deren *Politik* ab und verbreitet die liberale Illusion, der deutsche Imperialismus könne durch Druck von der Arbeiterklasse, eine alternative Politik oder eine Allianz ohne die USA friedfertig oder sozial gemacht werden.

Im Gegensatz dazu betont das Dokument „Verteidigung des revolutionären Programms (II)“ (siehe Seite 35), das auf der Nationalkonferenz der Spartacist League/Britain im Dezember 2021 angenommen wurde, im Abschnitt „Die labouristische Opposition der SL/B gegen die EU“ die Notwendigkeit einer revolutionären Opposition gegen den Imperialismus und gegen *alle* imperialistischen Allianzen. Das SL/B-Dokument ist ein politisch bedeutender Beitrag in dieser *Spartacist*-Ausgabe, denn es enthält entscheidende Lehren des Bolschewismus, der frühen Komintern und des Trotzismus zu den Fragen des Staates, des Imperialismus und der revolutionären Partei, auf heute angewendet, unverzichtbar für jeden, der in Britannien oder in anderen Ländern ein Revolutionär sein will.

Revolutionäres Programm in der Pandemie

Der Liberalismus der postsowjetischen Periode triumphierte besonders in der Ära Merkel. In der Pandemie hat die reformistische Linke ihre Unterstützung für die liberale Bourgeoisie auf die Spitze getrieben. Wie die Bourgeoisie international, reagierte die damalige Merkel/SPD-Regierung, indem sie die Bevölkerung monatelang zu Hause einsperrte, den Arbeitern massive Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen reinwürgte und die kapitalistische Unterdrückung in jeder Hinsicht verstärkte. Für die Arbeiterklasse stellte sich die dringende Notwendigkeit, gegen die Bourgeoisie und für ihre eigenen Interessen zu kämpfen – für gewerkschaftliche Kontrolle über Arbeitssicherheit, für gesunde Schulen und Wohnungen für alle – und dies mit dem Kampf zu verbinden, die Wurzel der Krise, die Herrschaft der Bourgeoisie, mit Stumpf und Stiel auszureißen und das Proletariat an die Macht zu bringen. Um für all das kämpfen zu können, musste man sich gegen die Lockdowns der Bourgeoisie stellen, die darauf abzielten, die Arbeiter zu atomisieren und ihren Klassenkampf zu verhindern.

Im Gegensatz dazu haben die Linken die Lockdowns unterstützt oder sogar noch härtere Lockdowns gefordert und sich in die nationale Einheit im Namen von „Leben retten“ in der Pandemie eingereiht. Das liberale Argument der Bourgeoisie, „Leben zu retten“, war nichts anderes als ein Deckmantel zur Durchsetzung ihrer eigenen Klasseninteressen und wurde von Arbeiterführern und Linken vollkommen übernommen. Die Klassegegensätze zwischen den Arbeitern und der Bourgeoisie, auch ihrem liberalen Flügel, bleiben unversöhnlich, auch in Pandemiezeiten. Der Verrat der Arbeiterführer und Linken hat die Arbeiterklasse im Angesicht dieses beispiellosen Angriffs der Bourgeoisie entwapfnet. Unsere eigene internationale Organisation hat im ersten Jahr der Pandemie vor diesem liberalen Druck kapituliert. Erst im April 2021, nach heftigen internen Kämpfen, waren wir in der Lage, unseren Kurs zu korrigieren und unsere internationale Erklärung „Nieder mit den Lockdowns!“ (siehe Seite 23)

herauszubringen. Diese marxistische Position ist nach wie vor die einzige weltweit, die auf der Grundlage eines revolutionären Klassenkampfprogramms gegen die Lockdowns ist.

Es gab gerechtfertigte Wut gegen die Regierung und die Auswirkungen ihrer Maßnahmen. In vielen Ländern gab es Demonstrationen gegen die Lockdown-Maßnahmen und die im Namen der Impfpflicht angedrohten Massenentlassungen. Solche Proteste wurden von den Arbeiterführern und „sozialistischen“ Linken abgelehnt und beschimpft, die oft den Staat dazu aufriefen, sie zu zerschlagen. Auch in Deutschland haben die reformistischen Gruppen jeden gerechtfertigten Protest gegen die Regierungspolitik, Lockdowns und 3G-Regeln als „rechts“ beschimpft – und sich der Merkel/Scholz-Regierung als willfährige Schläger angedient, vor allem gegen die „Querdenker“-Proteste. Die Politik der Arbeiterführer und Linken in der Pandemie hat dafür gesorgt, dass bürgerliche und rechte Kräfte das Monopol auf den Protest gegen die Regierung erhielten. International mit am meisten polarisiert hat die Bewegung der LKW-Fahrer in Kanada, die von der internationalen bürgerlichen Presse und von vielen „sozialistischen“ Gruppen als faschistisch und reaktionär verurteilt wurde, einfach weil sie sich gegen die Regierung und gegen Massenentlassungen richtete. Im Gegensatz dazu haben wir in unserem Artikel mit der Überschrift „Die Arbeiterbewegung muss die LKW-Fahrer verteidigen!“ (siehe Seite 27) die Demonstrationen verteidigt und gleichzeitig die Notwendigkeit einer *kommunistischen* Opposition gegen die kapitalistische Regierung hervorgehoben.

Verteidigung Chinas und Kampf für politische Revolution

China steht im Fokus des Weltgeschehens – für die imperialistischen Weltmächte wie auch das internationale Proletariat. Die Chinesische Revolution von 1949 war ein historischer Sieg für die Arbeiter, Bauern und Unterdrückten, in China wie weltweit. Die Verteidigung und Ausweitung ihrer Errungenschaften sind eine dringende Aufgabe und Prüfstein für jeden Revolutionär. Alle imperialistischen Mächte streben nach der Zerstörung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution – ob durch militärischen Druck (wie die USA) oder wirtschaftliche Durchdringung (wie Deutschland). Gleichzeitig nehmen die interimperialistischen Konflikte über China zu. In der liberalen Periode nach der Zerstörung der Sowjetunion haben die Imperialisten, besonders auch der deutsche Imperialismus, in beträchtlichem Maße in China investiert und dort produzieren lassen. Seit einiger Zeit hat der US-Imperialismus seinen militärischen und wirtschaftlichen Druck auf China enorm gesteigert und steuert eindeutig in Richtung weiterer, auch militärischer, Eskalation. Für die deutsche Industrie, die stark von China abhängig ist, wäre dies ein noch heftigerer Schlag als der Ukrainekrieg.

In der reformistischen Linken gibt es auf diese wichtige und explosive Situation hauptsächlich zwei falsche Antworten, die auf verschiedene Weise eine Kapitulation vor der eigenen imperialistischen Bourgeoisie und dem Liberalismus widerspiegeln. Auf der einen Seite stehen die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands und der Großteil der pseudotrotzkistischen Gruppen, die den Klassencharakter Chinas als Arbeiterstaat leugnen und die Verteidigung der Revolution von 1949 ablehnen – eine konterrevolutionäre Position. Auf der anderen Seite gibt es stalinistische Grup-

pen, unter anderem die Deutsche Kommunistische Partei, die den chinesischen Arbeiterstaat mit der stalinistischen Bürokratie, die die Verteidigung des Arbeiterstaates gegen den Imperialismus untergräbt, gleichsetzen und diese politisch unterstützen.

Besonders scharf stellte sich die Notwendigkeit einer revolutionären Antwort auf China im Kontext der Pandemie. Die Bürokratie der regierenden Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hat auf die Covid-19-Krise fast drei Jahre lang mit den weltweit drastischsten und brutalsten Lockdowns reagiert, die für die Arbeiter und Bauern eine Katastrophe waren und eine Bedrohung für die ganze weitere Existenz der Volksrepublik darstellen. Beim Ausbruch der Covid-Pandemie fanden die verschiedenen reformistischen Gruppen zusammen und bejubelten die brutalen Lockdowns der KPCh als ein Modell für die Welt. Unsere Organisation war auf diesen opportunistischen Zug aufgesprungen.

Im Gegensatz zu all diesen politischen Sackgassen und als Korrektur unseres früheren falschen Kurses bekräftigen wir in dem Artikel „Pandemie in China: Trotzismus kontra Stalinismus“ (siehe Seite 64) erneut das einzige Programm, das dem internationalen Sozialismus den Weg ebnet kann: Trotzismus. In diesem Artikel lehnen wir die Null-Covid-Politik der KPCh ab und verbinden dabei die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas mit dem Kampf für eine politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, damit deren Herrschaft durch eine internationalistische, wirklich revolutionäre Führung ersetzt wird.

Die seit Jahrzehnten größten Proteste in China, als Ende 2022 Jugendliche, Arbeiter und weite Teile der Bevölkerung gegen die anti-proletarische Null-Covid-Politik der KPCh auf die Straße gingen, haben unsere revolutionäre Linie gegen die stalinistische Bürokratie machtvoll bestätigt. Unser Artikel sagte auf Grundlage des trotzkistischen Verständnisses von der Bürokratie voraus, dass „sich die Bürokratie, wenn sich die katastrophalen Folgen ihrer Politik auf türmen, durchaus gezwungen sehen [könnte], eine Kehrtwende hinzulegen, wie sie für stalinistische Zickzacks typisch ist“. Genau das ist eingetreten. Keines der grundlegenden Probleme und Widersprüche Chinas ist gelöst und die Existenz des Arbeiterstaats bleibt weiterhin bedroht durch die verräterische Politik der stalinistischen Bürokratie: Die revolutionäre Antwort unseres Artikels ist weiterhin von akuter Dringlichkeit.

* * *

Ob Ukrainekrieg, Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Pandemie oder Verteidigung Chinas: Die unausweichliche Schlussfolgerung in all diesen Fragen ist die Notwendigkeit eines Bruchs mit dem Liberalismus und des Kampfes für eine *revolutionäre Führung*. Wir, die Internationale Kommunistische Liga, haben uns das Ziel gesetzt, diese Führung auf der Grundlage eines klaren Programms für die Errichtung einer sozialistischen Weltordnung im politischen Kampf gegen jede Form von Reformismus zu schmieden. Es wäre absurd, wenn wir beanspruchen würden, die Vierte Internationale zu sein. Wir sind zahlenmäßig noch viel zu schwach. Aber wir sind fest überzeugt, dass die in dieser *Spartacist*-Ausgabe enthaltenen Programmelemente wesentlich sind für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale – der Weltpartei der sozialistischen Revolution in unserer Zeit. ■

Die Wiederbewaffnung der Spartacist League/Britain

Verteidigung des revolutionären Programms (II)



Workers Hammer
Banner der Spartacist League/Britain vor dem Parteitag der Labour Party, Oktober 1983: „Schmeißt die Fünfte Kolonne SDP raus! Die Labour Party kann ohne CIA-Connection verrotten! Zerschlagt die NATO! Verteidigt die UdSSR!“ Mit dem Rausschmiss der rechten SDP aus der Labour Party wollten wir Tony Benns linken Flügel an die Macht bringen, um die Labour-Linken effektiver zu entlarven. Rechts: Ausgabe des Spartacist Britain proklamiert 1978 Gründung der SL/B



Die Einleitung zu dem nachfolgend abgedruckten Dokument stammt aus Workers Hammer Nr. 247 (Winter 2021/2022), Zeitung der Spartacist League/Britain, und wurde für die Veröffentlichung im Spartacist überarbeitet.

Im Folgenden sind die wichtigsten Abschnitte des Dokuments wiedergegeben, das auf der 25. Nationalkonferenz der Spartacist League/Britain einstimmig angenommen wurde. Diese historische Konferenz markierte eine scharfe politi-

sche Wende, indem sie für Britannien ein revolutionäres Programm in der Pandemie aufstellte und den jahrelangen reformistischen Kurs zurückwies, den unsere Organisation unter ihrer vorherigen Führung verfolgt hatte. Die Überschrift des Programms, „Verteidigung des revolutionären Programms (II)“, geht direkt auf das gleichnamige Gründungsdokument der SL/B zurück (abgedruckt in Spartacist Britain Nr. 1, April 1978) und verkörpert unsere Verpflichtung, das

ursprüngliche Programm der Sektion wiederzuerobern und die revolutionäre Kontinuität der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) zu verteidigen.

Mit der Veröffentlichung der IEK-Erklärung „Nieder mit den Lockdowns!“ im April 2021 (siehe Seite 23) vertraten wir eine in der Linken einzigartige klassenkämpferische Perspektive in der Pandemie, in Opposition zu Lockdowns, nationaler Einheit und dem Angriff der herrschenden Klasse auf das internationale Proletariat. Vor der Veröffentlichung dieser Erklärung hatte die IKL die Lockdowns unterstützt und damit vor der nationalen Einheit kapituliert. In der SL/B wurde diese Kapitulation durch jahrelangen Opportunismus und die Ablehnung der zentralen Grundlagen ihres revolutionären Programms vorbereitet. Dazu gehörte (war aber nicht darauf beschränkt) die Ablehnung des Kampfes für eine leninistische Avantgardepartei, als die SL/B vor Jeremy Corbyn während seiner ganzen Zeit als Vorsitzender der Labour Party kapituliert und das die Labour Party kennzeichnende Programm des parlamentarischen Sozialismus und „Klein-England“-Imperialismus übernahm. Das Konferenzdokument ist das Ergebnis eines harten Kampfes gegen das vorherige SL/B-Zentralkomitee und stellt einen entschiedenen Bruch mit dem vorherigen Kurs der Sektion dar. Es liefert unverzichtbare Elemente für das Schmieden einer revolutionären Partei in Britannien gegen die Labour-Politik, die in der britischen Linken eine Plage ist. Das Dokument war die Grundlage für die Wahl eines neuen Zentralkomitees, das sich aus einer neuen Schicht von Kadern zusammensetzt, die diesen internen Kampf führten und sich verpflichtet haben, einen trotzkistischen Kern auf den britischen Inseln zu schmieden.

Das Dokument ist unserem Genossen George Crawford gewidmet, der kurz vor der Konferenz starb und dessen lebenslanger Kampf für den Kommunismus ein Vorbild und eine Inspiration ist (siehe den Nachruf auf ihn im *Spartacist*, englischsprachige Ausgabe Nr. 67, Sommer 2022).

* * *

II. Für ein revolutionäres Programm in der Pandemie!

Die Covid-19-Pandemie hat eine weltweite Gesundheits-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise ausgelöst. In Britannien, wie in anderen Ländern, waren die letzten anderthalb Jahre eine Katastrophe für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten: über 150 000 Tote durch Covid, brutale Lockdowns, Repression, Massenentlassungen, Kurzarbeit und Zwangsurlaub, verschärfte Arbeitshetze, Schulschließungen. Die Führung der Arbeiterbewegung hat das Proletariat in dieser Krise verraten, an die Kapitalisten gekettet und an ihrer zerstörerischen Offensive mitgewirkt. Die Labour Party – von ihrem Corbyn-Flügel bis zur Starmer-Führung –, die Gewerkschaftsführer und die reformistische Linke haben alle die Lockdowns unterstützt und gemeinsam mit Johnsons Tory-Regierung nationale Einheit und Klassenzusammenarbeit gepredigt. Die Labour Party setzte in Städten ganz Britanniens Lockdowns durch und ist direkt verantwortlich für Verzweiflung und Elend in der arbeitenden Bevölkerung. Die Position der pseudo-marxistischen Linken in Britannien – Socialist Workers Party, Socialist Party, Communist Party

of Britain, Socialist Appeal, Revolutionary Communist Group usw. – war es, nicht nur die Lockdowns zu unterstützen, sondern sich sogar für härtere und längere Lockdowns nach dem australischen Modell von Zero Covid stark zu machen. Jeder Anspruch dieser Reformisten, für irgendetwas zu kämpfen, das in der Pandemie im Interesse der Arbeiterklasse wäre, ist angesichts ihrer Unterstützung für die Lockdowns eine reine Farce.

Diese Konferenz weist den Antrag des Zentralkomitees der SL/B vom Juni 2020 zurück, der eine Kapitulation vor der nationalen Einheit der Regierung war, indem er die Lockdowns unterstützte. Dieser Antrag wurde mit dem Argument begründet, „in Ermangelung sinnvollerer Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit hat dieser [Lockdown] eine gewisse Wirkung hinsichtlich des äußerst minimalen Ziels, die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen“. Das heißt die moralische Erpressung der Bourgeoisie zu akzeptieren, die vorschreibt, dass die Unterstützung der arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung die einzige Möglichkeit ist, die öffentliche Gesundheit zu schützen. Damit wurden auch Illusionen geschürt, dass der bürgerliche Staat ein Instrument zum Schutz der Bevölkerung sei und nicht ein Gewaltapparat zur Unterjochung des Proletariats.

Nur durch Klassenkampf gegen die Bosse und den Staat kann die Arbeiterklasse ihre Gesundheit wirklich schützen und die sozialen Ursachen der Krise bekämpfen. Lockdowns sind reaktionäre Gesundheitsmaßnahmen, die diesen Kampf in jeder Hinsicht behindern. Sie haben nicht nur verheerende soziale Auswirkungen, sondern entwaffnen auch die Arbeiterklasse und ketten sie an die Bourgeoisie.

Wir sind gegen die Lockdowns auf Grundlage eines *revolutionären* proletarischen Programms. Jede andere Grundlage für die Ablehnung der Lockdowns, sei es auf wissenschaftlicher, bürgerrechtlicher, verschwörungstheoretischer oder rein gewerkschaftlicher Grundlage, ist einfach eine Unterstützung alternativer bürgerlicher Programme zur Bewältigung der Pandemie. Revolutionäre wollen nicht die Klassengegensätze versöhnen, sondern die Krise dazu nutzen, den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie voranzutreiben. Wenn die Pandemie eines deutlich zeigt, dann dies, dass die kapitalistische Klassenherrschaft völlig bankrott ist und nicht einmal ansatzweise den Bedürfnissen der Massen gerecht werden kann. Die Arbeiterklasse muss *jetzt* für ihre Interessen kämpfen, angefangen bei den ganz minimalen und grundlegendsten Bedürfnissen. Doch damit dieser Kampf erfolgreich ist, muss er mit dem Kampf für die internationale sozialistische Revolution verbunden werden.

Die Führung der Arbeiterbewegung in Britannien ist Fahnenträger für die Kampagne der herrschenden Klasse für nationale Einheit und plappert deren Parolen nach: „Bleibt zuhause! Schützt den NHS! Rettet Leben!“ Jeder weiß, dass die Tories den NHS [National Health Service] nicht retten wollen und gerne zulassen, dass sich „die Leichenberge auftürmen“. Nur durch die Komplizenschaft der Arbeitverräter konnte die Bourgeoisie den Arbeitern die Lüge auftischen, dass es in der Pandemie ein über allen Klassen stehendes gemeinsames Interesse gibt.

In dieser Krise sind wie zu allen Zeiten die Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Proletariats *unvereinbar*. Die Arbeiter haben offensichtlich ein Interesse daran, sich und ihre Familien vor einer gefährlichen Krankheit zu schützen, aber sicherere Arbeits- und Lebensbedingungen können

nur *gegen* die Bosse und die Regierung erkämpft werden, nicht durch Zusammenarbeit mit ihnen. „Den NHS schützen“ kann man nicht dadurch, dass man sich auf diejenigen verlässt, die den NHS zugrunde gerichtet haben: die Tories, Labour und die kapitalistischen Parasiten.

Hinter ihren wohlklingenden Losungen verfolgt die Bourgeoisie ihre eigenen Klasseninteressen. Sie will die Ausbreitung des Virus eindämmen, weil es schlecht fürs Geschäft ist. Sie tritt dafür ein, zur Rettung des NHS zuhause zu bleiben, weil das eine billige Möglichkeit ist, den völligen Zusammenbruch des heruntergekommenen Gesundheitssystems abzuwenden. Die Arbeiterklasse hat großes Interesse daran, den NHS zu verteidigen und für ein Gesundheitsversorgungssystem von höchster Qualität zu kämpfen, besonders in einer Pandemie. Doch um *ihre Interessen* voranzutreiben, muss sie die ideologische Erpressung durch die Bourgeoisie abschütteln, die jeden Kampf gegen ihre Herrschaft als eine gefährliche Bedrohung der öffentlichen Gesundheit darstellt.

Die völlige Unterwürfigkeit der Labour Party und der Gewerkschaftsbürokratie während der Pandemie hat bedeutet, dass die Wut gegen die Regierung, besonders gegen ihre brutalen Lockdowns, nur einen nicht-proletarischen, amorphen und heterogenen Ausdruck gefunden hat. Im Frühjahr und Sommer 2021 kam es in London zu Massendemonstrationen gegen Lockdowns mit Losungen für „Demokratie“, „individuelle Rechte“ und „medizinische Freiheit“. Die Regierung, die Medien und der Sumpf von Labour-Unterstützern haben alle gemeinsam diese Demonstrationen verurteilt, und jeden, der gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie ist, als zwangsläufig reaktionär dargestellt.

Solche Bewegungen haben zwar ein völlig bürgerliches Programm, doch angetrieben werden sie durch die berechtigte Wut auf die Regierung. Wir müssen das regierungsfreundliche propagandistische Sperrfeuer gegen diese Demonstrationen sowie ihre Unterdrückung verurteilen. Unser Ziel bei den Interventionen in solche Bewegungen ist es, die Gegner der verheerenden Regierungsmaßnahmen für das Programm des Kommunismus zu gewinnen, indem wir sie von der bürgerrechtsbewegten, verschwörungstheoretischen und manchmal reaktionären Politik dieser Bewegungen wegbrechen.

Aufgrund fehlender Polarisierung entlang von Klassenlinien während der Pandemie sind die Fragen von Impfung und Impfpflicht zu wichtigen gesellschaftlichen Themen geworden. Auf der einen Seite in dieser Debatte stehen diejenigen, die alles unterstützen werden, was die Regierung im Namen der Erhöhung der Impfrate tut; auf der anderen Seite stehen diejenigen, die gegen jeden Eingriff in die Bürgerrechte, gegen jede Form von Impfpflicht und manchmal gegen die Impfstoffe selbst sind. Als Kommunisten lehnen wir beide Seiten ab. Wir wollen diese von der Regierung vorangetriebene Polarisierung durchbrechen, indem wir eine Klassenachse aufzeigen. Unser Leitprinzip sind *die Interessen der Arbeiterklasse*.

Es ist im Interesse der Arbeiterklasse, dass jeder auf der Welt gegen Covid-19 geimpft wird. Wir sind für eine Impfpflicht, d.h. dass man gezwungen wird, einen Pikser in den Arm zu bekommen. Es ist kein demokratisches Recht, die Impfung zu verweigern und das Virus zu verbreiten. Aber wir sind gegen die Durchsetzung durch eine Politik, im Namen der Impfung *die Arbeiterklasse anzugreifen*. Wir sind dagegen, dass die Regierung NHS-Arbeiter oder andere Arbeiter feuert, weil sie nicht geimpft sind. Massenentlassungen sind



Wiktor Szymanowicz/AP

London, 29. Mai 2021: Wütender Massenprotest gegen zerstörerische Auswirkungen der Regierungs-Lockdowns wurde vom Labour-Sumpf als reaktionär angeprangert

ein Angriff auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften; wir lehnen sie ab, egal aus welchem Grund. Wir sind auch gegen Impfpässe, die jede Bewegung der Bevölkerung kontrollieren und jeden Kneipenangestellten und Ladenbesitzer in einen Hilfsbullen verwandeln würden.

Trotzkisten kontra Reformisten

Die Pandemie hat zwei zentrale Wahrheiten gezeigt: 1.) dass die Bourgeoisie vollkommen reaktionär ist und nicht einmal ansatzweise die Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigen kann, sondern gestürzt und durch die Herrschaft der Arbeiter ersetzt werden muss; 2.) dass die jetzige Führung der britischen Arbeiterklasse – in den Gewerkschaften und der Labour Party – vor der Bourgeoisie und der Regierung völlig auf dem Bauch liegt. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, den klassenbewussten Arbeitern und Jugendlichen, die eine Alternative suchen, deutlich zu zeigen, dass alle selbsternannten sozialistischen Gruppen in Britannien die *gleiche* grundlegende Politik haben wie die Labour-Verräter und die Arbeiterklasse immer wieder verraten. Um dies zu entlarven, bieten wir Punkt für Punkt eine programmatische Gegenposition zu den reformistischen Linken in einigen der aktuellen Schlüsselfragen.

a. Die Gesundheitsversorgung ist jetzt noch erbärmlicher als vor der Pandemie, die Wohnungssituation ist so schlimm wie eh und je und das Schulsystem liegt in Trümmern. Die Arbeiterbewegung muss dafür mobilisiert werden, für *ein massives Programm öffentlicher Arbeiten* zu kämpfen, *um neue Schulen, günstige preiswerte Wohnungen von guter Qualität und eine Infrastruktur für die Gesundheitsversorgung zu bauen!* Um sofort für Schulen, Gesundheits-

einrichtungen und Wohnungen die Gelder, Grundstücke und Gebäude zu beschaffen, *beschlagnahmt das Vermögen der Monarchie und der Kirche!* Um den NHS zu finanzieren, um Britannien wieder zu industrialisieren und eine Planwirtschaft aufzubauen, *enteignet die Banker und Industriellen!* Diese Forderungen sind völlig entgegengesetzt zu der Fantasie der reformistischen Linken, dass die Bedürfnisse der Arbeiter durch die parlamentarische Wahl einer linken Labour-Regierung befriedigt werden, die „die Reichen besteuern“ und die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ verstaatlichen wird.

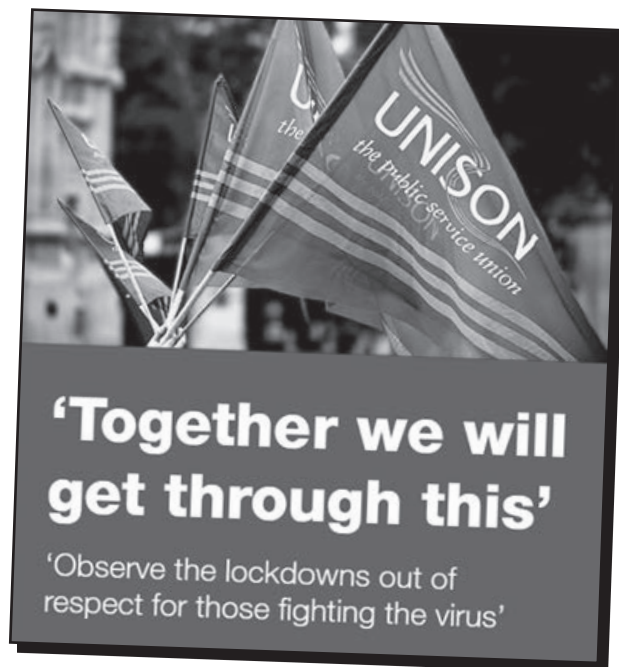
Die Bosse werden nicht durch Wahlen entmachtet oder schrittweise enteignet, und die Monarchie wird nicht durch ein Gesetz im Parlament Ihrer Majestät abgeschafft. Wenn Labour den kapitalistischen Staat verwaltet, ist das eine bürgerliche Regierung. Die Arbeiterklasse braucht eine *Arbeiterregierung*, d.h. die *Diktatur des Proletariats*, um die Bourgeoisie zu *enteignen* und *den Widerstand* der Ausbeuter zu *brechen*, nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917.

- b. Die Bourgeoisie führt massive Angriffe auf die Arbeitsbedingungen durch: NHS-Arbeiter kriegen von den Tories Lohnkürzungen verpasst, die Inflation galoppiert. Löhne sind miserabel und Millionen arbeiten in Teilzeit und prekären Jobs. Die Gewerkschaften müssen dringend *die Unorganisierten organisieren* und für eine *kräftige an die Inflation gekoppelte allgemeine Lohnerhöhung* kämpfen! Weg mit den Null-Stunden-Verträgen! Gegen Überarbeitung und Arbeitslosigkeit müssen Gewerkschaften für die *30-Stunden-Woche* kämpfen, *die wie 40 bezahlt wird*, um die Arbeit auf alle Hände aufzuteilen. Für gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen! Gegen die von den Bossen geförderten rassistischen Trennungen müssen die Gewerkschaften für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* kämpfen, um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft zu vereinen.

Kommunisten kämpfen für den Aufbau von Fraktionen in den Gewerkschaften auf Grundlage des vollen Übergangsprogramms, indem sie die unmittelbarsten ökonomischen Forderungen mit der Notwendigkeit einer Arbeiterregierung verbinden. Im Gegensatz dazu besteht das Programm der britischen Pseudo-Sozialisten in den Gewerkschaften darin, links tönende Bürokraten wie Sharon Graham [Unite] gegen rechte zu unterstützen und für ein Minimalprogramm von Reformen und Gewerkschaftsmilitanz einzutreten.

Alle Flügel der Gewerkschaftsbürokratie haben sich einem Programm von Klassenzusammenarbeit verschrieben: Sie wollen die Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeiterklasse neu verhandeln, während sie die kapitalistische Klassenherrschaft aufrechterhalten. Den Reformisten, deren gesamte Perspektive darin besteht, Druck auf die jetzige pro-kapitalistische Arbeiterbürokratie auszuüben, stellen wir die Notwendigkeit entgegen, eine neue *revolutionäre* Führung der Arbeiterklasse aufzubauen. Wir sagen: *Raus mit den Arbeiterbürokraten, linken und rechten! Für eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften!*

- c. Während der ganzen Pandemie haben alle Pseudo-Revolutionäre die Lüge gepredigt – genau wie die Gewerkschaftsführer –, dass der kapitalistische Staat dazu da ist,



Arbeiterveräter unterstützen Angriffe der Kapitalisten auf das Proletariat. In der Pandemie waren sie für die Lockdowns und mobilisierten Gewerkschaftsmitglieder hinter „nationaler Einheit“ der Bourgeoisie. Losung der UNISON-Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes: „Zusammen stehen wir das durch – Befolgt die Lockdowns aus Respekt vor denen, die gegen das Virus kämpfen“

die Arbeiter zu schützen. Ihr Programm zum Schutz der Gesundheit und der Arbeitssicherheit bestand darin, für härtere und längere Lockdowns, für mehr Betriebs- und Schulschließungen und für striktere Sicherheitsregeln und Covid-Richtlinien einzutreten, die von den Gesundheitsagenturen der Bosse durchgesetzt werden. *Das ist selbstmörderisch und ein Verrat an sozialistischen Prinzipien!*

Gewerkschaften sind die elementaren Verteidigungsorganisationen des Proletariats. Ihr Zweck ist es, die Arbeiter am Arbeitsplatz zu verteidigen, und nicht, dafür zu kämpfen, sie nach Hause zu schicken! Gewerkschaften müssen jetzt für *gewerkschaftliche Kontrolle über Gesundheit und Arbeitssicherheit* kämpfen! Die Gewerkschaften, *nicht* der kapitalistische Staat, sollen entscheiden, welche Arbeitsbedingungen sicher sind. Pseudo-Sozialisten reden immer von „Arbeiterkontrolle“ über die Arbeitssicherheit oder die Produktion. Aber wenn „Arbeiterkontrolle“ nicht auf der Klassenunabhängigkeit des Proletariats, der unversöhnlichen Opposition zum kapitalistischen Staat und einem Programm für die proletarische Macht beruht, läuft „Arbeiterkontrolle“ auf Arbeitermanagement *in Partnerschaft* mit den Kapitalisten und ihrem Staat hinaus, d.h. auf institutionalisierte Klassenzusammenarbeit.

Der kapitalistische Staat ist der bewaffnete Arm der Kapitalisten. Er existiert, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erzwingen, nicht um sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen! Revolutionäre kämpfen für die *völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Bossen und dem kapitalistischen Staat! Polizei, Sicherheitspersonal und Gefängniswärter raus aus den Gewerkschaften!*

d. Während die Arbeiterbewegung am Boden liegt – dank ihrer verräterischen Führung –, verstärken die britischen Imperialisten ihre Plünderungen in anderen Ländern. Um ihre Position zu stärken und die Wut von sich abzulenken, wiegeln sie die arbeitende Bevölkerung gegen China auf. *Der Feind der britischen Arbeiter sind die britischen Kapitalisten!* Die Opposition gegen den britischen Imperialismus wirft ganz klar die Notwendigkeit auf, *China* gegen den sich verschärfenden konterrevolutionären Kriegskurs der Imperialisten zu *verteidigen*. China ist ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat und das internationale Proletariat muss *die Errungenschaften von Chinas sozialer Revolution von 1949 verteidigen!* Um diese Errungenschaften zu verteidigen und auszuweiten, kämpfen Trotzlisten für eine proletarische politische Revolution zum Sturz der parasitären stalinistischen Bürokratie. Aber *alle* Pseudo-Sozialisten in Britannien lehnen diese Perspektive ab.

Während einige Stalinisten die reaktionäre Bürokratie der Kommunistischen Partei Chinas unterstützen, schlagen die Sozialdemokraten und Pseudo-Trotzkisten die Trommel für das Programm der britischen und US-Imperialisten für eine kapitalistische Konterrevolution, indem sie über den „chinesischen Imperialismus“ herziehen und für „Demokratie“ und „Menschenrechte“ agitieren. Unter den gleichen Schlagwörtern forcierten die Imperialisten ihre Kampagne für die kapitalistische Konterrevolution, die die UdSSR zerstört hat, eine niederschmetternde Niederlage für das Weltproletariat, die *alle* Pseudo-Trotzkisten bejubelten. Jetzt machen sie das Gleiche mit China, Nordkorea und allen übrigen deformierten Arbeiterstaaten. *Nieder mit dem britischen Imperialismus und allen seinen Bündnissen! Nieder mit der NATO! Nieder mit AUKUS! Spendet die Trident-Raketen an Nordkorea!*

e. Die Labour Party hat während der Pandemie einmal mehr ihre völlige Unterwürfigkeit gegenüber der kapitalistischen Herrschaft gezeigt. Von Starmer's rechtem Flügel bis zum linken Flügel der Corbyn-Anhänger, sie *alle* haben die Arbeiter verraten und sind Johnsons Tory-Regierung eine entscheidende Hilfe gewesen. Die Arbeiter brauchen eine neue, revolutionäre Partei, die als Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale für Arbeiterherrschaft kämpft. Die Pseudo-Marxisten in Britannien sind ein politisches Hindernis dafür. Seit über einem Jahrhundert besteht ihre ganze Strategie darin, den linken Labour-Flügel dazu zu drängen, ein sozialistisches Programm anzunehmen. Dies tun sie entweder innerhalb der Labour Party (wie Socialist Appeal, falls sie nicht rausgeworfen werden) oder außerhalb der Partei (wie die Socialist Party, deren Strategie es ist, ein neues massives reformistisches Hindernis für die Revolution aufzubauen). Das hat nur zu Niederlagen und Verrat geführt.

Von [Nye] Bevan über [Tony] Benn bis Corbyn führt das *bürgerliche Programm* der Labour-Linken zur Verwaltung des kapitalistischen Staats in Britannien zwangsläufig zum Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse: Das ist die zentrale Lehre aus Corbyns Rolle als Vorsitzendem. Gegen die Reformisten, die Illusionen in die Labour-Linke schüren, müssen Revolutionäre auf der Grundlage eines *revolutionären Programms* die Arbeiterklasse von

Labour – den Rechten und den Linken – *wegbrechen*, um eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen.

III. Leninistische Avantgardepartei kontra „Breite Kirche“ à la Corbyn

Nach Corbyns katastrophalem Abschneiden bei den Wahlen 2019 übernahm Sir Keir Starmer den Vorsitz von Labour. Inmitten von Starmer's Kampagne, mit dem Erbe seines Vorgängers zu brechen, steckt die Labour-Linke fest im Sumpf ohnmächtiger Selbstfindung darüber, „was schiefgelaufen ist“. Indem sie ihre Hoffnung auf eine radikalere Version von Corbyns Politik setzt, auf den Aufbau einer neuen reformistischen Labour-Massenpartei oder auf Bürokraten, die linke Sprüche klopfen, und auf Gewerkschaftsmilitanz, recycelt sie nur abgedroschene Mythen der Labour-Politik. Nur der Leninismus kann Arbeitern und Jugendlichen, die von Corbyn enttäuscht und desillusioniert sind, einen Weg nach vorne weisen. Die durch die Pandemie ausgelöste gegenwärtige soziale Krise und die völlige Unterwürfigkeit der Labour Party, der Gewerkschaftsführer und der reformistischen Linken gegenüber den Angriffen der Kapitalisten machen es zu einer noch dringlicheren Aufgabe, ein revolutionäres Programm für die britischen Inseln aufzustellen. Doch um das zu tun, muss die SL/B ihre Kapitulation vor der Labour Party zurückweisen.

Wie die SL/B ihre strategische Aufgabe ablehnte

Die Wahl von Corbyn zum Führer der Labour Party 2015, nachdem die Blair-Anhänger jahrzehntelang die Partei dominiert hatten, markierte eine scharfe Wende nach links und bedeutete eine erhebliche Veränderung in der politischen Landschaft Britanniens. Im Laufe seiner fast fünf Jahre an der Spitze von Labour leistete Corbyn der herrschenden Klasse in Britannien unschätzbare Dienste. Er hat die Arbeiterklasse verraten, indem er gegen den Brexit auftrat, und die riesige soziale Unzufriedenheit, die durch jahrzehntelange Angriffe verursacht wurde, hat er mit Erfolg vom Klassenkampf weg in die Sackgasse von Wahlkämpfen kanalisiert. Seine Führung war gekennzeichnet durch die ständige Beschwichtigung der Blair-Anhänger – trotz deren endloser Intrigen, ihn zu stürzen – und durch eine Zurückweisung praktisch jeder Position, die ihn überhaupt erst populär gemacht hatte.

Die Erfahrung mit Corbyn war eine einzigartige Gelegenheit für Kommunisten, den völligen Bankrott linker Labour-Politik aufzuzeigen und die Notwendigkeit einer leninistischen Partei zu motivieren. Stattdessen verbrachte die SL/B fünf Jahre damit, vor Corbyn zu kapitulieren. Diese Konferenz weist jeden Artikel über Jeremy Corbyn zurück, der im *Workers Hammer* in den Ausgaben Nr. 232 bis Nr. 246 erschienen ist (Herbst 2015 bis Frühjahr 2020).

Die Kampagne von Corbyn 2015, Vorsitzender zu werden, schuf massive Illusionen, da sie sie sich gegen Blairs jahrelange Politik von Austerität und imperialistischem Krieg brachte. In diesem Zusammenhang war es durchaus angebracht, die Taktik der kritischen Unterstützung anzuwenden. Allerdings ist jede Taktik notwendigerweise der Gesamtstrategie untergeordnet. 1982 gab die SL/B rückblickend Tony

Benn kritische Unterstützung mit der Losung „Labour kann ohne die CIA-Connection verraten“. Wir erklärten:

„Die Situation gebot, dass eine trotzkistische Propagandagruppe, die Labours proletarische Basis für ein **revolutionäres** Programm von ihren prokapitalistischen Irreführern zu brechen sucht, Tony Benn hätte kritische Unterstützung gewähren sollen - um die Spaltung, die mit der Bildung der SDP begonnen hatte, zu vertiefen und zu Ende zu führen, **den ganz offensichtlich proimperialistischen, mit der CIA verbundenen rechten Flügel hinauszutreiben** und Benn an die Position zu stellen, wo seine linksreformistische Politik noch wirksamer bloßgestellt und bekämpft werden könnte.“

– „Kalter Krieg in der Labour Party“

(Spartacist Britain Nr. 41, April 1982, übersetzt in Spartakist Nr. 45, Oktober 1982)

Während unsere taktische Haltung 1982 aus unserem Ziel hervorging, die Basis von Labour auf der Grundlage eines revolutionären Programms von der Führung abzuspalten, beruhte dagegen die Intervention der SL/B gegenüber Corbyn ausdrücklich auf der Ablehnung dieser Aufgabe.

Aufgrund der Intervention der Internationale charakterisierte die Nationalkonferenz der SL/B im Mai 2015, ein paar Monate bevor Corbyn für den Vorsitz kandidierte, Labour zwar nicht als eine bürgerliche Partei. Doch wurde immerhin in Bezug auf Labour eine Änderung im Programm festgeschrieben. Im Konferenzdokument hieß es: „Seit der Zeit, als dieser Antrag [von 2002, der die Politik von Blair charakterisierte] angenommen wurde, gab es in unserer Propaganda nicht mehr den Aufruf, die Basis von der Führung der Labour Party abzuspalten – **was zuvor** für unsere Perspektive, eine revolutionäre Arbeiterpartei in Britannien aufzubauen, **von strategischer Bedeutung war**“ (veröffentlicht in WH Nr. 231, Sommer 2015, unsere Hervorhebung).

Indem die SL/B erklärte, die Spaltung der Basis von der Führung sei „zuvor“ von strategischer Bedeutung gewesen, lehnte sie offen den einzigen Weg ab, eine revolutionäre Partei in Britannien aufzubauen. Diese Konferenz weist diese Erklärung zurück und bekräftigt erneut, dass Labour eine bürgerliche Arbeiterpartei ist und dass es von strategischer Bedeutung für den Aufbau einer revolutionären Partei in Britannien ist, die Arbeiterbasis von ihrer pro-kapitalistischen Führung zu spalten auf der Grundlage eines revolutionären Programms, wie es in „Revolutionäre und die Labour Party“ kodifiziert ist (Spartacist, englischsprachige Ausgabe Nr. 33, Frühjahr 1982).

Als Corbyn Mitte 2015 auf den Plan trat, zielte die „Taktik“ der SL/B und ihr Aufruf „Treibt den Blair-Flügel hinaus“ nicht darauf ab, die Widersprüche innerhalb von Labour entlang der Klassenlinien zu verschärfen bis hin zur Spaltung. Es wurde zur strategischen Perspektive, Labour als bürgerliche Arbeiterpartei „wiederzubeleben“. Deutlich wurde das in unseren wiederholten Behauptungen, die Vertreibung der Blair-Anhänger wäre der Gründung der Labour Party im 20. Jahrhundert ähnlich. Unser Mantra wurde: „Eine Spaltung mit dem rechten Flügel würde einen Schritt hin zur politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse darstellen“, und:

„Die Spaltung innerhalb der Labour Party spiegelt die zwei entgegengesetzten Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft wider“ (siehe alle Ausgaben von WH aus der Zeit 2015-17, angefangen mit Nummer 232). Mit anderen Worten, die Blair-Anhänger hinauszutreiben wäre ein Schritt dahin, dass das Proletariat nicht mehr politisch der Bourgeoisie untergeordnet ist.

Damit wird Corbyn als Verfechter eines authentischen proletarischen Programms dargestellt und das leninistische Verständnis abgelehnt, dass beide Flügel der Labour Party ein bürgerliches Programm haben. Die SL/B war weit davon entfernt, jederzeit „strikte **programmatische** Unabhängigkeit von **allen** Flügeln der Labour-Bürokratie“ („Revolutionäre und die Labour Party“) aufrechtzuerhalten, sondern hat das Programm eines Flügels gegen den anderen **politisch unterstützt**.

Als Grund für die Unterstützung Corbyns gab die SL/B im Wesentlichen an, dass die Blair-Anhänger sich qualitativ von früheren rechten Fraktionen in der Labour Party unterscheiden. Die SL/B stellte die Blair-Anhänger so dar, als hätten sie nicht mehr den Widerspruch zwischen ihrem bürgerlichen Programm und ihrer wesentlichen Verbindung zur Arbeiterklasse, sondern einen **rein** bürgerlichen Klassencharakter, obwohl sie in der Labour Party sind. Das ist einfach falsch; Blair war nicht der erste Labour-Führer, der sich von der Arbeiterbasis der Partei trennen wollte (was etwas anderes ist, als dazu in der Lage zu sein). Das bürgerlich-liberale Programm von Labour bedeutet, dass die Spitzen andauernd in Konflikt geraten mit ihrer Arbeiterbasis, die gleichzeitig die Quelle ihrer Macht ist und ein Hindernis ihrer bürgerlichen Ambitionen.

Das Wichtigste ist, dass diese Charakterisierung der Blair-Politik eine theoretische Rechtfertigung für einen permanenten Block mit der Labour-Linken gegen die Rechte war. Es ist ein klassisches Beispiel des reformistischen Programms „Die Linken zum Kämpfen bringen“ und ein Bruch mit der programmatischen Kontinuität der SL/B. Das Gründungsdokument der SL/B von 1978, „Verteidigung des revolutionären Programms“, ist eine direkte Polemik gegen die Herangehensweise der SL/B an Corbyn:

„Die zentrale Strategie der Führung [der Workers Socialist League (WSL)] in Bezug auf die existierenden Führer der



Eine historische und theoretische Darstellung von Lenins Kampf für eine revolutionäre Avantgardepartei (zuerst 1978 auf Englisch erschienen)

1,50 € (56 Seiten)

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin



J. Steinberg

Arbeiterklasse lässt sich mit dem Spruch ‚Die Linken zum Kämpfen bringen‘ zusammenfassen. Die Losung hat ihren Ursprung in einem unsinnigen Konzept, wonach die Labour Party in zwei ganz unterschiedliche Flügel zerfällt, einen linken und einen rechten, die von der Führung gewissermaßen als Vertreter des Proletariats bzw. der Bourgeoisie angesehen werden. Daher die ‚kritische‘ Unterstützung für die ‚Linken‘. Anstatt eine Alternative für den wiederholten Verrat der Rechten zu bieten, dient die Losung ‚Die Linken zum Kämpfen bringen‘ nur dazu, den völlig verrotteten konterrevolutionären parlamentarischen Kretins in der Tribune-Gruppe durch unsere Autorität eine ‚linke‘ Glaubwürdigkeit zu verleihen und somit die politische Entwicklung der Arbeiterklasse an einen Flügel der Sozialdemokratie zu ketten.“

–*Spartacist Britain* Nr. 1 (April 1978)

Dass die SL/B in einem *permanenten* Block mit Corbyn war, zeigt sich am klarsten durch ihre Unterstützung für ihn bei seiner zweiten Kandidatur zum Vorsitz, *nachdem* er für den Verbleib in der EU aufgetreten war (siehe „Lasst Jeremy Corbyn die Labour Party führen“, *WH* Nr. 236, Herbst 2016). Corbyn hat die Arbeiterklasse in *der* damals entscheidenden politischen Frage verraten, aber für die SL/B war die Unterstützung Corbyns gegen die Blair-Anhänger wichtiger als ihre „prinzipienfeste“ Opposition gegen den Imperialismus. Das war eine völlige Kapitulation.

Es liegt in der Natur von Labour, dass der linke Flügel den rechten beschwichtigt, und es ist völlig angemessen, die Linke bloßzustellen, wenn sie die Einheit über ihre „Prinzipien“ stellt. Der Zweck der Aufrufe von Revolutionären wie „Treibt die Blair-Anhänger hinaus“ und „Treibt die fünfte Kolonne SDP hinaus“ (*Spartacist Britain* Nr. 52, September 1983) liegt darin, konkret zu zeigen, wie das Programm linker Labour-Politik notwendigerweise zu Beschwichtigung und Kapitulation führt. Unser Ziel ist es, die linken Labour-Unterstützer zu *entlarven*, und nicht, *Druck* auf sie *auszuüben*, damit sie bessere Politik betreiben („Die Linken zum Kämpfen bringen“). 1982/83 wollten wir „die ‚Linken‘ von Labour um Benn/Meacher an die Macht bringen, *wo sie am besten vor den Arbeitern entlarvt werden können!*“ (*Spartacist Britain* Nr. 52, unsere Hervorhebung).



Der Spiegel

Blutlinie zwischen Kommunismus und Reformismus. Links: Im März 1919 wurde die Dritte Internationale gegründet, um den Kampf für Arbeiterrevolutionen weltweit zu führen. Oben: SPD-Führer Gustav Noske inspiziert Freikorps-Truppen, April 1919. Er entfesselte diese konterrevolutionären Schlächter, um die aufständischen Arbeiter zu massakrieren und die kommunistischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ermorden

Es kommt wesentlich darauf an, jederzeit darüber klar zu sein, dass unser Ziel eine leninistische Partei mit einem revolutionären Programm ist und nicht eine Labour Party ohne den rechten Flügel. In den 1980er-Jahren machte es die SL/B glasklar: Eine Spaltung von Denis Healy & Co. „wäre nicht *unsere* Spaltung; eine Labour Party ohne Denis Healy wäre nicht *unsere* Partei; aber es wäre eine gute Sache für die Arbeiterklasse, wenn der harte NATO/CIA-freundliche rechte Flügel aus der Arbeiterbewegung hinausgejagt würde“ (*Spartacist Britain* Nr. 52). Aber im Fall von Corbyn stellte die SL/B, genauso wie die übrige Linke, eine Spaltung mit den Blair-Anhängern als das oberste Ziel dar.

Damit warf die SL/B das leninistische Konzept der Avantgardepartei über den Haufen. Das zeigt sich klar darin, wie die SL/B die Art von Partei, für die wir kämpfen, der Partei von Corbyns „Breiter Kirche“ (entspricht dem kautskyanischen Konzept der Partei der Gesamtklasse) entgegenstellte. Der einzige Einwand, der gegen die „Breite Kirche“ vorgebracht wurde, ist, dass damit die Blair-Anhänger und rückständige Elemente beschwichtigt werden. „Unter den heutigen Bedingungen bedeutet die Wiederherstellung der ‚Breiten Kirche‘, dass Corbyns Unterstützer Seite an Seite mit den Blair-Anhängern koexistieren, auch mit Tony Blair selber, den viele als Kriegsverbrecher im Irak ansehen“ („Corbyns Erdrutschsieg, Gegenschlag der Blair-Anhänger“, *WH* Nr. 232, Herbst 2015). Die SL/B verwandelte praktisch die leninistische Opposition gegen die Partei der Gesamtklasse in eine weitere Version von „Die Linken zum Kämpfen bringen“.

Leninisten sind gegen die „Breite Kirche“, weil der *revolutionäre Flügel* dem *reformistischen Flügel* untergeordnet wird, nicht aus dem Grund, dass die sozialdemokratische Linke durch die sozialdemokratische Rechte behindert wird. Daher bedeutet für Leninisten der Kampf gegen die „Breite Kirche“ der Labour-Unterstützer nicht, Corbyns Beschwichtigung der Blair-Anhänger zu bekämpfen. Es bedeutet, gegen subjektive Revolutionäre (zum Beispiel die SL/B) zu kämpfen, die eine Einheit mit Corbyn predigen.



Getty-Fotos

Labour-Regierung unter Major Clement Attlee, heute von Reformisten als Vorbild gefeiert, führte konterrevolutionären Krieg in Korea als Juniorpartner im antisowjetischen Kalten Krieg des US-Imperialismus. Rechts: Britisches Gloucestershire-Regiment in Korea 1951

Lenin brach mit dem Konzept der „Partei der Gesamt-klasse“ durch das Verständnis, dass die opportunistische Tendenz in der Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg, ebenso wie die Sozialchauvinisten im Krieg, eine materielle Basis hatte in „einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlicher Mitläufer“, die von den Imperialisten ein paar „Brocken“ erhielten. Daraus zog Lenin den Schluss: „*Es ist lächerlich, jetzt noch den Opportunismus für eine Erscheinung im Innern unserer Partei zu halten*“; und:

„Die Einheit mit den Sozialchauvinisten ist die Einheit mit der ‚eigenen‘ nationalen Bourgeoisie, die andere Nationen ausbeutet, ist die Spaltung des internationalen Proletariats. Das bedeutet nicht, dass die Abspaltung von den Opportunisten überall sofort möglich sei, es bedeutet nur, dass sie historisch herangereift, für den revolutionären Kampf des Proletariats notwendig und unumgänglich ist, dass die Geschichte, die vom ‚friedlichen‘ zum imperialistischen Kapitalismus geführt hat, diese Spaltung vorbereitet.“

– „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ (Januar 1916)

Corbyn ist ein traditioneller parlamentarischer Reformist und steht ganz in der Tradition des opportunistischen Flügels der Zweiten Internationale. Die grundlegende Lehre des Leninismus in der Parteifrage besteht darin, dass sich der revolutionäre Flügel von dem opportunistischen Flügel der Arbeiterbewegung abspalten muss: eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Revolution. Das bedeutet, dafür zu kämpfen, die Labour Party entlang der Linie Reform kontra Revolution zu spalten, nicht rechts kontra links, Blair kontra Corbyn oder rückständig kontra progressiv, wie in den jüngsten Artikeln vom *Workers Hammer* argumentiert wurde.

In den 1980er-Jahren verfolgte die SL/B mit ihrer Taktik das Ziel, die Basis der Labour Party für das Programm des Trotzismus gegen Benns Politik zu gewinnen. Unsere Taktik diente dazu, zu zeigen, dass Benns Programm völlig ungeeignet war, irgendeine der grundlegenden Fragen anzugehen, mit denen die Arbeiterbewegung konfrontiert war,

und dass eine revolutionäre Partei mit einem revolutionären Programm notwendig war. In der Corbyn-Periode lehnte die SL/B den Kampf für eine leninistische Partei ab, was notwendigerweise Hand in Hand ging mit der Ablehnung des marxistischen Programms zu jeder anderen grundlegenden Frage der Revolution in diesem Land (Imperialismus, Staat, nationale Frage, Unterdrückung von Minderheiten usw.).

Die „Kritikpunkte“ der SL/B an Corbyn in diesen grundlegenden Fragen waren dem strategischen Ziel, ihn zu unterstützen, völlig untergeordnet. In diesem Rahmen sind die meisten Kritikpunkte einfach linke Labour-Politik; die wenigen Punkte, die mehr oder weniger „orthodox“ waren, sind völlig bedeutungslos angesichts der politischen Linie der Artikel. Um mit der Corbyn-Politik gründlich zu brechen, müssen wir jeden einzelnen zentralen Grundsatz unseres Programms in Britannien bekräftigen, was mit diesem Dokument beginnt. Es ist auch notwendig, obwohl es zurzeit unsere Kapazität für diese Konferenz übersteigt, das marxistische Programm gegen nationale Unterdrückung und ebenso unser Programm gegen Rassenunterdrückung und Unterdrückung von Immigranten in Britannien erneut zu bekräftigen.

Die Schönfärberei von 2017

Zur Zeit des internationalen Kampfes 2017 [siehe *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 31, Herbst 2017] war die SL/B auf dem Weg der politischen und organisatorischen Liquidierung so weit fortgeschritten, dass sie ihre Aktivitäten (Verkäufe, Polemiken, Abokampagne) einschränkte, weil die Führung der Ansicht war, dies würde Corbyn schaden. Schon unsere Existenz wurde im Grunde als Hindernis für den Klassenkampf behandelt (mit dem Corbyns Kampagne gleichgesetzt wurde). Zwar führte der Kampf 2017 in der SL/B dazu, den liquidatorischen Kurs in Grenzen zu halten und besonders krasse Kapitulationen zu korrigieren, aber das geschah auf der Grundlage, an dem wesentlichen

programmatischen Inhalt unserer revisionistischen Orientierung auf Corbyn *festzuhalten*. Der Brief eines Mitglieds des Internationalen Exekutivkomitees vom 8. Januar 2017, der dem Kampf eine Orientierung gab, begann mit der Aussage: „Meiner Meinung nach hat die SL/B im Allgemeinen gute Arbeit geleistet in Bezug auf Corbyn und EU/Brexit.“

Der ZK-Antrag der SL/B vom Januar 2017 beschönigte völlig die opportunistische Corbyn-Kampagne der Sektion mit der Behauptung, diese Kampagne „gründe sich darauf, die politische Unabhängigkeit gegenüber Corbyns Labour Party aufrechtzuhalten und eine programmatischen Gegenposition zu seiner linken Labour-Politik anzubieten“. Weiter hieß es, die Führung „hat unser oberstes Ziel *aus den Augen verloren*, welches nicht eine Labour Party à la Corbyn ist, sondern darin besteht, die Basis gegen die Führung zu richten, um eine revolutionäre (leninistische) Avantgardepartei zu schmieden“ [unsere Hervorhebung]. Erstens hat die Führung ihr Ziel nicht „aus den Augen verloren“, sondern es von Anfang an abgelehnt. Zweitens war die obige „orthodoxe“ Bekräftigung unseres Programms eine zentristische Vertuschung, die darauf beruhte, den durch und durch opportunistischen politischen Block mit Corbyn gegen die Blair-Anhänger zu verteidigen.

In dem Artikel „Schande über Corbyn für seine Unterstützung der EU“ (WH Nr. 238, Frühjahr 2017), der nach dem Kampf veröffentlicht wurde, wird lediglich die Behauptung aus WH Nr. 236 korrigiert, dass es einen Klassenunterschied zwischen Corbyn und Owen Smith über die EU gebe, und es wurde korrigiert, dass im WH Nr. 237 (Winter 2016/2017) Corbyns Unterstützung für den „Verbleib“ [in der EU] unter den Teppich gekehrt wurde. Jedoch wird in dem Artikel ausdrücklich an dem ganzen revisionistischen Rahmen der früheren Artikel festgehalten und erneut bekräftigt, dass es „einen Schritt hin zur politischen Unabhän-



Getty
Ramsay MacDonald (erste Reihe Mitte) mit dem Kabinett der britischen Nationalregierung 1931. MacDonald war am Anfang auch Pazifist in der Opposition...



Lindsey Parnaby/Getty

Brexit-Referendum 2016: Corbyns Kampagne für das imperialistische Kartell EU war ein Verrat an der Arbeiterklasse

gigkeit der Arbeiterklasse darstellen würde“, wenn man die Blair-Anhänger hinaustreibt.

Im Herbst 2017 gab es eine weitere Diskussion über die Labour Party. In einer Reihe von Anträgen, die auf der SL/B-ZK-Sitzung im Dezember 2017 angenommen wurden, heißt es, dass Labour eine bürgerliche Arbeiterpartei sei und nicht länger als moribund gilt, und es wurde erneut bekräftigt: „Unsere strategische Perspektive ist es, die Arbeiterbasis von Labour zu gewinnen, weg von der Parteiführung und für das Programm des revolutionären Marxismus, und eine leninistische Partei entgegengesetzt zur Labour Party aufzubauen.“ Das ist eine völlig richtige Erklärung, mit dem Ergebnis, dass die SL/B mindestens zweimal in den letzten fünf Jahren erwähnt hat, dass sie dafür kämpft, die Labour-Basis von der Führung abzuspalten. Aber diese korrekten Positionen zu bekräftigen und gleichzeitig den politischen Block der SL/B mit Corbyn gegen den rechten Flügel, ihre prinzipienlose Unterstützung für ihn bei der zweiten Wahl zum Vorsitzenden, ihren Revisionismus zur „Breiten Kirche“ usw. zu verteidigen, das war wieder eine zentristische Vertuschung.

Die Artikel, die einer Einschätzung von Corbyns Politik am nächsten kommen, sind die zwei Artikel im WH Nr. 246 (Frühjahr 2020) „Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!“ und „Wahlen 2019: Keine Wahl für Arbeiter“. Das Hauptargument in diesen Artikeln ist, dass Corbyn ein authentisches proletarisches Programm hatte, das er anschließend verriet. So steht es ausdrücklich im WH Nr. 246, wo behauptet wird, dass durch Corbyns Politik für die Einheit des Vereinigten Königreichs (Unionismus) und durch seine Kampagne für „Verbleib“ „den fast 40 Prozent der schottischen Wähler, die für Austritt stimmten, *keinerlei politische Vertretung durch die Arbeiterklasse* geblieben ist und die



Hulton-Deutsch

In *Wohin treibt England* von 1925 stellt Trotzki ein Programm für Arbeiterrevolution in Britannien auf, verurteilt scharf das pazifistische und gradualistische Programm von Labour und verräterischen Gewerkschaftsführern

SNP ein Geschenk erhalten hat“ [unsere Hervorhebung]. Dieser Aussage zufolge würde die Labour Party die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, wenn Corbyn bei seiner „Klein-England“-Opposition gegen die EU geblieben wäre und eine weniger chauvinistische Position zu Schottland gehabt hätte. Dies ist einmal mehr eine Zurückweisung des leninistischen Verständnisses, dass alle Flügel der Labour Party ein durch und durch *bürgerliches* Programm haben.

Soweit diese Artikel eine Erklärung liefern, warum Corbyn „verraten“ hat, geschieht das durch den Zirkelschluss, dass „Corbyns Loyalität zur EU in der langen Tradition des wiederholten Verrats von Labour“ steht. Wie ein Faden zieht sich durch den ganzen *WH* Nr. 246, dass Labour chauvinistisch und pro-imperialistisch ist und immer Verrat begeht. Zwar ist das an sich nicht falsch, aber es ist eine äußerst sterile Erklärung. Es erklärt nicht, warum die Labour Party immer verrät oder warum sie manchmal eine scheinbar radikale Haltung einnimmt.

Die Hauptschlussfolgerung, die der Leser aus dieser Ausgabe der Zeitung zieht, ist die, dass Corbyns Programm ursprünglich gut war, die Labour Party aber nicht das richtige Instrument war, um es umzusetzen, oder dass Corbyn persönlich zu sehr vor den Blair-Anhängern einknickte. Die andere Schlussfolgerung ist, dass man Gewerkschaftsmilitanz braucht. All dies bewegt sich völlig im Rahmen „Die Linken zum Kämpfen bringen“ und passt zu den Lehren, die die übrige Linke aus der Corbyn-Ära zieht. Demnach ist alles Mögliche für Corbyns Scheitern verantwortlich, nur nicht das, was wirklich zählt: *Corbyns Programm*.

Es ist Corbyns reformistisches Programm, das zu seinen Kapitulationen geführt hat. Anstatt dies zu entlarven, wird in den Artikeln seine reformistische Opposition gegen die EU übernommen – mit der Begründung, die EU sei „neoliberal“ und ein Hindernis dafür, dass der britische Imperialismus sozialdemokratische Politik umsetzt [siehe Seite 49: „Die labouristische Opposition der SL/B gegen die EU“]. In gleicher Weise wird in den Artikeln Corbyns Unionismus als

Ergebnis der rückständigen Vorurteile der Labour Party dargestellt, anstatt klarzumachen, dass der Chauvinismus der Labour Party gegen Schottland sich aus der Verteidigung des britischen Kapitalismus durch die Labour-Spitzen ergibt und seine zentrale Komponente darin besteht, innerhalb des reaktionären Vereinigten Königreichs die nationale Unterdrückung aufrechtzuerhalten. In diesen Artikeln geht es nicht darum, welches Programm die Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung braucht, sondern darum, welches Programm Labour braucht, um die Wahlen zu gewinnen.

Lehren aus dem Corbyn-Verrat

Von dem Moment an, als Jeremy Corbyn die Wahl zum Vorsitzenden der Labour Party gewann, bis zu seinem endgültigen Ausscheiden nach der Wahl von 2019 war es die Aufgabe von revolutionären Marxisten, im Laufe der Ereignisse konkret zu zeigen, wie Corbyns Programm von sich aus völlig unfähig war, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse anzugehen, und die Notwendigkeit einer mit einem *marxistischen Programm* bewaffneten *leninistischen Partei* zu begründen. Dies erforderte notwendigerweise ein richtiges Verständnis der Dynamik hinter Corbyns anfänglichem erstaunlichem Aufstieg und auch der Faktoren, die seinen ebenso spektakulären Zusammenbruch bewirkten. Die ersten Artikel der Spartacist League über Corbyn waren voller Begeisterung, die späteren Artikel kritisch. Aber da die Sektion nie mit ihrer Kapitulation vor der Labour-Politik brach, war sie nie in der Lage, eine programmatische Erklärung dafür zu liefern, warum Corbyn anfangs so erfolgreich war und warum er so kläglich scheiterte. Die Erklärungen, warum Corbyn „aufsässig“ war oder „kapituliert“ hat, griffen zwangsläufig auf persönliche Eigenarten und Aktionen zurück und nicht auf das Programm und die Klassenkräfte.

Corbyns Erdrutschsieg beim Rennen um die Führung von Labour 2015 überraschte jeden, auch ihn selbst. Wie konnte ein Abgeordneter, der seine ganze Karriere als unbedeutender Hinterbänkler verbracht hatte, es schaffen,

zu gewinnen? In der Arbeiterklasse und besonders an der Basis der Labour Party hatte sich gewaltige Unzufriedenheit aufgestaut über die jahrzehntelange Kahlschlagpolitik und die militärischen Interventionen. In *Wohin treibt England?* (1925) erklärte Trotzki den Grund für den Erfolg der Independent Labour Party nach dem Ersten Weltkrieg:

„Jenseits der demokratisch-pazifistischen Illusionen der Arbeitermassen ist der Klassenwille erwacht, die tiefe Unzufriedenheit mit der Lage, die Bereitschaft, ihre Forderungen mit allen Mitteln, die die Lage erfordert, zu unterstützen. Aber die Arbeiterklasse kann die Partei nur mit Hilfe jener ideologischen und persönlichen leitenden Elemente aufbauen, die durch die gesamte vorangegangene Entwicklung des Landes, durch seine ganze theoretische und politische Kultur für eine solche Aufgabe vorbereitet sind.“

Angesichts des reaktionären Charakters der letzten Jahrzehnte waren die Führer, die 2015 zur Verfügung standen, um diese Unzufriedenheit zu kanalisieren, besonders schwach und inkompetent. Weder Corbyn selbst noch sein Programm waren irgendwie außergewöhnlich; er stand einfach zufällig damals als Blitzableiter zur Verfügung, um den riesigen aufgestauten sozialen Druck zu kanalisieren.

In Abwandlung von dem, was die SL/B in „Labours Kalter Krieg“ (*Spartacist Britain* Nr. 41, April 1982) schrieb, wurde die Wahl zum Vorsitzenden 2015 zu einem großen Showdown über die entscheidenden Fragen, die die Labour Party zerrissen, wenn auch auf negative Weise ausgedrückt: gegen die Blair-Anhänger, gegen die Architekten von Militärinterventionen und Austerität. Eine Menge junger Menschen unterstützte Corbyn, entscheidend war aber, dass er auch die Unterstützung eines beträchtlichen Teils der Gewerkschaftsbürokraten gewinnen konnte. Diese wollten einerseits Druck von ihrer Basis ablassen und waren andererseits frustriert darüber, unter den Blair-Leuten keinen „Platz an der Tafel“ bekommen zu haben.

Solange Corbyn ein irrelevanter Hinterbänkler war, konnte er es sich erlauben, die Regierung wegen ihrer Austerität, ihren Atomwaffen und ihren Kriegen anzuprangern; er konnte die EU als neoliberal anprangern und Palästina gegen

den zionistischen Staat unterstützen. Sein liberal-utopisches Programm „Friede auf Erden“ und „Ende der Armut“ stellte nie eine Bedrohung dar und verschaffte in Wirklichkeit der bluttriefenden Labour-Regierung von Tony Blair ein dünnes Deckmäntelchen. Aber das änderte sich, als er zum Führer der Opposition Ihrer Majestät wurde.

In *Wohin treibt England?* erklärt Trotzki die rasche Verwandlung von Ramsey MacDonald, der von einem pazifistischen Kriegsgegner zu einem Sozialchauvinisten in der Regierung wurde und „leichte Kreuzer baut in Erwartung der Zeit, wo man schwere Kreuzer wird bauen müssen“:

„Die Unabhängige Arbeiterpartei [von MacDonald] eignete sich, wie schon gesagt, am besten für die Rolle der verantwortungslosen zentristischen Opposition, die zwar kritisiert, aber den Herrschenden keinen großen Schaden zufügt. Jedoch waren die Unabhängigen gezwungen, für eine kurze Frist eine politische Macht zu werden, und dieser Umstand hat zugleich ihre Rolle wie ihre Physiognomie verändert.“

Zwar war Corbyn nie ein Zentrist, aber dass er die Führung der Labour Party errang, hatte einen ähnlichen Charakter. In dem Moment, als er das Rennen um die Führung gewann, änderten sich seine Funktion und seine Rolle, und er begann von den Widersprüchen seiner neuen Position zerrissen zu werden.

Corbyn musste nicht nur konkrete Antworten auf die Probleme des Tages geben, sondern die Leute interessierten sich auch für seine Meinung. Vor dem Hintergrund der strategischen Abhängigkeit des britischen Imperialismus von den USA und der Kahlschlag-Offensive nach der Krise 2008 waren Corbyns Positionen zu einer Reihe von Fragen (NATO, Ukraine, „Krieg gegen den Terror“, Trident-Raketen, Verstaatlichungen) für die Bourgeoisie nicht akzeptabel. Genau das brachte ihm breite Unterstützung in der Bevölkerung und provozierte sowohl eine starke Reaktion der Bourgeoisie als auch einen andauernden Aufstand des Blair-Flügels der Partei. Die einzigen Optionen waren, der herrschenden Klasse frontal entgegenzutreten oder zu kapitulieren. Aber gerade weil Corbyns bürgerliches Programm nicht von den



Spartacist Britain

London, Juni 1980:
Gegen den antisowjetischen Pazifismus von Labour stand die SL/B gegen britischen Imperialismus und all seine Bündnisse und verteidigte im zweiten Kalten Krieg die Sowjetunion

materiellen Interessen der Arbeiterklasse ausging, sondern von vagen Vorstellungen über „Frieden“ und „Gerechtigkeit“, hatte er keinen festen Boden unter den Füßen und kapituliert schnell in einer Frage nach der anderen.

Außerdem war Corbyn nur mit einem negativen Programm gegen Blairs Politik gewählt worden, und deshalb waren seine Unterstützer uneinig und gespalten, sobald konkrete Fragen aufkamen: die EU, Russland, „Antisemitismus“ usw. Corbyns Programm eines parlamentarischen Sozialismus bedeutete auch, dass er an jede Frage mit Blick auf den Wahlerfolg heranging, wodurch er mit der öffentlichen Meinung hin und her schwankte und an die Blair-Anhänger gebunden war, die bei der Labour-Party-Fraktion im Parlament die Mehrheit hatten. Und das ist noch nicht alles: Letzten Endes hat die Gewerkschaftsbürokratie in der Labour Party das Sagen. Was auch immer Corbyn tat, musste für die konservativen, pro-kapitalistischen Führer der Gewerkschaften akzeptabel sein. Alles das zusammen ergibt ein klares Bild von der völligen Ohnmacht linker Labour-Politik.

In dieser Situation war es die Aufgabe der Trotzlisten, zu erklären, dass das grundlegende Problem in Corbyns Programm liegt. In „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ (1916) erklärte Lenin die Kontinuität zwischen dem Programm des Vorkriegs-Reformismus und der offenen Unterstützung für die herrschende Klasse während des Kriegs:

„Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber. Der Sozialchauvinismus ist die direkte Weiterführung und Vollendung der englischen liberalen Arbeiterpolitik, des Millerandismus und Bernsteinismus.“

Um das auf die Situation Corbyns anzuwenden, mussten wir erklären, dass Corbyns Unterstützung für den britischen Imperialismus, seine Verteidigung der EU, sein englischer Chauvinismus gegen Schottland und seine Unterstützung

für die Lockdowns *die direkte Fortsetzung und Umsetzung seines Programms linker Labour-Politik ist*. Wenn es hart auf hart kommt, gibt es keinen Mittelweg zwischen einem proletarischen und einem bürgerlichen Programm. Der Imperialismus kann nicht „friedlich“ verwaltet werden, der kapitalistische Staat kann nicht „dem Volk dienen“ und die herrschende Klasse wird sich nicht von der Macht abwählen lassen. Nur ein kommunistisches Programm, das von einer leninistischen Partei erkämpft wird, kann den Weg zur Bekämpfung des kapitalistischen Elends zeigen.

Auf taktischer Ebene hätte die Parteinahme für Corbyn gegen die Blair-Anhänger eine Möglichkeit sein können, den Widerspruch auszunutzen zwischen den Bestrebungen der Massen, die Corbyns Aufstieg vorangetrieben hatten, und seiner völligen Unfähigkeit, diesen Bestrebungen gerecht zu werden. Zwischen der Linken und der Rechten in der Labour Party gibt es keinen grundlegenden programmatischen Unterschied. Nicht Corbyns Programm trieb den Klassenkrieg in der Labour Party voran, sondern die Bestrebungen der Basis, die der Politik der Führung zuwiderliefen. Die Blair-Anhänger waren *offene* Befürworter einer arbeiterfeindlichen Politik und Hauptziel dieser Wut. Dieser Druck von der Basis hätte dazu führen können, trotz aller Bemühungen Corbyns die Blair-Anhänger hinauszutreiben. Bei einem solchen Ergebnis wäre es klarer geworden, dass das wirkliche Hindernis für die Bestrebungen der Massen nicht der rechte Flügel war, sondern das bürgerliche Programm der Labour Party, einschließlich ihres linken Flügels. Es wäre einfacher gewesen, konkret die Notwendigkeit für eine revolutionäre Partei aufzuzeigen und Labour entlang der Klassenlinien zu polarisieren.

In seinem Beitrag auf einer Sitzung des SL/B-Zentralkomitees im Mai 1981 stellte Genosse Jim Robertson fest, dass in Britannien das politische Leben hinsichtlich der Labour Party zyklisch ist. Mindestens seit 2015 läuft die SL/B ständig der Labour-Linken hinterher und folgt einfach dem Rest der Linken in diesem Kreislauf: Abscheu vor Blair, Begeisterung für Corbyn, zurück zur Abscheu

vor Keir Starmer. In letzter Zeit haben ZK-Mitglieder der SL/B genauso wie die übrige reformistische Linke argumentiert, es gebe keine Illusionen in Starmers Labour Party, Keir Starmer verwandele Labour in eine bürgerliche Partei und Labour sei im Grunde genommen durch und durch reaktionär.

Keir Starmer greift jetzt die Linke in der Partei an, um Labours „Respektabilität“ wiederherzustellen, und stützt sich dabei stark auf die Gewerkschaftsbürokratie. Während die Reformisten jammern und sich über Starmer beschweren, unterscheiden sich die Labour-Linken bei der derzeitigen Hauptfrage – der Pandemie – kaum von Starmer und sie unterstützen ganz und gar die verheerende Politik der Bourgeoisie. Zurzeit ist es taktisch durchaus angemessen, auf die Labour Party „mit Steinen zu werfen“, aber unser Feuer muss sich gegen die gesamte Labour Party richten, beson-



Marxistische Zeitung der Spartacist League/Britain

**Abo (4 Ausgaben):
7 € (Europa)**

inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe)

**Folgt uns
auf Twitter und Instagram:
@WorkersHammer**

icl-fi.org/english/wh/249/



Bestellt bei der SL/B oder den jeweiligen Sektionen
Kontaktadressen siehe Seite 63

ders gegen ihre linken Anhängsel, welche die Glaubwürdigkeit von „linken“ Bürokraten sowohl in der Partei als auch in den Gewerkschaften hochspielen.

IV. Für revolutionäre Opposition gegen britischen Imperialismus!

Spätestens seit der Wahl von Corbyn zum Labour-Führer hat die SL/B durchgehend Corbyns liberales pazifistisches Programm für den britischen Imperialismus sowie die für Labour typische Betrachtungsweise in Fragen der EU übernommen und damit eine alternative Politik des britischen Imperialismus unterstützt. Als Teil der Wiederbewaffnung der SL/B müssen wir diese Kapitulationen zurückweisen und in deutlichem Gegensatz zur „Klein-England“-Politik von Labour für eine proletarische, revolutionäre und internationalistische Opposition gegen den Imperialismus eintreten.

Übernahme von Corbyns pazifistischer Labour-Politik

Im *Workers Hammer* wurde seit der Ausgabe Nr. 232 durchweg Corbyns Opposition zur NATO, zu den Trident-Raketen, zu britischen und US-amerikanischen Militärinterventionen so dargestellt, als wäre sie eine prinzipienfeste Haltung gegen den Imperialismus und nicht das, was sie wirklich war: Pazifismus von Labour, mit dem eine alternative Politik für die Leitung des britischen Imperialismus unterstützt wird. In Artikeln vom *WH* wurde Corbyn unkritisch gelobt für seine „langjährige Opposition gegen das von den USA geführte Militärbündnis NATO“ (*WH* Nr. 232) und dafür, dass er „nicht davon überzeugt [sei], dass Bombardierungen tatsächlich irgendetwas lösen werden“ (*WH* Nr. 233, Winter 2015/2016), und dass er nicht „in den Krieg ziehen“ wolle (*WH* Nr. 236). Anstatt die elementare revolutionäre Pflicht zu erfüllen, Corbyns Programm als völlig utopisch und reaktionär zu entlarven – was wesentlich ist bei einer Kampagne der kritischen Unterstützung –, hat die SL/B den Marxismus seines Inhalts entleert, um Corbyns Politik zu unterstützen.

Wenn Corbyns Außenpolitik im *WH* doch kritisiert wurde, hieß es häufig, Corbyn wolle, dass der britische Imperialismus eine „rationalere“ Strategie“ übernimmt. Aber nie wurde im *WH* erklärt, was falsch daran ist, sich eine „rationalere Strategie“ des britischen Imperialismus zu wünschen. In anderen Fällen äußerte *WH* pazifistische Kritik an Corbyn. Im Artikel „Bananen-Monarchie“ (*WH* Nr. 234, Frühjahr 2016) wurde sein Plan, die Trident-Raketen abzuschaffen, aber die U-Boote ohne Atomsprengeköpfe zu behalten, so kritisiert: „Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, die militärische Stärke oder die Armee des kapitalistischen Britanniens aufrechtzuerhalten“, d.h. Corbyns Abrüstungspolitik geht einfach nicht weit genug und sollte sich auf die gesamten Streitkräfte erstrecken.

Solche Kapitulationen stehen im scharfen Gegensatz zur machtvollen Entlarvung der Außenpolitik der Labour-Linken durch die SL/B in den 1970er- und 1980er-Jahren. Damals schrieben wir:

„Eine ‚atomwaffenfreie Verteidigungspolitik‘ ist immer noch eine Politik zur Verteidigung des britischen Imperialismus, wie [Michael] Meacher überdeutlich klar gemacht hat. *Un-sere* Lösung muss heißen: Der Hauptfeind steht im eigenen

Land – die britische Kapitalistenklasse! Keinen Penny, keinen Mann für die Armee der Bosse! Nieder mit der NATO und ihrem ökonomischen Anhängsel EWG! Verteidigt die Sowjetunion gegen den imperialistischen Kriegskurs!“

– „Raus mit der fünften Kolonne SDP!“
(*Spartacist Britain* Nr. 52)

Zu dieser Zeit entlarvte die SL/B die Außenpolitik der Labour-Linken als pro-imperialistisch, antikommunistisch und den Interessen der Arbeiterklasse völlig entgegengesetzt. Der elementare Punkt, dass Corbyns „atomwaffenfreie“ Politik eine pro-imperialistische Politik war, wurde im *WH* nicht einmal erwähnt. Stattdessen dienten die oberflächlichen und oft versteckten „Kritikpunkte“ im *WH* Corbyns Außenpolitik als linke Abdeckung für die Hauptillusionen, die er und seine Labour-Unterstützer schürten: dass der britische Imperialismus in der Welt als eine Friedensmacht agieren kann und dass wirtschaftliche Plünderungen und Kriege eine *Politik* der Blair-Anhänger und der Tories sind, was sich ändern ließe, wenn Corbyn in Nr. 10 wäre.

Der Imperialismus ist *keine Politik*. Er ist das höchste *Stadium* des Kapitalismus, das durch die Vorherrschaft der Monopole und des Finanzkapitals, durch die zentrale Bedeutung des Kapitalexports bestimmt wird und in dem die Aufteilung der Welt unter den Monopolen und einer Handvoll kapitalistischer Mächte abgeschlossen ist. Bei der Suche nach neuen Investitionen, neuen Märkten und neuen Rohstoffquellen und auch zur Sicherung und Verteidigung seiner bereits vorhandenen tritt das britische Finanzkapital – die City von London, britische Banken, Konzerne und Monopole – in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt gegen andere nationalstaatliche Finanzgruppen. Dieser Kampf nimmt abwechselnd „friedliche“ und nicht-friedliche Formen an. Unter dem Imperialismus ist die Regierung der geschäftsführende Ausschuss des Finanzkapitals und der Staat ist dessen bewaffneter Arm. Daher *kann* der britische Imperialismus *nicht* auf eine fortschrittliche oder friedliche Weise verwaltet werden, und er *kann nichts* anderes sein als eine reaktionäre Macht für Plünderung, wirtschaftliche Erstickung und imperialistische Kriege.

Die „friedliche“ und unilaterale Politik von Corbyn und den Labour-Linken steht in der Tradition des „Klein-England“-Sozialismus, bei dem es darum geht, dass ein kapitalistisches Britannien international eine unabhängige Rolle spielen soll und einige seiner Ausgaben statt für Atomsprengeköpfe lieber für Sozialleistungen verwenden soll, d.h. ein alternatives Programm für die Verwaltung des britischen Kapitalismus und dessen Verteidigungshaushalts. So werden die Arbeiter mit der Vorstellung getäuscht, dass Kriege durch eine andere Politik abgeschafft werden können und dass Britannien durch UN-Missionen oder durch „Hilfe“ für ärmere Länder eine friedliche Rolle spielen kann. Damit soll nur der Ausplünderung durch das britische Finanzkapital ein „humanitärer“ Anstrich gegeben werden. Die Außenpolitik der Labour-Linken ist einfach die Fortsetzung ihres innenpolitischen Programms eines „parlamentarischen Sozialismus“ im Ausland, das von der Illusion ausgeht, man könne den kapitalistischen Staat übernehmen und in den Dienst der Arbeiter und Unterdrückten stellen. In *Sozialismus und Krieg* (1915) erklärte Lenin:

„Friedensfreundliche Stimmung in den Massen ist häufig der Ausdruck dafür, dass Protest und Empörung aufkommen und dass der reaktionäre Charakter des Krieges erkannt wird. Diese Stimmung auszunutzen ist Pflicht aller Sozial-

demokraten. Sie werden sich an jeder Bewegung und an jeder Demonstration, die auf diesem Boden erwächst, aufs leidenschaftlichste beteiligen, aber sie werden das Volk nicht betrügen, indem sie den Gedanken zulassen, dass ohne eine revolutionäre Bewegung ein Frieden ohne Annexionen, ohne Unterjochung von Nationen, ohne Raub, ohne den Keim neuer Kriege zwischen den jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen möglich sei. Ein solcher Volksbetrug käme nur der Geheimdiplomatie der kriegführenden Regierungen und ihren konterrevolutionären Plänen zugute. Wer einen dauerhaften und demokratischen Frieden will, der muss für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen und die Bourgeoisie sein.“

Die frommen Wünsche von Corbyn und den pazifistischen Labour-Linken nach einer nicht aggressiven Außenpolitik dienen als Deckmantel für die Vergewaltigung und ökonomische Ausplünderung von Milliarden Menschen, die die tägliche Realität des Imperialismus in „Friedens“zeiten ist. Die imperialistischen Bourgeoisien brauchen die Armeen ihrer kapitalistischen Nationalstaaten, um ihre Interessen im eigenen Land und im Ausland abzusichern. Das Gerede von dauerhaftem Frieden und Abrüstung *ohne* eine Reihe siegreicher sozialistischer Revolutionen in den imperialistischen Zentren ist nichts anderes als eine Lüge, um die Arbeiter und Unterdrückten zu täuschen. Die Werbung für Abrüstung und die Verurteilung von Militarismus, Gewalt und Atomwaffen durch die pazifistischen Labour-Unterstützer läuft zwangsläufig darauf hinaus, den imperialistischen Status quo zu verteidigen. Gegen solchen bürgerlichen Betrug schrieb Trotzki im *Übergangsprogramm* (1938):

„Abrüstung? Aber die ganze Frage ist, wer wen abrüstet. Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg verhindern oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Aber um die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selbst bewaffnen.“

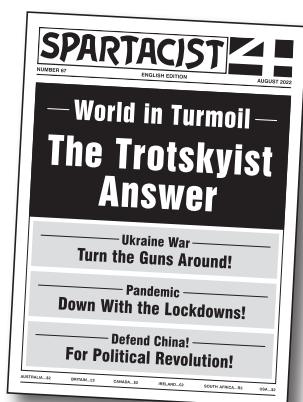
Der Pazifismus richtet sein Feuer gegen die arbeitenden Massen und nicht so sehr gegen den bewaffneten Apparat des kapitalistischen Staates; es ist die Gewalt der *Unterdrückten* gegen ihre Unterdrücker, die die Pazifisten attackieren. Niemals werden sie bei bewaffneten Konflikten eine Seite beziehen für die Niederlage ihrer „eigenen“ imperialistischen Regierung. Den Entwaffneten und Opfern der Gewalt der Bourgeoisie die Gefährlichkeit von Waffen und Gewalt zu predigen ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse völlig reaktionär. Dank des Pazifismus von [George] Lansbury, Bevan, [Michael] Foot, Benn, Corbyn & Co. hat Britannien sowohl eine der mächtigsten Armeen der Welt als auch eines der strengsten Waffenkontrollgesetze überhaupt.

Die Abschaffung der Trident-Raketen oder ein Austritt aus der NATO sind für die Bourgeoisie des britischen Imperialismus keine Optionen, über die man auch nur diskutiert. Als niedergehende imperialistische Macht hat der britische Imperialismus seit Ende des Zweiten Weltkriegs keine andere Wahl, als sich auf sein Bündnis mit den USA zu verlassen, um seinen Status aufrechtzuerhalten, und damit die meisten militärischen Auslandseinsätze der USA zu unterstützen. Jeder Premierminister, der eine Politik verfolgt, die Britanniens Auslandsinvestitionen, seine atomare Abschreckung oder seine Ausrichtung auf die USA und die NATO gefährden könnte, würde aller Wahrscheinlichkeit nach durch parlamentarische oder außerparlamentarische Mittel gestürzt werden. Sogar Corbyns zaghaftes Programm, Trident-Raketen abzuschaffen und Britanniens Verpflichtung zur NATO infrage zu stellen, stieß auf die offene Drohung hochrangiger Generäle der britischen Streitkräfte, ihn abzusetzen. Zwar war es notwendig, Corbyn gegen solche

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist, die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), wird unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in vier Sprachen veröffentlicht. *Spartacist* ist in allen Abonnements der IKL-Zeitungen enthalten, die auf Englisch, Französisch, Deutsch oder Spanisch erscheinen.



English edition
No. 67 (56 pages) US\$2



Edition en français
n° 45 (72 pages) 2€



Deutschsprachige Ausgabe
Nr. 32 (56 Seiten) 1,50€



Edición en español
No. 41 (72 páginas) 2€

Frühere Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Deutschland
Für Bestellungen aus anderen Ländern siehe Kontaktadressen Seite 63

Drohungen zu verteidigen, doch im *WH* wurde dabei im Wesentlichen Corbys Politik unterstützt.

Die labouristische Opposition der SL/B gegen die EU

Bis zur Pandemie hatte die Frage des Brexits jahrelang die britische Politik dominiert. Die Position der SL/B, beim Brexit-Referendum 2016 für „Austritt“ zu stimmen, war absolut richtig als ein konkreter Ausdruck unserer Opposition zur EU und für Revolutionäre *die einzige* prinzipienfeste Position. Allerdings basierten die Argumente der SL/B für einen „Austritt“ und gegen die EU nicht auf einer marxistischen Opposition gegen den Imperialismus und alle imperialistischen Bündnisse. Stattdessen lehnte die SL/B die EU auf Basis der „Klein-England“-Politik von Labour ab, d.h. es war eine Opposition zur EU, die sich gegen deren besonders arbeiterfeindliche Politik richtete und für eine alternative Strategie des britischen Imperialismus warb.

Vor mehr als hundert Jahren hat Lenin die marxistische Grundlage definiert, von der aus wir gegen die EU sein müssen:

„Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte ...“

– „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa“ (August 1915)

Lenins Grundprinzip hier ist genau das, was im *WH* totgeschwiegen und zurückgewiesen wurde: *Wir sind gegen die EU, weil wir gegen den Imperialismus sind*. Zwar ist es sicherlich richtig, auf die Ausplünderung des europäischen Proletariats hinzuweisen, doch das bestimmende Prinzip für Kommunisten – warum wir sagen, dass wir „aus Prinzip“ gegen die EU sind – beruht nicht auf der jeweiligen Politik der EU, sondern auf der Tatsache, dass die EU ein Bündnis von Imperialisten und ihren Opfern ist, und für Kommunisten ist die Opposition gegen *alle* imperialistischen Bündnisse eine Frage des Prinzips. Jede Koalition von imperialistischen Mächten ist nur ein Waffenstillstand zwischen Kriegen. „Friedliche“ imperialistische Bündnisse gehen aus Kriegen hervor und bereiten neue vor. Die elementare Aussage, dass wir gegen die EU sind, weil wir gegen den britischen Imperialismus und alle seine Bündnisse sind, erschien *nie* in den neueren *WH*-Ausgaben.

Die SL/B erklärte häufig, dass sie „aus Prinzip“ gegen die EU ist, aber das „Prinzip“, auf das sie sich berief, war im Grunde, dass die „Gründungsverpflichtungen“ und die Politik der EU von Anfang an arbeiterfeindlich gewesen sind. Im *WH* wurde erklärt, dass die EU ein „Feind der Arbeiter und Immigranten“ ist, dass sie „Griechenland erwürgt“ und dass ihre „Freizügigkeit“ eine Lüge ist (*WH* Nr. 243, Herbst 2018); dass sie „in ganz Europa Angriffe auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen durchführt“ (*WH* Nr. 244, Winter 2018/2019); dass sie „auf der Verpflichtung gegründet wurde, verstaatlichte Industrien zu privatisieren und Staatsausgaben für Sozialleistungen zu kürzen“ (*WH* Nr. 246). Das stimmt zwar alles, ist aber *keine* prinzipielle revolutionäre Opposition gegen den Imperialismus. Das unterscheidet uns nicht von den Labour-Linken, die allenfalls gegen die EU wegen deren arbeiterfeindlicher Politik sind, aber nicht aus Prinzip gegen imperialistische Bündnisse.



Martin Mayer/reportdigital.co.uk

Tony Benn stellte sich in den 70er-Jahren auf Basis von „Klein-England“-Nationalismus gegen den EU-Vorläufer, die EWG. Labour-Linke schüren die Illusion, eine alternative Politik des britischen Imperialismus würde der Arbeiterklasse nützen

Das Herangehen der SL/B an die EU steht im scharfen Gegensatz zu den Gründungsartikeln unserer Bewegung wie „Labor and the Common Market“ (*Workers Vanguard* Nr. 15, 15. Januar 1973) und „Britain and the Common Market“ (*Workers Vanguard* Nr. 71, 20. Juni 1975). Diese beiden Artikel wurden geschrieben, um der bankrotten reformistischen Opposition zur EWG [Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläufer der EU] eine leninistische Opposition gegen die EWG und gegen alle imperialistischen Mächte und Bündnisse entgegenzustellen. „Britain and the Common Market“ liest sich gleich am Anfang wie eine Polemik gegen die jüngsten *WH*-Ausgaben:

„Es ist wichtig, dass Revolutionäre gegen Britanniens Mitgliedschaft in der EWG sind, aber genauso wichtig sind die *richtigen Gründe* dafür. Es reicht nicht, die chauvinistische Opposition gegen ‚Europa‘ zu verurteilen, und es ist notwendig, über das, was die Labour-Linken über die unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteile für britische Arbeiter zu sagen haben, hinauszugehen. *Für Kommunisten ist die Opposition zur EWG eine Prinzipienfrage, keine empirische oder von Bedingungen abhängige Frage*. Wir sind genauso gegen Deutschlands oder Frankreichs Mitgliedschaft wie gegen Britanniens Beitritt.“ [unsere Hervorhebung]

Unsere jüngsten Artikel verurteilten die chauvinistische Opposition gegen die EU und lehnten die EU wegen ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Nachteile für britische Arbeiter ab. Aber darüber hinauszugehen und eine prinzipienfeste Opposition gegen alle imperialistischen Bündnisse aufzuzeigen ist genau das, was im *WH* nicht getan wurde.

Ein klares Beispiel dafür ist die Tatsache, dass im *WH* während der ganzen Brexit-Jahre die Opposition zur EU niemals verbunden wurde mit der Opposition zur NATO. Eine zentrale Achse unserer Polemiken in den 1970er-Jahren zielte genau gegen die Weigerung der Labour-Linken und der Gewerkschaftsbürokratie, diese Verbindung zu ziehen. Damals und heute ging die Kampagne der Labour-Linken gegen Britanniens EWG-Mitgliedschaft davon aus, den Rahmen der von den USA gestalteten imperialistischen Kartelle zu akzeptieren, was sich entweder in ihrer Weigerung zeigte, gegen die NATO zu sein, oder in ihrer Unterstützung für alternative „progressive“ imperialistische Bündnisse wie ein „soziales Europa“. In „Britain and the Common Market“ stellten wir fest:

„Eine wirklich revolutionäre Kampagne gegen die EWG muss aggressiv die Opposition gegen die EWG und alle anderen imperialistischen Bündnisse miteinander verknüpfen und den ohnmächtigen Reformismus der Labour-Linken entlarven: Raus aus der EWG – Raus aus der NATO! Enteignet die Bourgeoisie – Für eine Arbeiterregierung!“

Stattdessen war in jüngeren *WH*-Ausgaben das Feuer ausschließlich gegen die EU und ihre reaktionäre Politik gerichtet, während die Frage der Opposition gegen alle imperialistischen Bündnisse und der Opposition gegen den britischen Imperialismus totgeschwiegen wurde.

Auf einer nicht-leninistischen Grundlage gegen die EU zu sein ist nicht bloß ein Problem von „falschen Formulierungen“. Es bedeutet, sich an Labour-Politik anzupassen und die *Klassenlinie* zwischen einer revolutionären Opposition zum Imperialismus und der Unterstützung einer alternativen Politik für den britischen Imperialismus zu *eliminieren*. Diese Anpassung wird daran deutlich, dass die SL/B Corbyn bei der zweiten Wahl zum Führer der Labour Party „kritische“ Unterstützung gab, *direkt nachdem* er für das imperialistische Kartell EU die Werbetrommel gerührt hatte. Damals ging *WH* so weit zu behaupten, dass es für den Kampf gegen den Imperialismus notwendig sei, Corbyn zu unterstützen, um den „kriegshetzerischen Falken der Blair-Anhänger bei der anstehenden Führungswahl“ eine Niederlage beizubringen (*WH* Nr. 236).

Die Anpassung an die Labour-Politik zeigt sich auch deutlich im Umgang von *WH* mit der langjährigen Opposition der Labour-Linken gegen die EU. Zwar wurde Corbyn im *WH* wegen seiner Kampagne für den „Verbleib“ kritisiert, doch häufig wurde unkritisch „seine lebenslange Opposition zum EU-Projekt“ erwähnt (*WH* Nr. 244). *Kein einziges Mal* wurde in den späteren *WH*-Ausgaben erklärt, dass die Opposition der Labour-Linken zur EU immer reformistisch gewesen ist, d.h. auf Nationalismus beruhte und auf Opposition dagegen, dass die EWG staatliche Eingriffe und Sozialpolitik einschränkte. Niemals wurde im *WH* entlarvt, dass im Zentrum der Feindseligkeit von

„Klein England“ gegen die EU schon immer die Vorstellung der Klassenzusammenarbeit stand, dass britische Arbeiter besser dran wären, wenn der britische Imperialismus einen Weg außerhalb des Gemeinsamen Marktes geht.

Ein weiterer Aspekt der Opposition der Labour-Linken zur EU, welcher im *WH* niemals entlarvt wurde, ist ihr konjunktureller Charakter. Für Hinterbänkler im Parlament, oder wenn Labour in der Opposition ist, war es schon immer recht billig, gegen die EU zu sein. Doch es ist etwas anderes, dies zu tun, wenn man an der Spitze der Labour Party ist, die den britischen Imperialismus verwalten will, d.h. wenn es konkret um Verantwortung geht. Corbyn widerrief seine „lebenslange Opposition“ zur EU, sobald er Labour-Vorsitzender wurde, weil diese Opposition für die Blair-Anhänger eine „rote Linie“ darstellte, die er nicht überschreiten konnte, ohne eine Spaltung zu provozieren. Das ist nichts Neues bei den Labour-Spitzen: Harold Wilson, Labour-Führer in den 1960ern und 1970ern, änderte buchstäblich dreimal seine Position „für“ und „gegen“ die EWG, je nachdem, ob er an der Macht oder in der Opposition war.

Workers Hammer kapitulierte nicht nur vor der Labour-Opposition zur EU, sondern passte sich durch die wiederholte Verwendung der Losung „Für ein Arbeitereuropa!“ auch an den liberalen EU-freundlichen Druck an. Diese Losung wird von allen möglichen Reformisten benutzt, die sowohl gegen als auch für die EU sind, wie die Alliance for Workers' Liberty oder No2EU. Im allgemeinen Verständnis gibt es keinen Unterschied zwischen einem „sozialen Europa“ oder einem „Arbeitereuropa“, was Illusionen schürt, die EU könnte irgendwie durch Reformen zu einem „progressiveren“ Bündnis werden oder durch ein neues, „arbeiterfreundliches“ imperialistisches Bündnis ersetzt werden. Die Losung „Für ein Arbeitereuropa“ ist eine opportunistische Kapitulation vor diesen Illusionen und wird daher von dieser Konferenz zurückgewiesen.

Die Losung „Für ein Arbeitereuropa“ wird sowohl von Pro- als auch von Anti-EU-Reformisten benutzt, um Illusionen in eine „arbeiterfreundliche“ imperialistische Allianz zu schüren

Diese Konferenz übernimmt die historische Losung der revolutionären Komintern: „Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa“, der wir hinzufügen sollten: „freiwillig vereinigt“. Diese Losung, die mit einer klaren Opposition gegen die EU verbunden werden sollte, hebt ausdrücklich hervor, dass eine fortschrittliche Vereinigung Europas *nur* durch eine Reihe von siegreichen sozialistischen Revolutionen erreicht werden kann. Durch die ausdrückliche Erwähnung von Sowjets zieht diese Losung auch eine Linie gegen EU-freundliche Liberale sowie gegen antikommunistische Labour-Unterstützer, die möglicherweise gegen die EU sind. Diese Losung ersetzt nicht unseren historischen Aufruf „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, freiwillig vereinigt!“ Die beiden Losungen können abwechselnd benutzt werden.

Brexit: Der Wunsch nach einem besseren Deal für den britischen Imperialismus

Die leidenschaftliche Debatte, die jahrelang über den Brexit tobte, spiegelte eine Meinungsverschiedenheit in der britischen Bourgeoisie darüber wider, welcher Weg für die Zukunft des britischen Imperialismus am besten ist. Ein Flügel der Imperialisten wollte weiterhin in der EU bleiben, ein anderer Flügel wollte austreten. Weil die SL/B keine klare Linie gegen den britischen Imperialismus, gegen alle seine Bündnisse und alle Flügel der britischen Imperialisten gezogen hat, stellte sie sich schließlich einfach auf die Seite des Pro-Brexit-Flügels der Bourgeoisie.

Am deutlichsten wird das in dem Artikel „Brexit Now!“ im *WH* Nr. 245 (Sommer 2019), wo die Ablehnung des Brexits *gleichgesetzt* wurde mit der Ablehnung des Brexit-Deals der Tories. Die Polemik gegen die Socialist Party in diesem Artikel ist ganz eindeutig:

„Im Leitartikel von *Socialism Today* vom März 2018 wird betont: ‚Die Arbeiterbewegung muss an einer unabhängigen Klassenopposition zum Tory-Brexit, ob ‚weich‘, ‚hart‘ oder ‚kein Deal‘, festhalten.‘ All das läuft darauf hinaus, *den Brexit abzulehnen, wenn er sich direkt stellt*. In Anlehnung an die White Queen von Lewis Carroll gibt es morgen Brexit und gestern Brexit – aber niemals heute Brexit.“

Das ist eine Polemik *von rechts*. Hier wird im *WH* implizit die Position verteidigt, dass Marxisten jeden Brexit-Deal *unterstützen* müssen, den die Tories im Namen von „Brexit today“ aushandeln, was auf eine politische Unterstützung der Tories hinausläuft.

Diese Unterstützung für einen „harten“ Tory-Brexit gegen Labour und deren Anhänger, die für einen „Verbleib“ eintraten, spiegelte eine Verschiebung in der Gesellschaft wider, besonders bei der Wählerschaft der Labour Party. Da es keinen *unabhängigen proletarischen Pol* gegen die EU gab, haben 2019 bei den Wahlen über eine Million ehemalige Labour-Wähler (besonders in den „roten Hochburgen“) für die Tories gestimmt, weil sie darin den einzigen Ausweg aus der EU sahen.

Die Socialist Party lag nicht falsch, als sie sagte, dass die Arbeiter an einer „unabhängigen Klassenopposition zum Tory-Brexit, ob ‚weich‘, ‚hart‘ oder ‚kein Deal‘, festhalten“ müssen. Aber sie traten für einen von Corbyn auszuhandelnden „linken Exit“ ein, was auch ein völliger Verrat am Proletariat ist. Aber jeder Brexit-Deal, ob „weich“ oder „hart“, Tory oder Labour, kann nur ein Deal sein, der das Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten widerspiegelt, die Bedingungen für ihren Konkurrenzkampf und ihre Einfluss-

sphären festlegt und ihre jeweiligen Gewinne aus der Ausbeutung des Proletariats in Europa und Britannien aufteilt.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist die Unterstützung *jeglicher* Brexit-Deals völlig reaktionär und imperialistisch. Ebenso reaktionär ist es, Britannien Bedingungen für den sofortigen Austritt aus der EU aufzuerlegen, was einer Ablehnung der bedingungslosen Opposition gegen imperialistische Bündnisse gleichkommt. Gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der Tories, gegen den Verrat von Labour und gegen die Pseudo-Sozialisten, die eine alternative Politik für die Unterstützung des britischen Imperialismus propagieren, hätten Revolutionäre offensichtlich ein Programm für proletarischen Klassenkampf aufstellen müssen, um Britannien zu zwingen, die EU *jetzt* zu verlassen, und um die Regierungskrise über den Brexit zu benutzen, die proletarische Revolution voranzutreiben.

Die Kapitulation der SL/B vor dem Tory-Brexit zeigt auch die Logik, die dem Aufgeben einer proletarischen Opposition gegen den Imperialismus entspringt. In dem Artikel „Brexit Now!“ heißt es: „Die anhaltende Krise der Tory-Regierung hat eine günstige Situation für proletarischen Kampf geschaffen, was *auch* Britannien aus der EU *treiben könnte*“ [unsere Hervorhebung]. Die Mobilisierung der Arbeiter im Kampf gegen die britische Bourgeoisie und alle ihre imperialistischen Bündnisse wird im *WH* als eine abstrakte Hypothese dargestellt. Aber gerade das stellte sich für Revolutionäre als die *dringende Aufgabe!*

Wir hätten dafür kämpfen sollen, die Schulden der unterdrückten Länder zu streichen, Privatisierungen rückgängig zu machen, alle gewerkschaftsfeindlichen Gesetze zu zerreißen, und für gute, ausreichende Renten ab einem angemessenen Alter, um gegen die Zerstörung der Rentensysteme in ganz Europa vorzugehen usw. Bei allen diesen Fragen hat die britische Bourgeoisie Hand in Hand mit der EU zusammengearbeitet. Eine solche Perspektive, verknüpft mit den Forderungen nach einer Arbeiterregierung und den Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, freiwillig vereinigt, hätte die Verbindung hergestellt zwischen den unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiter – in Britannien und in ganz Europa – und der dringenden Notwendigkeit eines Kampfes gegen den Imperialismus. Auch wenn Britannien inzwischen formal nicht mehr in der EU ist, wird eine solche revolutionäre Perspektive immer noch dringend gebraucht.

V. Ein typisch britischer Reformismus

Parlamentarischer Sozialismus

Ein zentraler Aspekt von der Kapitulation der SL/B vor Corbyn war das Versöhnertum gegenüber seinem reformistischen Programm des parlamentarischen Sozialismus. Die Hauptkritik an Corbyn bestand darin: „Zwar sind die von der Corbyn-Kampagne aufgestellten Forderungen unterstützenswert, können aber durch den Parlamentarismus von Old Labour nicht erreicht werden“ (*WH* Nr. 232). Dies stellt den Unterschied zwischen Reform und Revolution als eine bloße Differenz über die Mittel dar, das gleiche Ziel zu erreichen. Im *Workers Hammer* wurde nie klar gemacht, dass Corbyns Programm nicht nur unklug oder falsch war, sondern ein

pro-kapitalistisches Programm, das dazu dient, die Arbeiterklasse zu *betrügen* und die bürgerliche Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten. So erklärte Rosa Luxemburg:

„Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg *anstatt und im Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.“

–*Sozialreform oder Revolution* (1898/99)

Die größte Illusion über Jeremy Corbyn war, dass er nach seiner Wahl zum Premierminister wichtige Reformen im Interesse der Arbeiterklasse einführen würde. Die pseudo-marxistische Linke propagierte, dass Corbyns Wahl zwar wahrscheinlich nicht sofort zum Sozialismus führen würde, er aber unter Druck gesetzt werden könnte, Labour in eine „echte sozialistische Partei“ zu verwandeln und „sozialistische Politik“ zu machen. Dem entgegen bestand die Aufgabe von Revolutionären darin, zu entlarven, dass Corbyns pro-kapitalistisches Programm, egal wie viel Druck ausgeübt wird, ihn *zwangsläufig* dazu bringen würde, nach der Pfeife der Kapitalisten zu tanzen und die Interessen der Arbeiterklasse zu *verraten*. Dieser grundlegende Punkt kam im *WH* nie vor. Das Ziel der Taktik einer kritischen Unterstützung besteht genau darin, die Richtigkeit des bolschewistischen Programms dadurch zu beweisen, dass man jederzeit warnt „vor den unvermeidlichen Verrätereien und unser Programm für proletarische Macht dem entgegenstellt“ („Revolutionaries and the Labour Party“). Doch im *WH* wurden die Ver-

brechen „aller früheren Labour-Regierungen“ zwar erwähnt, aber immer wurde die Tür offen gelassen für die Illusion, dass es unter Jeremy anders sein könnte.

Der kapitalistische Staat besteht aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen, deren Zweck es ist, mit Gewalt die Vorherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu verteidigen. Der kapitalistische Staat in Britannien – seine Polizei, seine Armee, seine Gefängnisse und seine Gerichte – kann nur dazu eingesetzt werden, die Interessen des britischen Finanzkapitals zu verteidigen: seine Profite zu steigern, seine Grenzen zu verteidigen, seine Auslandsinteressen zu sichern, Streiks zu unterdrücken und die Unterdrückten gegeneinander auszuspielen. Das notwendige leninistische Argument, dass man gegen Corbyn und seine linken Claqueure vorbringen muss, ist das folgende: Egal wie „links“ das Wahlprogramm einer Arbeiterpartei ist, die durch Wahlen an die Regierung des kapitalistischen Staates kommt, ist diese Regierung keine Arbeiterregierung. Es handelt sich um eine Arbeiterpartei, die die Diktatur der Bourgeoisie verwaltet und daher zwangsläufig die Arbeiterklasse *angreifen* und die Bourgeoisie *verteidigen* wird. Dass dieses grundlegende Argument im *WH* nie gemacht wurde, war eine Kapitulation vor der Labour Party und ihrer Politik des kleineren Übels; stattdessen wurde die Labour Party dafür kritisiert, dass sie nicht genug für Reformen sorgt und den Kampf für solche Reformen „eindämmt“. Die Behauptungen in der Zeitung, dass es „unmöglich“ und eine „Niederlagenstrategie“ sei, den kapitalistischen Staat im Interesse der Arbeiterklasse zu regieren, sind Augenschwermerei, um die Illusion zu verbreiten, die Labour Party könne, wenn sie den kapitalistischen Staat regiert, durch Druck dazu gebracht werden, die Interessen der Arbeiterklasse voranbringen.

Hinweise im *WH* auf Marx, „die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen“ (*Der Bürgerkrieg in Frankreich*, 1871), werden dadurch hinfällig, dass sich die ganze Propaganda der SL/B in dem Rahmen bewegte, Illusionen in Corbyn als kleineres Übel zu *fördern*. Der einzige Grund, warum Marxisten, es vorziehen würden, dass eine linke Labour-Regierung den kapitalistischen Staat regiert, ist, dass dies eine Gelegenheit wäre, den Bankrott des parlamentarischen Reformismus zu entlarven.

Die Hauptillusion der reformistischen Linken in Britannien ist, man könne über das Parlament friedlich zum Sozialismus kommen. In der ersten Zeit nach Corbyns Wahl zum Vorsitzenden war die Reaktion vom *WH* auf diese Illusionen eine rein liberale Kritik an der bürgerlichen Demokratie:

„Die Vorstellung, dass man den Sozialismus durch das Parlament erreichen kann, beruht auf der Illusion, dass Ausbeuter und Ausgebeutete, Reiche und Arme, Unterdrücker und Unterdrückte alle ein gleiches Stimmrecht dabei haben, wie die Gesellschaft regiert wird. Doch es sind nicht die Werktätigen und Minderheiten, die die Kontrolle über die Massenmedien, die Wirtschaft oder auch über die Polizei, die Gerichte und das Militär haben.“

–„Corbyns Erdrutschsieg, Gegensatz der Blair-Anhänger“, *WH* Nr. 232

In jüngerer Zeit hat die Propaganda der SL/B diesen Liberalismus verschleiert mit Erklärungen darüber, „die Macht der Bourgeoisie zu brechen“, und über die Notwendigkeit, „den Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates wegzufegen und einen Arbeiterstaat zu errichten“ (*WH* Nr. 246).



Elliott Brown

Oliver Cromwell, der Führer der englischen bürgerlichen Revolution, glaubte nicht an Gradualismus



RGAKEP

Soldaten der Roten Armee feiern mit dem Banner „Kommunismus“ den ersten Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917. Bewaffnete Arbeiter und Bauern zerschlugen den Widerstand der Bourgeoisie, nicht eine Abstimmung im Parlament

Doch an keiner Stelle wurde im *WH* der grundlegendste marxistische Punkt gemacht, dass die Bourgeoisie *sich nicht friedlich von der Macht abwählen lassen wird*. So erklärte Trotzki: „Die allergrößte Arbeitermehrheit im Parlament kann aber andererseits zunichte gemacht werden, wenn die bewaffnete Macht sich in den Händen der Bourgeoisie befindet. Wer das nicht begreift, ist kein Sozialist, sondern ein Tölpel“ (25. Dezember 1925). Gegen das reformistische Programm für eine Labour-Mehrheit im Parlament kämpfen Kommunisten für eine Arbeiterregierung, die sich auf Sowjets stützt, d.h. auf das als herrschende Klasse organisierte bewaffnete Proletariat.

Durch die gesamte jüngste *WH*-Propaganda, von den liberalsten zu den zentristischsten Äußerungen, zieht sich ein roter Faden hindurch: totzuschweigen, dass die Bourgeoisie Gewalt anwenden wird, um ihre Klassenherrschaft zu verteidigen, und dass die Arbeiterklasse Gewalt anwenden muss, um sich zu verteidigen und ihre eigene Herrschaft zu errichten. In *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918) erklärte Lenin:

„Argumentiert man als Marxist, so muss man sagen: die Ausbeuter verwandeln den Staat (die Rede ist von der Demokratie, das heißt von einer der Staatsformen) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter, über die Ausgebeuteten. Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein. Der Staat der Ausgebeuteten muss sich von einem solchen Staat von Grund aus unterscheiden, muss eine Demokratie für die Ausgebeuteten und *Unterdrückung der Ausbeuter* sein, die Unterdrückung einer Klasse bedeutet aber, dass diese Klasse nicht gleichberechtigt ist, dass sie aus der ‚Demokratie‘ ausgeschaltet wird.“

Im *WH* wurde wiederholt erklärt, dass das parlamentarische System eine demokratische Fassade für die Diktatur der Kapitalistenklasse ist und dass ein Arbeiterstaat auf der Grundlage von Sowjetdemokratie notwendig ist. Doch nur ein Artikel – bei dem es nicht um Corbyn geht („Britain’s

prison hell“, *WH* Nr. 244) – erklärt den wesentlichen Grund, warum für die Revolution die Errichtung eines Arbeiterstaates notwendig ist: *um den Widerstand der Bourgeoisie zu unterdrücken*. Wenn man die entscheidenden programmatischen Punkte weglässt, dass die Bourgeoisie sich nicht friedlich von der Macht abwählen lässt und dass der Zweck eines Arbeiterstaats darin besteht, den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, dann entlarvt man nicht die Illusionen in einen friedlichen Weg zum Sozialismus über das Parlament, sondern man kapituliert in Wirklichkeit vor ihnen.

Gewerkschaftsreformismus

Die Kapitulation der SL/B vor dem parlamentarischen Sozialismus und der Labour-Linken mit ihrer Politik des kleineren Übels ging zwangsläufig einher mit der Kapitulation vor dem klassisch britischen reformistischen Programm, durch Gewerkschaftsmilitanz Druck auf die Labour Party auszuüben. Im *WH* wurde die aktuelle Führung der Gewerkschaften dafür kritisiert, „jahrzehntelang Streiks isoliert und im Zaum gehalten [zu haben], während sie die Wut der Arbeiter auf Illusionen in die EU und auf die Niederlagenstrategie der Wahl einer Labour-Regierung lenkte“ (*WH* Nr. 246), dass sie die Kämpfe „auf Demonstrationen und örtlich wie zeitlich begrenzte Streiks beschränkt“ hielt (*WH* Nr. 242) und Illusionen in einen „Klassenfrieden mit den Bossen“ verbreitete (*WH* Nr. 238). Doch zu keiner dieser Fragen stellte *WH* dem ein Programm entgegen, das von den marxistischen Grundsätzen zum Staat, zum Imperialismus und zur Klassenunabhängigkeit ausgeht, sondern vertrat einfach ein militanteres Gewerkschaftertum.

Einfach gesagt wurde im *WH* der Aufbau einer *revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften* fallengelassen, eine für die Spaltung der Labour Party notwendige Aufgabe, wie in „Revolutionaries and the Labour Party“ dargelegt wurde: „Angesichts ihrer organischen Verankerung in den Gewerkschaften kann Labour letzten Endes ohne einen

erfolgreichen politischen Kampf gegen die pro-kapitalistische Gewerkschaftsbürokratie nicht gespalten werden.“

Aufgrund von Deindustrialisierung, kapitalistischen Angriffen und jahrzehntelangem Verrat durch die Gewerkschaftsführung ist die britische Arbeiterklasse geschwächt und demoralisiert. In diesem Zusammenhang reduzierte die SL/B ihre Perspektive gegenüber den Gewerkschaften darauf, einfach für mehr Gewerkschaftskämpfe einzutreten. In *Was tun?* (1902) wies Lenin darauf hin, dass man kein Kommunist sein muss, um für militantere ökonomische Kämpfe einzutreten – „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter“ zu verleihen. Es kommt entscheidend darauf an, den Kampf für die unmittelbarsten ökonomischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse mit der Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft zu verbinden. So erklärte Lenin:

„Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht. Daher ist es begreiflich, dass die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können, sondern es auch nicht zulassen dürfen, dass die Organisation der ökonomischen Enthüllungen zu ihrer hauptsächlichlichen Tätigkeit werde. Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewusstseins aktiv in Angriff nehmen.“

Die reaktionäre Periode nach dem Ende der Sowjetunion und das niedrige Klassenkampf-niveau in Britannien ändern nicht die grundlegenden Aufgaben von Kommunisten hinsichtlich der Gewerkschaften.



John Sturrock/reportdigital.co.uk

Heldenhafter Streik der britischen Bergarbeiter 1984/85 zeigte die Grenzen militanten Gewerkschaftertums und Notwendigkeit einer revolutionären Führung der Gewerkschaften

Nur Führungen in den Gewerkschaften, die auf einem revolutionären Programm aufgebaut werden, können die engen spezifischen Interessen eines bestimmten Wirtschaftszweigs, einer Gewerkschaft oder eines Landes überwinden und die Kämpfe führen, welche die Interessen der gesamten Arbeiterklasse voranbringen. Dazu muss das Programm von Klassenzusammenarbeit der gegenwärtigen Führung der Gewerkschaften entlarvt werden *und auch* die militantere Version des gleichen Programms, das von der reformistischen Linken propagiert wird. Ein auf gewerkschaftliche Forderungen begrenztes Programm, egal wie „militant“ es ist, geht davon aus, die kapitalistische Klassenherrschaft *aufrechtzuhalten*, und ist daher zwangsläufig reformistisch mit dem einzigen Ziel, „günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft“ auszuhandeln. Außerdem gilt in der Epoche des imperialistischen Niedergangs, wie Trotzki erklärte:

„[Die Gewerkschaften] können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“

–„Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ (1940)

Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie, die sich allein gegen deren fehlende Militanz richtet, verwischt die grundlegende Trennlinie zwischen revolutionärer und reformistischer Politik und führt damit unweigerlich zu einem politischen Block mit dem einen oder anderen Flügel der Gewerkschaftsbürokratie. Eine solche Opposition bricht sofort zusammen, wenn die Gewerkschaftsführer militante Aktionen anführen – wozu sie genötigt sein werden, wie der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 zeigte. Die Gewerkschaftsbürokratie kann zum Kampf gedrängt werden, doch kein noch so starker Druck kann ihr pro-kapitalistisches Programm und ihre reaktionäre Rolle als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse ändern. Gegen das reformistische Programm, auf die bestehende Führung der Gewerkschaften *Druck auszuüben*, kämpfen Trotzkiisten dafür, sie durch eine revolutionäre Führung zu *ersetzen*. Unsere Perspektive dafür ist der Aufbau von Fraktionen auf der Grundlage des *vollständigen Übergangsprogramms*, wozu auch die Forderung nach einer Arbeiterregierung gehört.

Minimal-Maximal-Programm: Zerstörung der Brücke

Revolutionäre müssen *konkret* zeigen, dass die Erfüllung der Bedürfnisse der Werktätigen *nur* durch den Sturz der Bourgeoisie möglich ist, und müssen die Betrügereien durch Reformisten entlarven, die das Gegenteil behaupten. Die SL/B hat beides nicht getan und manchmal *ausdrücklich* die Ansicht propagiert, dass der niedergehende Kapitalismus eine anständige Gesundheitsversorgung bieten und die Bedürfnisse der Arbeiter erfüllen *kann*, wenn genug Druck ausgeübt wird. Der Artikel „Kapitalismus: Gefahr für deine Gesundheit“ (WH Nr. 242) ist ein besonders deutliches Beispiel für den Reformismus der SL/B:

„Unentgeltliche Gesundheitsversorgung von hoher Qualität; erstklassige staatliche Betreuung für Kinder und alte Menschen; hervorragende Schulen, Fortbildungsprogramme, Wohnungen: Die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfordert massive Investitionen. Die Bourgeoisie

hat aus der Ausbeutung der Arbeiter enormen Reichtum angehäuft. Doch die herrschende Klasse gibt niemals kämpflos etwas auf. Scharfer Klassenkampf, nicht Bittgesuche an Westminster, könnte die herrschende Klasse davon überzeugen, den NHS zu finanzieren.“

Die Arbeiter können im Kapitalismus Teilerfolge und umkehrbare Errungenschaften erzielen. Doch „die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung“ hat nichts damit zu tun, auf die herrschende Klasse des niedergehenden britischen Kapitalismus Druck auszuüben, damit sie mehr Geld in das Gesundheitssystem hineinpumpt, sondern erfordert eine *proletarische Revolution*.

Ein scharfer Klassenkampf könnte die Bourgeoisie davon überzeugen, mehr in öffentliche Einrichtungen zu investieren. Wie jede herrschende Klasse, die mit Arbeiterunruhen konfrontiert ist, kann sie unter Druck auf Zugeständnisse zurückgreifen als das „kleinere Übel“ im Vergleich zur sozialen Revolution. In *Lehren des Oktober* (1924) erklärte Trotzki die Haltung von Revolutionären zum Druckausüben auf die Bourgeoisie:

„Kann aber denn eine revolutionäre Partei – könnte man hier auf den ersten Blick einwenden – auf einen ‚Druck‘ gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung verzichten? Natürlich nicht! Der Druck auf die bürgerliche Regierung ist der Weg der Reformen. Die marxistische revolutionäre Partei verzichtet nicht auf die Reformen, aber der Weg der Reformen taugt nur für die Fragen zweiter Ordnung, nicht aber für die grundlegenden Fragen. Man kann die Macht nicht im Wege von Reformen erzwingen, ihre Politik in jener Frage zu ändern, von der ihr ganzes Schicksal abhängt.“

Das Problem mit der jüngsten Propaganda der SL/B, genau wie der reformistischen Linken in Britannien, besteht darin, dass sie *einzig und allein* dafür eintritt, auf die Bourgeoisie Druck auszuüben, um solche Zugeständnisse zu erkämpfen. Damit wird das *Übergangsprogramm* abgelehnt und das Minimalprogramm der Zweiten Internationale übernommen.

Wenn im *WH Sozialismus* (das Maximalprogramm) erwähnt wurde, dann entweder um diesen als eine abstrakte und ferne Perspektive darzustellen oder um offen vor dem „parlamentarisch-sozialistischen“ Programm der britischen Linken zu kapitulieren. Zum Beispiel in dem Artikel „Kapitalismus: Gefahr für deine Gesundheit“:

„Die Pharmariesen machen eine Menge Geld, indem sie ihre monopolistischen Patente nutzen, um Wucherpreise zu verlangen. Eine solche Erpressung macht es dringend notwendig, die Pharmaindustrie zu enteignen als einen *Schritt* hin zum Sturz des ganzen profitorientierten kapitalistischen Systems.“ [unsere Hervorhebung]

Hier wird die Enteignung der Bourgeoisie als ein allmählicher Prozess dargestellt. Das widerspiegelt das Programm des britischen Reformismus: Sozialismus durch schrittweise Verstaatlichungen der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ durch das Parlament Ihrer Majestät. Revolutionäre sind nicht dagegen, die Enteignung bestimmter Industriezweige zu fordern. Doch dabei, wie Trotzki im *Übergangsprogramm* erklärte, 1.) lehnen wir eine Entschädigung ab; 2.) entlarven wir gleichzeitig die Reformisten und Labour-Unterstützer, die behaupten, für die Verstaatlichung der Wirtschaft zu sein, aber in Wirklichkeit Verteidiger der kapitalistischen Herrschaft sind; 3.) verlassen wir uns nicht auf die Erlangung einer Mehrheit in der bürgerlichen Schwatzbude Westminster, sondern auf die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats; 4.) verbinden wir die Frage der Enteignungen mit der Frage der Machteroberung durch die Arbeiter.



Grafik aus dem *Socialist Appeal* (22. Oktober 1938) der US-amerikanischen Trotzkiisten proklamiert Gründung der Vierten Internationale, die die Kontinuität des revolutionären Leninismus gegen stalinistische Pervertierung der Dritten Internationale verkörpert

Gegen das Minimalprogramm, das die Ziele und Aktivitäten der Arbeiterklasse darauf beschränkt, Reformen zu erzielen, hat die Dritte Internationale (Komintern) bei ihrer Gründung entscheidend mit der Trennung in ein Minimal- und Maximal-Programm gebrochen und der kommunistischen Avantgarde die Aufgabe gestellt, für den Sturz der Kapitalistenklasse zu kämpfen *durch* die Mobilisierung des Proletariats für seine grundlegendsten Interessen. Übergangsforderungen müssen als Werkzeuge benutzt werden, um die Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zu mobilisieren, den Bankrott der Sozialdemokratie zu entlarven und die Notwendigkeit einer Arbeiterrevolution zu begründen. In dieser Kontinuität, gegen die stalinisierte Komintern, steht das *Übergangsprogramm* der Vierten Internationale.

Die Ersetzung des Übergangsprogramms durch das Minimal-Maximal-Programm, wie es die SL/B tat, ist der Wesenskern des Reformismus. In der Epoche des imperialistischen Niedergangs, wo von systematischen Sozialreformen oder der Hebung des Lebensstandards der Massen keine Rede sein kann, ist es nicht nur unmöglich, sondern sogar reaktionär, ein Programm zur Erfüllung der dringenden Bedürfnisse der Massen aufzustellen, das vom Kampf für die Diktatur des Proletariats getrennt wird. Die SL/B wurde zur Verteidigung des Übergangsprogramms gegründet, gegen dessen opportunistische Entstellung durch die WSL und die übrigen Pseudo-Trozkisten in Britannien. Es ist lebenswichtig, diese programmatische Kontinuität zu verteidigen und zurückzuerobern. ■

China...

(Fortsetzung von Seite 64)

und ihrer Verbündeten gegen China und der Tatsache, dass die sozialen Gegensätze im Lande auf einen Siedepunkt zu laufen, ist es für Marxisten wichtiger denn je, ein korrektes Verständnis von China zu haben und für ein Programm in der Pandemie zu kämpfen, das die Sache der chinesischen Arbeiter wie auch der gesamten internationalen Arbeiterklasse voranbringt.

Bislang hat die marxistische Linke bei dieser Aufgabe völlig versagt. In der Anfangsphase der Pandemie war die „Null-Covid“-Politik der KPCh, die aus strengen Lockdowns, Reiseverboten und Massentests bestand, das Vorbild für die gesamte Linke, von den Stalinisten über die Sozialdemokraten bis hin zu den sogenannten Trotzlisten. Da die verfaulenden Kapitalistenklassen weltweit völlig unfähig waren, irgendetwas richtig hinzukriegen, wurde die chinesische Bürokratie international als richtungweisend gefeiert. Die Internationale Kommunistische Liga machte da keine Ausnahme, und es lohnt sich, ausführlich zu zitieren, was wir in „China Mobilizes to Contain Coronavirus“ [China mobilisiert zur Eindämmung des Corona-Virus] (*Workers Vanguard* Nr. 1171, 6. März 2020) geschrieben haben:

„Trotz anfänglicher bürokratischer Trägheit und regelrechter Vertuschung unternahm Beijing Herkulesanstrengungen zur Eindämmung durch Quarantänen, einen regionalen Lockdown von etwa 60 Millionen Menschen, strenge Reisebeschränkungen und die Schließung von Fabriken und Schulen in weiten Teilen des Landes.

Chinas Regierung hat auch erhebliche medizinische und andere Mittel für die Bekämpfung der Krankheit bereitgestellt. Diese Maßnahmen scheinen einigen Erfolg erzielt zu haben, und die Zahl der Neuerkrankungen im Land beginnt zu sinken. Der Leiter der Delegation der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Wuhan und andere Städte in China bereiste, lobte die ‚gesamtsstaatliche, gesamtgesellschaftliche Herangehensweise‘ als ‚die womöglich ambitionierteste und flexibelste‘ in der Geschichte...



Alden/Bloomberg

Xi Jinping in Davos, Januar 2017. Zur Verteidigung ihrer Privilegien stellt sich die KPCh-Bürokratie gegen den Kampf für Weltsozialismus und verfolgt anti-revolutionäre „friedliche Koexistenz“ mit Imperialisten



Alamy

Kommunistische Truppen marschieren durch Beijing, 1949. Chinesische Revolution enteignete Kapitalisten und Grundbesitzer, aber der Arbeiterstaat war von Anfang an bürokratisch deformiert

Daher waren diese von China zur Bekämpfung von COVID-19 ergriffenen Maßnahmen, obwohl verspätet, unbedingt notwendig.“

Diese Zeilen sind schlichtweg eine unkritische Unterstützung der Politik der KPCh. Unkritisch, weil unsere einzige Kritik an der Bürokratie darin bestand, dass ihre Maßnahmen „verspätet“ kamen und auf Vertuschungsversuche folgten, aber als „Beijing“ (d. h. die Zentralregierung) sich endlich bewegte, verschwanden unsere Differenzen. Groteskerweise beruft sich der Artikel auf die WHO, einen Arm der imperialistischen UNO, um ein Loblied auf die KPCh zu singen. Wir weisen diesen Artikel zurück, der einen Verrat an trotzkistischen Prinzipien darstellte.

Während die kapitalistischen Länder von den Lockdowns zu einer Strategie „mit dem Virus zu leben“ umgeschwenkt sind, hält die KPCh strikt an ihrer reaktionären „Null-Covid“-Strategie fest. Dies zieht nun den Zorn der imperialistischen Mächte auf sich, die die Auswirkungen auf ihr Wirtschaftswachstum zu spüren bekommen. Im Gleichschritt damit hat nun die Mehrheit der „sozialistischen“ Linken international entweder eine 180-Grad-Wende vollzogen und Chinas Politik verurteilt, oder sie schweigen einfach zu diesem Thema. Für die meisten Pseudosozialisten weltweit ist diese Situation allerdings sehr unangenehm, da die KPCh das umsetzt, was sie selbst seit über zweieinhalb Jahren propagiert haben: harte und lange Lockdowns, bis die Fallzahlen bei Null liegen.

Seit April 2021 hat die IKL klar dargelegt, warum sich das Proletariat in den kapitalistischen Ländern den Lockdowns entgegenstellen muss, wie seine Interessen auf Schritt und Tritt mit der bürgerlichen Klassenherrschaft kollidieren und warum die kapitalistische Antwort auf die Pandemie jedem fortschrittlichen Kampf der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Bedingungen entgegengesetzt ist (siehe „Nieder mit den Lockdowns!“, Seite 23). Diese grundsätzliche Herangehensweise wenden wir nun auf China an. Das Hauptargument für die Unterstützung der chinesischen Lockdowns, auch innerhalb unserer Organisation, lautete folgendermaßen: Weil China kein kapitalistischer Staat ist,

haben seine Lockdowns einen fortschrittlicheren Charakter als die der Kapitalisten. Es stimmt, dass der kollektivierte Kern der Wirtschaft es China ermöglicht, der Bedrohung durch Covid-19 zu begegnen, indem es Ressourcen in einem Umfang mobilisiert, der in kapitalistischen Ländern unmöglich ist. Diese Ressourcen werden jedoch nicht in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterklasse mobilisiert, sondern entsprechend den Interessen der privilegierten Bürokratenkaste, die die Volksrepublik China (VR China) seit ihrer Gründung regiert. Diese Bürokratie ist grundsätzlich von gleicher Natur wie jene, die die Sowjetunion seit 1924 beherrschte und die am besten von Leo Trotzki analysiert wurde, der erklärte:

„Die Bürokratie ist keine herrschende Klasse. Doch die weitere Entwicklung der bürokratischen Herrschaft kann zum Aufkommen einer neuen herrschenden Klasse führen: nicht auf dem organischen Wege der Degeneration, sondern durch eine Konterrevolution. Wir bezeichnen den Stalinischen Apparat gerade deswegen als *zentristisch*, weil er eine Doppelfunktion erfüllt: *heute*, wo es eine marxistische Führung *nicht mehr* gibt und eine neue *noch nicht* entstanden ist, verteidigt er die proletarische Diktatur mit seinen eigenen Methoden; doch diese Methoden erleichtern einen *künftigen* Sieg des Feindes. Wer diese Doppelrolle des Stalinismus in der UdSSR nicht begriffen hat, der hat nichts begriffen.“

– „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ (Oktober 1933)

Die sozialen Wurzeln der Bürokratie liegen in der Rückständigkeit und materiellen Armut eines isolierten Arbeiterstaates. Da die Entwicklung der Produktivkräfte zu gering ist, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen, bezieht die Bürokratie ihre Macht aus ihrer Rolle als Schiedsrichter über den Mangel, sie entscheidet, wer etwas bekommt und wer leer ausgeht. Im Gegensatz zu einer herrschenden Kapitalistenklasse, deren Macht auf ihrem Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, existiert die Bürokratie als Parasit der kollektivierten Eigentumsformen, was ihre Herrschaft instabil und brüchig macht. Sie ist gefangen zwischen zwei mächtigen Kräften: dem riesigen chinesischen Proletariat, das den Privilegien der herrschenden Clique notwendigerweise feindlich gegenübersteht, und dem Weltimperialismus, dessen Ziel der endgültige Umsturz der Errungenschaften der Revolution von 1949 (und der KPCh selbst) zum Zweck der Ausplünderung Chinas ist.

Um ihre privilegierte Stellung zu bewahren, ist die Bürokratie gezwungen, unhaltbare Widersprüche gegeneinander auszubalancieren. Einerseits wird sie das Staatseigentum verteidigen, „nur deshalb ... da sie das Proletariat fürchtet“ (Trotzki). Andererseits versucht sie, den Weltimperialismus durch Zugeständnisse zu beschwichtigen, im Streben nach einer illusorischen „friedlichen Koexistenz“. Das Hauptziel der Bürokratie ist stets, durch diese Widersprüche zu navigieren, um ihre privilegierte Stellung zu erhalten, eine Aufgabe, die in Zeiten einer akuten gesellschaftlichen Krise wie der Pandemie besonders schwierig ist.

Ausgangspunkt der trotzkistischen Herangehensweise an die Pandemie in China ist die bedingungslose Verteidigung der kollektivierten Eigentumsformen gegen innere und äußere konterrevolutionäre Bedrohungen. Sie beruht außerdem auf dem Verständnis, dass die Herrschaft der KPCh-Bürokratie durch die Unterdrückung des Proletariats, die Förderung von Ungleichheiten und die Ablehnung der internationalen Revolution soziale, wirtschaftliche, militärische und politische Bedrohungen für den Arbeiterstaat verstärkt. Wenn auf dem von der Bürokratie bereiteten fruchtbaren Boden eine Krise heranreift, antwortet die KPCh mit den ihr eigenen kurzfristigen und brutalen Methoden, die wiederum die Saat für die nächste Krise legen. Deshalb basiert die trotzkistische Verteidigung des Arbeiterstaates – ob in einer Pandemie, in Kriegszeiten oder jeder anderen Krise – nicht auf der Unterstützung der Politik der Bürokratie, sondern auf dem Kampf für den Sturz der antisozialistischen, bürokratischen KPCh-Clique durch eine proletarisch-politische Revolution und für die Ersetzung ihrer Herrschaft durch Arbeiterräte unter Führung einer revolutionären, authentisch leninistischen Partei. Eine solche Perspektive ist offensichtlich unvereinbar mit der Unterstützung der rücksichtslosen und antiproletarischen „dynamischen Null-Covid“-Politik der KPCh.

Die gesellschaftlichen Ursachen der Pandemie

Die von Covid-19 ausgelöste soziale Krise in China hat ihre Wurzeln in dem allgemeinen Mangel, der Unterdrückung und Barbarei, die der im Niedergang begriffene Weltimperialismus mit sich bringt, und erhält wie in jedem



Wang Tianzhu

Vergesellschaftetes Elend unter Mao (oben), blut-saugende profitorientierte Medizin unter „Markt-reformen“ (rechts): Krankenhaus in Shenzhen, 2008). KPCh-Herrschaft kann den Werktätigen keine anständige Gesundheitsversorgung bieten



Ajijbe/AFP



Qilai Shen/Bloomberg

Oben: Evergrande-Luxuswohnungen im Bau, Provinz Jiangsu. Unten: Proteste gegen den „Evergrande-Betrug“ fegten im September 2021 durch chinesische Städte. KPCh-Privatisierungen verursachen Katastrophe



Twitter

anderen Land durch die jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ihre besondere nationale Ausprägung. Bevor sie die „Herkulesanstrengungen“ Beijings als Reaktion auf den Ausbruch von Covid-19 bejubeln, sollten diejenigen, die sich Sozialisten nennen, vielleicht einmal über die gesellschaftlichen Bedingungen nachdenken, die der gegenwärtigen Krise zugrunde liegen. Die gesellschaftlichen und Lebensbedingungen in China haben sich in den letzten Jahrzehnten dank der Errungenschaften der Revolution von 1949 gewaltig verbessert. Doch die Herrschaft der Bürokratie bedeutet, dass das Wachstum von Produktivität und Wohlstand überproportional ihr selbst und einer aufstrebenden einheimischen Kapitalistenklasse zugutekommt. Dies begrenzt und untergräbt den gesellschaftlichen Fortschritt und hat der gegenwärtigen Krise den Boden bereitet.

Von Anfang an hat die Bürokratie explizit argumentiert, dass angesichts des schlechten Zustands des Gesundheitssystems Lockdowns die einzige Option sind. Jahrzehntlang gab es in der VR China eine kostenlose allgemeine Gesundheitsversorgung unter den Bedingungen des „vergesellschafteten Elends“. Doch die Marktreformen, die von aufeinanderfolgenden KPCh-Führungen über Jahrzehnte eingeführt wurden, haben das Gesundheitswesen privati-

siert und ausgezehrt. Die Bürokratie behauptet, dass 95 Prozent der chinesischen Bürger Krankenversicherungsschutz hätten, aber das ist eine Täuschung: Für Hunderte Millionen chinesischer Arbeiter und Bauern ist ein Arztbesuch oder medizinische Grundversorgung entweder ein sehr teurer Albtraum oder schlichtweg unmöglich. Die verschiedenen Krankenversicherungen decken in der Regel nur einen Bruchteil der Kosten ab, und es ist üblich, dass Familien ihr lebenslang angespartes für eine Behandlung ausgeben müssen.

Auf dem Land gibt es in vielen Regionen nicht einmal eine grundlegende medizinische Infrastruktur, und das verhasste Hukou-Haushaltsregistrierungssystem bedeutet, dass die große Mehrheit der Wanderarbeiter in den Städten, wo sie arbeiten, wenig oder gar keine Behandlung erhält. China hat nur sehr wenige Ärzte (2017: 2 je 1000 Einwohner im Vergleich zu 2,6 in den USA und 4,9 in der Europäischen Union); nur wenige Pflegekräfte (2,7 je 1000 im Vergleich zu 15,7 in den USA und 9,1 in der EU); und eine geringe Anzahl an Intensivbetten (3,6 je 100 000 im Vergleich zu 25,8 in den USA und 11,5 in der EU). Im Jahr 2019 gab China US\$ 535 pro Kopf für die Gesundheitsversorgung aus, verglichen mit fast US\$ 12 000 in den USA und US\$ 3500 in Europa.

Die Knappheit der medizinischen Ressourcen hat zur Folge, dass im Gesundheitssystem Korruption und Geschäftemacherei weit verbreitet sind. Um den Mangel an echten medizinischen Leistungen auszugleichen, insbesondere in ländlichen Regionen, fördert die Bürokratie offen die traditionelle Medizin. Im Land des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ ist eine angemessene medizinische Behandlung den Kapitalisten und privilegierten Bürokraten vorbehalten, die sie sich leisten können, während arme Menschen oft einfach an behandelbaren Krankheiten sterben.

legierten Bürokraten vorbehalten, die sie sich leisten können, während arme Menschen oft einfach an behandelbaren Krankheiten sterben.

Mit der Zugrunderichtung des Gesundheitswesens wurde durch die Marktreformen auch das Grundeigentum in den Städten privatisiert, das unter Kontrolle parasitärer Unternehmen ist, deren einziger Zweck die Spekulation ist, wie der jüngste Niedergang der Evergrande-Gruppe zeigt. Für viele arbeitende Menschen in den Städten ist Wohnraum wahnsinnig teuer, was zu beengten und ungesunden Wohnverhältnissen führt, die zwangsläufig die Verbreitung von Covid-19 und anderen Krankheiten begünstigen.

Der andere Faktor, der zur Ausbreitung von Covid-19 führt und allgemein die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung beeinträchtigt, ist der Arbeitsplatz. Im Mittelpunkt der Marktreformen stand die Öffnung Chinas für ausländische Investitionen und die bewusste, von der KPCh geförderte Herausbildung einer einheimischen Kapitalistenklasse. Eine Hauptfolge dieser Politik war der Übergang von Hunderten Millionen Bauern ins Proletariat. Zwar ist dies eine historisch fortschrittliche Entwicklung, aber diese Arbeiter stellen für kapitalistische Unternehmen ein riesiges Reservoir an billigen Arbeitskräften dar.

Brutale Arbeitsbedingungen sind in China gang und gäbe – man schaue sich nur das grausame „996“-System mit 72-Stunden-Wochen an – und der beispiellose Aufstieg Chinas wird von der Superausbeutung der Arbeiter befeuert. Die staatlichen Unternehmen sind von den harten Bedingungen nicht verschont geblieben. An vielen Arbeitsplätzen herrscht ein quasi-militärisches Arbeitssystem, das von den von der KPCh kontrollierten Gewerkschaften und Parteikomitees in den Unternehmen genehmigt und umgesetzt wird, wobei die Arbeiter natürlich in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit oder ihre allgemeinen Arbeitsbedingungen nichts zu sagen haben. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit sind in der Volksrepublik eine weit verbreitete Geißel. Die durch bürokratische Misswirtschaft und uneingeschränkte kapitalistische Ausplünderung verursachte Luftverschmutzung ist in Großstädten zu einem derartigen Problem geworden, dass Atemwegserkrankungen weitaus häufiger auftreten als in den meisten anderen Ländern, wodurch große Teile der Bevölkerung einem höheren Risiko von Covid-19-Komplikationen ausgesetzt sind.

Dies ist das Pulverfass, das durch den Ausbruch von Covid-19 entzündet wurde. Was die Ursprünge von Covid selbst betrifft, so ist diese Frage immer noch heftig umstritten. Die Bürokratie beharrt darauf, dass die „Laborleck“-Theorie pure Lüge und eine Verschwörungstheorie ist. Die Internationalistische Gruppe (IG), die sich als Anwalt der KPCh aufspielt, hat einen langen Artikel gegen diese Theorie verfasst und impliziert, dass jeder Zweifel an der Darstellung der Bürokratie einen Angriff auf China darstellt („U.S. Big Lie Over Wuhan Is War Propaganda“ [Große Lüge der USA über Wuhan ist Kriegspropaganda], internationalist.org, Dezember 2021).



Laski/Getty

Moskau, August 1991: Boris Jelzins konterrevolutionärer Putsch. Wie in der UdSSR sind für China die Alternativen proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie oder kapitalistische Konterrevolution

Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens über die Ursprünge von Covid-19. Aber selbst wenn wir die von IG und KPCh bevorzugte Version nehmen, dass das Virus vom Wuhaner Wildtiermarkt stammt – und das ist die wahrscheinlichste Version –, ist das für die Bürokratie immer noch genauso belastend! Mangelnde Hygiene und Kontrollen sowie die Vermarktung von Wildtieren in sehr dicht besiedelten Stadtgebieten haben bereits in der Vergangenheit zu Krankheitsausbrüchen geführt, wie 2002 bei SARS. Der Covid-19-Ausbruch war keine „göttliche Fügung“, sondern wäre gänzlich vermeidbar gewesen, angefangen mit einem harten Durchgreifen gegen Wildtiermärkte, die lebende Fledermäuse in großstädtischen Ballungszentren verkaufen.

Die KPCh und ihre Apologeten verbreiten die falsche Vorstellung, dass ihre Lockdowns und ihre Politik die beste und einzige Lösung zur Bekämpfung der Pandemie sind. In Wahrheit ist die derzeitige wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Krise weitgehend das *Ergebnis* der Politik der Bürokratie.

Wie die gesellschaftlichen Ursachen der Pandemie angehen

Die dringlichste Sofortmaßnahme, um die gesellschaftlichen Ursachen der Krise anzugehen, besteht darin, die Ungleichheiten innerhalb Chinas drastisch zu verringern und die Ressourcen umzuverteilen, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Durch die Liquidierung der Kapitalistenklasse und die Beschlagnahmung des Reichtums der Bürokratie könnten beispielsweise massive Verbesserungen des Gesundheitssystems, insbesondere in den ländlichen Regionen, finanziert werden, mit dem kurzfristigen Ziel, eine kostenlose Gesundheitsversorgung von höchstmöglicher Qualität auf egalitärer Basis bereitzustellen. Die Wohnbedingungen könnten durch eine sofortige Umverteilung des Wohnungsbestands entsprechend den sozialen Bedürfnissen verbessert werden, wobei Arbeiter anstelle der gut vernetzten Bürokraten bevorzugt würden. Damit ihre Arbeitsplätze sicher sind, müssen die Arbeiter die Gesundheits- und Sicherheitsbelange selbst kontrollieren. Aber all diese elementaren und

Trotzkistische Analyse des Zusammenbruchs der UdSSR
Erhältlich auf Deutsch und Chinesisch

Stalinismus – Totengräber der Revolution

Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!

斯大林主义——革命的掘墓人

苏联工人国家是如何被扼杀的

通过苏维埃民主实现中央计划经济

保卫中国和朝鲜畸形工人国家!

In *Spartacist* Nr. 16 (14 Seiten) €1 (20 Seiten) €1

Zahlbar an: Postbank Frankfurt/Main
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

wesentlichen Maßnahmen kollidieren direkt mit der Bürokratie. Nicht nur, weil sie eine offene Absage an eine jahrzehntelange bankrotte Politik darstellen; sondern sie laufen grundsätzlich direkt den Interessen der Bürokratie zuwider, deren gesamte Existenz darauf beruht, sich auf Kosten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft materielle Vorteile zu sichern. Hinzu kommt, dass viele einzelne Bürokraten mit Kapitalisten verwandt oder selbst Kapitalisten sind.

Die Umverteilung der vorhandenen Ressourcen kann zwar sofortige Linderung schaffen, aber die einzige Lösung, um aus der materiellen Rückständigkeit Chinas auszubrechen, ist die internationale Ausweitung der sozialistischen Revolution, insbesondere auf die imperialistischen Länder. Der Übergang zum Sozialismus kann nur mit einer internationalen Planwirtschaft sichergestellt werden, in der die Bedrohung durch den Imperialismus beseitigt ist und die Entwicklung auf dem höchsten Niveau von Technologie und Arbeitsproduktivität basiert, das derzeit von den mächtigsten imperialistischen Ländern monopolisiert wird. Eine solche Perspektive kann nur durch die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats in China und international verwirklicht werden, eine Perspektive, die der stalinistischen Bürokratie entgegengesetzt ist, denn sie würde Kräfte freisetzen, die zum Sturz der privilegierten Kaste führen. Aus diesem Grund war das Markenzeichen des Stalinismus schon immer das Programm des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“, das mit dem Dogma einhergeht, dass „China nicht die Revolution exportiert“.

Dieses antimarxistische Programm spiegelt die Stellung und die Interessen der Bürokratie wider und ist ausdrücklich darauf ausgelegt, den Imperialismus zu beschwichtigen. Den sozialistischen Aufbau auf vorgegebene nationale Grenzen zu beschränken ist ein Versprechen an die imperialistischen Mächte, dass der Arbeiterstaat keine Bedrohung für die internationale kapitalistische Ordnung darstellt. Dieses Programm führte zur Erdrosselung der chinesischen (1927), deutschen (1933), französischen (1936 und 1968), spanischen (1937) und indonesischen (1965) Revolution und anderer. Aber wie Trotzki in Bezug auf die UdSSR erklärte:

„Der faschistischen wie der demokratischen Bourgeoisie reichen Stalins einzelne konterrevolutionäre Taten nicht aus; sie benötigt eine vollständige Konterrevolution in den Eigentumsverhältnissen und die Öffnung des russischen Marktes. Solange das nicht der Fall ist, hält sie den Sowjetstaat für feindlich. Und hat recht damit.“

– „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“
(November 1937)

Dies trifft voll und ganz auf China zu und steht im Zentrum des erneuerten imperialistischen Vorstoßes gegen die VR China unter Führung der USA. Egal wie „verlässlich“ und „gemäßigt“ sich die KPCh-Bürokratie geben mag, egal wie sehr sie die chinesische Arbeiterklasse unterdrückt, in den Augen der internationalen Bourgeoisie wird sie immer mit dem Makel der sozialen Revolution behaftet sein. Weit davon entfernt, die Errungenschaften der Chinesischen Revolution zu sichern, lehnt die KPCh den einzigen Weg ab, der deren Verteidigung wirklich garantieren kann: die internationale Ausweitung der Revolution. Dieser grundlegende Eckpfeiler des Trotzkiismus wurde durch die kapitalistische Konterrevolution, die die Sowjetunion 1991/92 zerstörte, eindeutig auf negative Weise bestätigt. Ebenso in China: Entweder wird die bürokratische Herrschaft der KPCh hinweggefegt und durch eine revolutionäre Führung



Frayer/Getty

Beijing, Februar 2020: Unter der drakonischen „Null-Covid“-Politik der KPCh erhält eine Frau eine Lieferung durch Öffnung in der Sperrwand, die vor ihrem Wohngebäude errichtet wurde

ersetzt werden oder die Konterrevolution wird ein weiteres „Jahrhundert der Demütigung“ mit sich bringen.

Die Antwort der KPCh

Die KPCh und ihre Apologeten singen das Hohelied auf Chinas „dynamischen Null-Covid“-Ansatz. Hier eines der zahllosen Beispiele aus der KPCh-Presse:

„Wang Wenbin, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, sagte auf der regelmäßigen Pressekonferenz am Freitag, dass der Grund, weshalb China den dynamischen Null-Covid-Ansatz gewählt hat, darin besteht, dass ‚wir das Leben und die Gesundheit von 1,4 Milliarden Menschen über alles andere stellen. Es spricht für die Regierungsphilosophie der KPCh und der chinesischen Regierung, die dem Schutz unseres Volkes und der Menschenleben oberste Priorität einräumt.“

– *Global Times* (19. Juni 2022)

Die Kriterien, auf die sich die KPCh beruft, wenn sie sich mit dem „Erfolg“ der Partei brüstet, sind die niedrige Sterblichkeitsrate, die Unterdrückung des Virus innerhalb der Grenzen Chinas und das anhaltende Wirtschaftswachstum. Wenn man seinen gesamten Ansatz darauf ausrichtet, diese Kästchen abzuhaken, hat die KPCh tatsächlich Großes geleistet.

Das ist aber nicht, wie Revolutionäre die Erfolge und Misserfolge eines Arbeiterstaates bewerten. Als Antwort auf die stalinistische Bürokratie, die sich mit der Industrialisierung der UdSSR und der erfolgreichen Liquidierung der Kulaken (reiche Bauern) brüstete, erklärte Trotzki:

„Nirgendwo auf der Welt gibt es eine Regierung, die in solchem Maße das Schicksal ihres Landes in der Hand hielt. Erfolge und Misserfolge eines einzelnen Kapitalisten hängen – natürlich nicht vollständig, nicht einzig und allein, aber in bedeutendem, wenn nicht entscheidendem Maße – von seinen persönlichen Eigenschaften ab. Im großen und ganzen entspricht die Stellung der Sowjetregierung gegenüber der Gesamtwirtschaft der eines Kapitalisten gegenüber dem Einzelunternehmen. Die Zentralisierung der Volkswirtschaft lässt die Staatsgewalt zu einem Faktor von gewaltiger Bedeutung werden. Aber eben deshalb *muss die Politik der Regierung nicht nach den Endresultaten beurteilt werden, nicht nach den nackten Ziffern der Statistik, sondern nach der speziellen Rolle, welche bewusste Voraussicht und planmä-*

„fuge Leitung bei der Erreichung dieser Resultate spielten.“
 [unsere Hervorhebung]
 – *Verrätene Revolution* (1936)

Gemessen an dem Maßstab von „bewusster Voraussicht und planmäßiger Leitung“ ist die Antwort der KPCh auf die Pandemie auf allen Ebenen ein Versagen. Wie oben erläutert, hat die Politik aufeinanderfolgender KPCh-Regime das Risiko des Auftretens eines neuen gefährlichen Virus, seiner raschen Ausbreitung auf ein epidemisches Niveau und des Zusammenbruchs des Gesundheitssystems außerordentlich erhöht. Was die Antwort der KPCh seit dem Ausbruch des Virus betrifft, so haben ihre Maßnahmen die Krise bei jedem einzelnen Schritt noch verschärft.

Ihre unmittelbare Reaktion auf den Covid-19-Ausbruch in Wuhan war, wie allenthalben eingeräumt (sogar in dem KPCh-freundlichen Artikel vom *Workers Vanguard*), Vertuschung, Leugnung und hartes Durchgreifen gegen diejenigen, die Alarm schlugen.¹ Als offensichtlich wurde, dass das Virus eine große soziale Krise auslöste, die Krankenhäuser in Wuhan überquollen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung zunahm, änderte die KPCh ihre Haltung drastisch, führte drakonische Maßnahmen ein und mobilisierte massive Ressourcen, um den Ausbruch des Virus zu unterdrücken.

Die Maßnahmen der Bürokratie unterdrücken tatsächlich die Ausbreitung des Virus (für eine gewisse Zeit). Sie ergeben sich aber nicht aus irgendwelchen moralischen Verpflichtungen zur „Rettung der Menschen“, sondern aus der Notwendigkeit, die sozialen Widersprüche zu unterdrücken, die durch das Virus grell beleuchtet und verschärft werden. Covid-19 setzte auf eindringliche Weise die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats auf die Tagesordnung: bessere Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Arbeitsbedingungen. Doch diese Bedürfnisse kollidierten mit der Realität Chinas, eines von Mangel, Bürokratismus, Ungleichheit und einem parasitären politischen Regime heimgesuchten isolierten Arbeiterstaats.

¹ Wir warten gespannt auf den von der IG in ihrem „Laborleck“-Beitrag vom Dezember 2021 versprochenen Artikel, der anscheinend „die große Lüge“ aufdecken wird, dass „Beijing schon früh versucht haben soll, Informationen über die Pandemie zu verheimlichen, Fehler zu vertuschen und Information zu unterdrücken“.

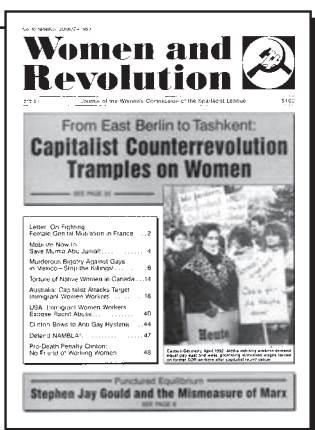


Visual China Group

Tausende heldenhafte Pflegekräfte wurden unter der nationalistischen bürokratischen KPCh-Führung mobilisiert, um gegen Covid zu kämpfen. Oben: Verabschiedungszeremonie in Xiamen, April 2022

Für die Arbeiterklasse ging es darum, den unmittelbaren Kampf gegen die von Covid-19 ausgehende Bedrohung mit dem Kampf zur Beseitigung der der Krise zugrundeliegenden sozialen Bedingungen zu verbinden. Für die Bürokratie ging es darum, den Ausbruch einzudämmen, um die gesellschaftliche Stabilität zu wahren, die politische Kontrolle der KPCh über die Antwort auf Covid-19 sicherzustellen und hauptsächlich alle sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, die ihre Herrschaft in Frage stellen würden. Dies waren und sind weiterhin die politischen Erwägungen, von denen sich die Bürokratie in ihrer Antwort auf die Covid-19-Ausbrüche leiten lässt. Der einzig neue Aspekt ist, dass jetzt, da die von Xi Jinping geführte KPCh sich massiv dieser „dynamischen Null-Covid“-Politik verpflichtet hat, die ihre „Überlegenheit“ und „Allwissenheit“ beweist, kein Zurück mehr möglich ist, ohne das Regime erheblich in Misskredit zu bringen. Gleichwohl könnte sich die Bürokratie, wenn sich die katastrophalen Folgen ihrer Politik aufzuräumen, durchaus gezwungen sehen, eine Kehrtwende hinzulegen, wie sie für stalinistische Zickzacks typisch ist.

Die KPCh behauptet, ihre Politik diene dem Schutz der Bevölkerung. Aber warum werden die Menschen zwangs-



Frauen und Revolution

Women and Revolution wurde von 1973 bis 1996 als eigenes Journal der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. herausgebracht, Ausdruck unserer Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution. Jetzt sind diese Artikel in Spartacist integriert, auf Deutsch unter dem Titel Frauen und Revolution.

Gebundene Ausgaben (auf Englisch)

Band 1: Nr. 1-20 (1971 bis 1980) 27€

Band 2: Nr. 21-36 (1980/81 bis 1989) (vergriffen)

Band 3: Nr. 37-45 (1990 bis 1996) 30€

Mit ausführlichem Sachregister, in Leinen.



Spartacist
 (deutschsprachige Ausgabe)
 Nr. 25, Frühjahr 2006 (64 Seiten)
 1,50€

Preise inklusive Porto. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Postbank Frankfurt/Main, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
 Für Bestellungen aus anderen Ländern siehe Kontaktadressen Seite 63

weise gegen ihren Willen zu Hause eingesperrt und der Überwachung durch Drohnen, Roboter und Nachbarschaftskomitees unterworfen? Warum werden die Menschen, wenn sie Kritik, Beschwerden und Vorschläge äußern, totaler Zensur unterworfen und manchmal inhaftiert? Dient es dem Volk, dass die Arbeiter in ihren Fabriken eingesperrt und daran gehindert werden, nach Hause zu gehen? Wenn die „dynamische Null-Covid“-Politik „für das Volk“ sein soll, warum wird sie dann *gegen* das Volk durchgesetzt?

Die Antwort ist einfach: Die Existenz der KPCh-Bürokratie überhaupt beruht auf der Unterdrückung der Bevölkerung. Ihre Anhäufung von Privilegien ist glatter Diebstahl, Machtmissbrauch, der zu allen sozialistischen Prinzipien im Widerspruch steht. Da ihre Herrschaft auf der absoluten politischen Kontrolle des Regierungsapparats beruht, stellt jegliche unabhängige Äußerung der Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter zwangsläufig die Legitimität der stalinistischen Bürokratie in Frage. Sie kann nicht zulassen, dass die Arbeiter ihre Meinung äußern, denn die ersten Worte aus ihrem Mund wären eine Verurteilung von Ungleichheit, bürokratischer Misswirtschaft und politischer Unterdrückung. Um ihres eigenen Erhalts willen unterdrückt die Bürokratie jeglichen Initiativgeist, kritisches Denken oder konstruktive Mitwirkung der Arbeitermassen.

Der KPCh ist es tatsächlich gelungen, die Sterberate niedrig zu halten. Aber diese Statistik verbirgt das wahre, durch die Politik der Bürokratie verursachte Grauen. Sie unterschlägt die Hunderten von Millionen Menschen, die wochenlang in ihren Wohnungen eingesperrt sind, ohne angemessene Nahrung, Medikamente oder andere grundlegende Dinge des täglichen Bedarfs. Überfüllte Krankenhäuser, die Behandlung verweigern und deren medizinisches Personal bis aufs Äußerste ausgepresst wird. Inhaftierung in kafkaesken Quarantänezentren, wo Familien getrennt werden, auch Kinder von ihren Eltern. Arbeiter, die an ihre Maschinen gekettet und in Fabriken eingesperrt sind. Arbeitslosigkeit und der Ruin der Kleinunternehmen. Umfassende Zensur und Verhaftung von jedem, der es wagt, irgendetwas davon

in Frage zu stellen. Und das alles im Namen des Aufbaus des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“, was nur dazu beitragen kann, den Sozialismus in den Augen der Arbeiter und Armen in Verruf zu bringen und dem Lager der Konterrevolution in die Hände zu spielen.

Die trotzkistische Antwort

Im Gegensatz zu den Lügen der KPCh ist es sehr wohl möglich, ohne die von der Bürokratie durchgedrückten brutalen und antiproletarischen Methoden die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und die Volksrepublik zu verteidigen. Der Kampf gegen Covid-19 ist zwangsläufig eine politische Aufgabe. Die KPCh mobilisierte die Bevölkerung im Namen des chinesischen Nationalismus und der Unterstützung für die Unfehlbarkeit von Xi Jinping. Für Troztkisten beginnt der Kampf gegen Covid-19 unter dem Banner sozialistischer Revolutionen in den kapitalistischen Ländern, der bedingungslosen Verteidigung Chinas gegen Konterrevolution und der politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokraten. Authentische Kommunisten in China müssen dafür kämpfen:

Nieder mit den Lockdowns! Impfpflicht jetzt! Die KPCh-Bürokratie ist ohne weiteres bereit, Millionen Menschen monatelang einzusperrern und endlose Massentestungen durchzuführen, aber sie ergreift nicht einmal die grundlegende Maßnahme, die gesamte Bevölkerung durchzuimpfen. Während Shanghai über zwei Monate lang in einem brutalen Lockdown war, waren 38 Prozent seiner Bevölkerung im Alter ab 60 Jahren nicht vollständig geimpft.

Für Arbeiterkontrolle über Arbeitssicherheit und Produktion! Die Arbeiter müssen selbst entscheiden, was sicher ist und wie die Fabriken geführt werden sollen, nicht irgendwelche Schreibtisch-Bürokraten oder blutsaugenden Kapitalisten. **Für Gewerkschaften frei von bürokratischer Kontrolle, die der Verteidigung des kollektivierten Eigentums verpflichtet sind!**

Für den Umbau der Planwirtschaft von oben bis unten im Interesse der Produzenten und Konsumenten! Dieser muss die kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung für alle sowie hochwertigen Wohnraum für die arbeitende Bevölkerung sicherstellen. **Weg mit dem Hukou-System!**

Enteignet die einheimische Kapitalistenklasse! Diese Blutsauger sind die Embryos der kapitalistischen Konterrevolution, ausgebrütet von der KPCh-Bürokratie. **Schluss mit der Politik „Ein Land, zwei Systeme“ durch Enteignung der Hongkonger Tycoons!**

Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! Der Verbündete der chinesischen Arbeiterklasse ist das internationale Proletariat, entscheidend dabei die imperialistischen Zentren USA, Deutschland und Japan. Die reaktionäre internationale Politik der Bürokratie, Versöhnung mit und Kapitulation vor den Imperialisten, muss durch die Politik des proletarischen Internationalismus ersetzt werden. Veröffentlicht die gesamte diplomatische Korrespondenz Beijings. **Nieder mit der Geheimdiplomatie!**

Stürzt die stalinistische Bürokratie! Für eine leninistische egalitäre Partei, Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale! Der Weg vorwärts für die chinesischen Arbeiter und Bauern ist der Weg von Lenin und Trotzki, nicht der von Mao oder Stalin. Das bedeutet **Sowjetdemokratie und revolutionären Internationalismus** nach dem Vorbild der großen Oktoberrevolution von 1917! ■

The graphic features a newspaper clipping from 'SPARTACIST' (斯巴达克派) with the headline '疫情在中国 托洛茨基主义与斯大林主义的对立' (Epidemic in China: The Opposition of Trotskyism and Stalinism). Below the clipping is a translation box with the text: 'Neu erschienen Pandemie in China Trotzkismus kontra Stalinismus' and the URL 'icl-fi.org/chinese/lfft/2022-yiqing/'. At the bottom of the graphic, it says 'Für Bestellungen siehe Kontaktadressen auf Seite 63'.

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA • spartacist@spartacist.org • icl-fi.org • @spartacisticl

Spartacist League of Australia

Spartacist ANZ Publishing Co., PO Box 967, North Melbourne Vic 3051, Australien • asp@exemail.com.au

Australasian
SPARTACIST 

Marxist newspaper of the Spartacist League of Australia
A\$5 / 3 issues • International rate: A\$7

Spartacist League/Britain

Spartacist Publications, PO Box 42886
London N19 5WY, England • workershammer@btconnect.com
@WorkersHammer

WORKERS HAMMER 

Marxist newspaper of the Spartacist League/Britain
£3 / 4 issues • Europe outside Britain and Ireland £5
Other countries £7

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

SpAD, c/o Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55
10127 Berlin, Deutschland • spartakist@online.de
@spartakist_IKL

SPARTAKIST 

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Abo (3 Ausgaben): 3€ • Auslandsabo: 6€

Ligue trotskyste de France

Le Bolchévik, BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich
ltparis@hotmail.fr • @leBolchevik_LTF

LE BOLCHEVIK 

Publication de la Ligue trotskyste de France
4 numéros : 3 € • Europe : 4,50 € • Hors Europe : 6 €
Chèques à l'ordre de : Société d'édition 3L

Τροτσκιστική Ομάδα της Ελλάδας Trotzkistische Gruppe Griechenlands

T.Θ. 8274, T.K. 10210, Αθήνα, Griechenland
spartacist@hotmail.com • @toe_icl

Ο ΜΠΟΛΣΕΒΙΚΟΣ 

Όργανο της Τροτσκιστικής Ομάδας της Ελλάδας
Συνδρομή 2 € / 4 τεύχη

Lega trotskista d'Italia

Walter Fidacaro, Ufficio Milano Cordusio, Casella postale 430
20123 Milano (MI), Italien • red_sp@tin.it

SPARTACO 

Organo della Lega trotskista d'Italia
Abbonamento a 4 numeri: € 5
Europa: € 6 • Paesi extraeuropei: € 8

スバルタシスト・日本グループ Spartakist-Gruppe Japan

スバルタシスト
日本 115-0091東京都北区; 赤羽郵便局私書箱49号
PO Box 49, Akabane Yubinkyoku
Kita-ku, Tokyo 115-0091, Japan • sgj_icl@yahoo.co.jp

スバルタシスト

スバルタシスト・日本グループの新聞
2回分の料金: 300円 (国内) • 600円 (国際)

Grupo Espartaquista de México

Escriba sólo: Ángel Briseño, Apdo. Postal 006
Admón. Postal 13, CP 03501, Ciudad de México, Mexico
je_contacto@yahoo.com.mx

¡Por la emancipación obrera y nacional!

EL ANTIIMPERIALISTA

Publicación del Grupo Espartaquista de México
México: Méx. \$25 / 4 números
En el extranjero: US \$2 o 2 € / 4 números

Ligue trotskyste au Québec et au Canada/ Trotskyist League in Quebec and Canada

Collective Publications, C.P. 583, Succ. Place d'Armes,
Montréal QC H2Y 3H8, Kanada

RÉPUBLIQUE OUVRIÈRE

Journal en français de la Ligue trotskyste
republique.ouvriere@gmail.com

WORKERS TRIBUNE

English-language newspaper of the Trotskyist League
tl.workertribune@gmail.com

3 numéros de République ouvrière : 3 \$Cdn
prix international : 10 \$Cdn
3 issues of Workers Tribune: Cdn\$3 • International rate: Cdn\$10
Chèques à l'ordre de : Les Éditions collectives
Pay to: Collective Publications

Spartacist/South Africa

Spartacist, P.O. Box 61574, Marshalltown, Johannesburg 2107
Südafrika • spartacist_sa@yahoo.com

SPARTACIST SOUTH AFRICA 

Marxist publication of Spartacist/South Africa
South Africa: R10 / 4 issues • International rate: R20

Spartacist League/U.S.

Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA
vanguard@tiac.net • @WorkersVanguard

WORKERS VANGUARD

Organ of the Spartacist League/U.S.
US\$5 / 10 issues • International: US\$15 / 10 issues

Pandemie in China

Trotzkismus kontra Stalinismus

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus Spartacist Nr. 67 (englischsprachige Ausgabe) vom August 2022. Seit Veröffentlichung dieses Artikels hat der Druck von Massenprotesten in ganz China, die wir verteidigen, die stalinistische Bürokratie dazu gezwungen, ihre reaktionäre „Null-Covid“-Politik aufzugeben. Eine solche Zickzack-Politik ist charakteristisch für den Stalinismus. Wie wir in unserem Artikel betonen, basiert die trotzkistische Verteidigung des Arbeiterstaats – ob in einer Pandemie, in Kriegszeiten oder jeder anderen Krise – auf dem Kampf, die antisozialistische, bürokratische KPCh-Clique durch eine proletarisch-politische Revolution zu stürzen.

* * *

Seit dem Ausbruch von Covid-19 im Jahr 2019 ist China Schauplatz einiger der brutalsten und dystopischsten Lockdowns der Welt, mit zig Millionen Menschen, die wochenlang ohne das Nötigste und unter ständiger Polizeirepression eingesperrt werden. Es ist ebenso Schauplatz der beeindruckendsten Mobilisierung von Ressourcen zur Bekämpfung des Virus: Die Produktion von medizinischer Ausrüstung wurde drastisch hochgefahren, innerhalb von Tagen wurden Krankenhäuser gebaut und medizinisches Personal wurde zu Tausenden in Krisenregionen verlegt.

Dies wirft ein Schlaglicht auf den zutiefst widersprüchlichen Charakter Chinas, das kein kapitalistischer Staat, sondern ein deformierter Arbeiterstaat ist. Einerseits beruht der Staat immer noch auf den Errungenschaften der Revolution von 1949, die das Land vom Imperialismus befreite und eine Planwirtschaft einführte. Andererseits wird das Land von einer Bürokratenkaste unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) beherrscht, die die Arbeiterklasse unterdrückt und diese Errungenschaften untergräbt. Angesichts ständig zunehmender militärischer und wirtschaftlicher Drohungen der USA

Fortgesetzt auf Seite 56



Beijing, 27. November 2022: Massenproteste gegen drakonische Lockdowns fegen durch China, deuten auf Notwendigkeit der proletarisch-politischen Revolution. Unten: Covid-Quarantänezentrum in der Provinz Hebei, errichtet im Januar 2021

STR/CNS/AFP

